

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 28. Mai 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis halbjährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustration Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen mit Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rubrikstelle über deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 20 Pf. (gültig für 2 fertige Blätter), jedes weitere Wort 10 Pf. (Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Schuldige von Tissy-les-Moulineaux.

Paris, 25. Mai. (Fig. Ber.)

Die offiziellen Korrespondenzbüros, die das Ausland bedienen, sind wirklich Muster von Objektivität. Wie sorgsam wissen sie manchmal in ihrer Berichterstattung dem „Persönlichen“ auszuweichen, selbst wenn der Schlüssel der Begebenheiten in Persönlichen liegt. So geht ihre Darstellung der Katastrophe vom letzten Sonntag vorsichtig allen Details aus dem Wege, die auf die Schuld einer einzelnen Persönlichkeit hinweisen. Und doch ist diese Persönlichkeit da! In Paris weist alles mit dem Finger auf sie hin, Zeitungen der verschiedensten Richtungen geben die Kunde der Beweise gegen sie zusammen und schon hat der Angeklagte sich flammend zu rechtfertigen gesucht. Dieser Angeklagte, dieser Schuldige ist der mächtigste Mann von Paris: der Polizeipräsident Lépine.

Dreifach ist seine Verantwortlichkeit. Seine Nachlässigkeit hat die allgemeinen Bedingungen für das Unglück geschaffen, seine krankhafte, wichtigste Geschäftigkeit die unheilvolle Situation heraufgerufen, sein eigensinniger Dünkel die Opfer ins Verderben geführt.

Die Ordnungspolizei in Tissy war geradezu jämmerlich organisiert. Es handelte sich darum, eine ungeheure Menge, die man im vornherein auf mindestens eine halbe Million veranschlagte, durch hindreichende Absperrungsmaßnahmen, ohne unnötige Härte, aber mit ruhiger Energie vom Betreten der Fahrbahn abzuhalten. Aber in Tissy war die notwendige Absperrungskette nicht gezogen worden. Statt eines geschlossenen Spalters war nur ein ganz dünner Militärkordon — alle fünf Meter ein Soldat — da. Allerdings, Herr Lépine hatte seine Reserve: Kavallerie-eskadronen! Genau wie bei Arbeiterdemonstrationen. Die Gefahr einer Panik gilt dem genialen Strategen nichts. Man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn Train seinen Apparat nicht im letzten Augenblick über die einreitenden Kavassiere hätte hinwegreißen können und scheugewordene Reite ins Publikum gerast wären! Das auch schon die bloße Intervention der Kavallerie zu unliebsamen Szenen geführt hat, gibt die Polizei in einem offiziellen Communiqué zu, worin sie nebenher von der „Feindseligkeit“ auch der „gutgekleideten Personen gegen die Armee“ spricht. Uebrigens ist die Gefahr, die auch dem Flieger selbst von den geschlossenen Kavallerieabteilungen droht, durchaus nicht unbekannt. In Reims hat Vieriot 1909, in Tissy-les-Moulineaux selbst Lavagnier bei der Ankunft von der Rundfahrt des Ostens 1910 aus diesem Grunde einen Unfall erlitten.

Es ist aber weiter erwiesen, daß der Kord der Kavassiere durch die Fahrbahn im verhängnisvollen Augenblick durch das Verhalten des Publikums gar nicht gerechtfertigt war. Der „Intransigent“ hat ein Klischee dieser Szene veröffentlicht. Es zeigt, daß das Eindringen der Zuschauer in die Fahrbahn durchaus keinen gefährlichen Charakter hatte. Etwa zehn lose Reihiger Reugieriger waren durch den Kordon hindurchgeströmt, hinter ihnen war ein weiter, fast ganz leerer Raum. Herr Lépine behauptet nun in Interviews, daß nicht er es sei, der den Kavassieren den Auftrag zum Einreiten gegeben habe. Wer ist es also gewesen? Der „große Unbekannte“, der Spott jedes Polizeibrigadiers, kommt auf einmal beim obersten Polizeihauptling zu Ehren. Herr Lépine behauptet auch, daß er vielmehr dem die Kavassiere führenden Offizier zugerufen habe: „Sie können wegreiten. Wir brauchen hier niemand, der Dienst ist ausreichend.“ Und im nächsten Augenblick, als die Kavassiere, dieser Order gehorchend, plötzlich die Zügel wendeten und mitten in der Fahrbahn ihre Richtung wechselten, geschah die Katastrophe.

Lépine hat aber die Gruppe der offiziellen Persönlichkeiten selbst auf die Fahrbahn geführt. Wie „Excelsior“ am Tage nach der Katastrophe berichtete, sagte er zu Monis, mit dem er sich nahe dem Abfahrtsplatz befand: „Sie werden von der anderen Seite besser sehen und ein größeres Gesichtsfeld haben!“ Hier auf begab sich der Zug nach dem vom Polizeipräsidenten bezeichneten Platz. In der Mitte der Bahn begegnete ihm ein Kommissär des Aeroklubs, der die Herren mit Hinweis auf die Gefahr bat, sich aus der Bahn zu entfernen. Monis meinte, im Augenblick sei es nicht gefährlich und sie würden gleich weggehen. Der Ministerpräsident mochte die Gefahr verkennen, aber war es nicht Sache des Polizeipräsidenten, die Erfüllung der Sicherheitsvorschriften auch von seinem Vorgehen zu verlangen, statt ihn dümmelhaft zu ihrer Verletzung anzuleiten?

Es ist also kein Zweifel. Die allgemeinen Ordnungsmaßnahmen waren ungenügend, die Intervention der Kavallerie unnötig und gefährlich und die offizielle Gruppe hatte auf der Fahrbahn nichts zu suchen. Und für alle diese Fehler und Unterlassungen ist Herr Lépine verantwortlich. Man sollte meinen, eine solche Schuld oder auch selbst nur das Bewußtsein, der unschuldige Urheber dieser Katastrophe zu sein, könnte ihn wohl veranlassen, sich still ins Privatleben zurückzuziehen. Aber der Mann denkt nicht daran. In den von

ihm inspirierten Zeitungen läßt er die Angriffe gegen sich aus politischen Motiven ableiten. Er hat sich in Situationen, die nicht glücklicher waren als diese, behaupten können, die dunklen Punkte der Rochette-Affäre haben ihm nichts angehabt, so wird er denn auch über die Reiche Verteaux, umverkehrt hinwegfahren. Herr Lépine weiß so viel, und dann — die Bourgeoisie braucht ihn. Die radikalen Regierungen trauen sich an ihn nicht heran, so sehr sie bisweilen auch Lust dazu hätten. Einige Minuten vor seinem schrecklichen Tod hat Verteaux einem Freund, der ihn auf die anormal erregten Gebärden Lépinés aufmerksam machte und ihn bat, den Extravaganzen des Polizeipräsidenten Halt zu gebieten, lächelnd geantwortet: „Was soll ich denn machen? Wenn ich etwas sage, wird er, wie ich ihn kenne, eine neue Attade beschließen!“ Man kann sich darauf verlassen, er wird sie, wenn sich nur irgendwie die Möglichkeit bietet, am nächsten Sonntag, bei der Kundgebung für die Kommune kämpfer auf dem Père Lachaise, nachholen. Der Fall Lépine ist, wie unterrichtete Leute sagen, nicht mehr ein politischer, sondern ein pathologischer. Das mag stimmen, dann aber ist er pathologisch auch in dem Sinne, daß sich die herrschenden Klassen eines nur noch zum Unheil tauglichen, unberechenbaren Werkzeuges nicht zu entäußern wagen.

Expropriation und Betrügerei gegen die Hermiten.

Die Reichsversicherungsordnung nimmt den Arbeitern und deren Witwen wohlverordnete Rechte ohne Entschädigung, das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung schlägt vor, die gegen die Witwe vorgeschlagene Veräußerung und Betrügerei noch zu vermehren und die Kommission hat diesen Raubfeldzug gegen die Witwen gebilligt.

Nach dem bestehenden Gesetz haben einen Anspruch auf Erstattung der eingezahlten Versicherungsbeiträge:

1. weibliche Personen, die eine Ehe eingehen,
 2. Verletzte, die mehr als den siebenzehnjährigen Betrag des Grundbetrages der Invalidenrente als Unfallrente beziehen und
 3. Witwen und noch nicht 16 Jahre alte Kinder verstorbener Versicherter, die eine Rente nicht erhalten hatten.
- Im Jahre 1900 betrug die Summe, die auf Grund dieser Vorschriften ausgezahlt wurde, etwas über 9 1/2 Millionen Mark. Der Durchschnitt der zurückgezahlten Beiträge betrug für den Einzelfall 90,40 M., einige Rückzahlungen betragen 100 Mark. Dieses Recht auf Rückzahlung ihres Eigentums ist durch die Versicherungsordnung den Frauen, Witwen, Waisen und Unfallrentnern genommen. Man kann dem nicht entgegenhalten, daß die Reichsversicherungsordnung doch eine Art Entschädigung durch die sogenannte Hinterbliebenenversicherung biete. Denn zunächst ist der Kreis der Personen, denen ein Anspruch auf Rückerstattung zusteht, ein anderer, viel weiterer als der sehr enge Kreis, denen eine Raritur einer Hinterbliebenenrente eingeräumt werden soll. Ferner ist zwecks Ausbringung der Hinterbliebenenrente eine Erhöhung der Invalidenbeiträge von nicht weniger als 66 1/2 Millionen jährlich vorgesehen. Uebrigens ist in einigen Fällen der zurückzuerstattende Betrag höher als die sogenannte Witwen- und Kinderrente. Bekanntlich beträgt die auf Grund einer zehnjährigen Beitragsleistung in der niedersten Lohnklasse zu zahlende Witwenrente ganze 72,60 M. jährlich, also 27,80 M. weniger als der Durchschnitt der jetzigen Rückzahlungen, die in einigen Fällen sogar bis 108 M. betragen.

Diesen Raub des Eigentums vergrößert das Einführungs-gesetz noch mehreren Richtungen.

Erfstens soll die Reichsversicherungsordnung zwar erst am 1. Januar 1912 in Kraft treten, alle diejenigen aber, denen nach dem bestehenden Gesetz ein Recht auf Erstattung der von ihnen oder ihren Eltern gezahlten Beiträge zusteht, soll dies Recht nur bis zur Verfallung der Reichsversicherungsordnung zustehen. Wird die Reichsversicherungsordnung etwa am 15. Juni verfaßt, so verlieren also alle Ehefrauen, die nach dem 15. Juni 1911, aber vor dem 1. Januar 1912 heirateten, ihr Recht auf Rückerstattung der Beiträge selbst ohne die Öffnung auf einen pfennig Entschädigung irgend welcher Art. Diesen Raub den Armen gegenüber wagen die Konservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen Sozialpolitik zu nennen. Solcher Heuchelei gegenüber sind ja Hochstapler und Landstrassenräuber noch eheliche Leute.

Aber das ist noch nicht die einzige und auch noch nicht der täuschlichste Schlag, den das Einführungs-gesetz gegen die Witwen und Waisen schlägt. Nach Artikel 59 dieses jammervollen Arbeiter-gesetzes sollen, wie wir bereits mitteilten, nur die Beiträge bei den Hinterbliebenenleistungen angerechnet werden, die nach dem 1. Januar 1912 geleistet sind. Das heißt: auch die jämmerlichen Renten, mit denen die Reichsversicherungsordnung die Waisen, Witwen und Arbeiter versorgt, erscheinen dem Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen noch zu hoch: es soll bis 1917 oder 1924, dem Ablauf der Rentenzeit (200 bis 500 Wochenmarken, also fünf bis zwölf Jahre müssen zu deren Erfüllung geleistet sein), die

Witwenrente

nur 60 M. jährlich, also nicht ganz 14 Pfennig, die Waisenrente gegen 7 Pf. täglich betragen. Die Witwen und Kinder verlieren aber ihren Anspruch auf Rückerstattung der Beiträge, der

im Jahre 1912 über 120 M. jährlich im Durchschnitt betragen würde, gänzlich! Das ist ein schamlos freiblatter Raubzug gegen die Witwen und Waisen. Erst wird im Jahre 1903 ihnen eine Witwen- und Waisen-Versorgung vom 1. Januar 1910 ab versprochen: neunzig Mark jährlich wurden versprochen, sie sollten aus denollerträgen vom Jahre 1908 ab gespart werden. Als das Jahr 1910 herangerückt war, befanden sich in dem Sparpotf statt 450 bis 500 Millionen 56 Millionen, weil die Konserbativen und Zentrums-Junker mittels der Einführungs-gesetze den Sparpotf für sich geleert hatten. Dann nahmen Zentrum, Konserbativ und Nationalliberale den Witwen, die nicht selbst invalide geworden waren, die ihnen durch Reichs-gesetz versprochene Versorgung und raubten ihnen ihr jetzt ihnen gesetzlich zustehendes Recht auf Erstattung der von ihnen verstorbenen Ehemännern geleisteten Beiträge. Die invalide gewordene Witwe sollte, wenn ihr Mann zehn Jahre lang gelebt hatte, 20 Pf. pro Tag, ihre Kinder, wenn nur eins vorhanden, 10 Pf., sind 2 vorhanden, nur 9, sind 3 vorhanden, nur 8 Pf. täglich erhalten. Und jetzt haben der schwarzblaue Bloch und die National-liberalen gar die Stirn, bis zum Jahre 1917 oder 1924 die Witwe mit 14 Pf. täglich, das Kind mit sieben Pfennig täglich als „Rente“ abzuspülen.

Diese abgrundtiefe gemeine Expropriation und Betrügerei gegen die Witwen und Waisen ist der Gipfel des unter der Flagge einer Reichsversicherungsordnung gegen die Arbeiterklasse unternommenen Raubzuges. Damit hat die herrschende Klasse die Notwendigkeit, die Besitzenden zu enteignen, der Arbeiterklasse vor Augen geführt und anerkannt, daß ein Recht auf Durchführung dieser Expropriation selbst ohne Entschädigung von ihnen nicht bestritten wird. Wer die Macht hat, hat das Recht, proklamiert durch solche Vorschriften die herrschende Klasse. Trage die Arbeiterklasse durch unermüdbliche Agitation für die Sozialdemokratie bei, daß sie bald die Macht erhält um die gemeinschädlichen Expropriateure zu expropriieren.

Die Wahlen in Portugal.

Man schreibt uns aus Portugal vom 24. Mai: Sonntag, den 28. Mai, finden zum ersten Male unter der Republik Parlamentswahlen in Portugal statt.

Die Regierung, die den Wahltermin verschiedene Male hinausgeschoben hatte, fühlt sich jetzt stark genug, einen für sie günstigen Erfolg zu erzielen. Trotz aller phantastischen Gerüchte über royalistische Verschwörungen und Konterrevolutionen, die durch die Kreaturen Don Ramuels und die Klerikalen mit großem Geschick in die europäische Presse lanciert werden, muß doch konstatiert werden, daß obwohl es in Portugal noch Royalisten und einige junge adelige Tollköpfe gibt, die gern Verschwörer spielen möchten, — der Republik von dieser Seite keine Gefahr droht. Eine ernste Gefahr wird erst dann auftauchen, wenn die Regierung auf die Schwierigkeiten und Intrigen stößt, die ihr die Bischöfe, denen sie gestattet hat, im Lande zu bleiben, bereiten werden.

Ein überzeugender Beweis dafür, daß die Monarchie keinen Boden mehr im Volke hat, ist die Tatsache, daß für die Wahlen nicht eine einzige royalistische Kandidatur — wenigstens nicht offen — aufgestellt wurde. Es gibt natürlich reaktionäre Kandidaten, aber sie segeln unter einer anderen, weniger ungeliebten Flagge.

So hat die provisorische Regierung, die von der Elite der portugiesischen Bourgeoisie gebildet wird, die sieben Monate ihrer unumschränkten Herrschaft auszunutzen verstanden, um den Sieg ihrer Anhänger bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung sicher zu stellen.

Das Wahlgesetz ist auf diesen Zweck zugeschnitten worden. Und verfügt die republikanische Regierung nicht über dieselben Machtmittel, wie die monarchische? Die Zivilverwaltung, das Heer, die Schar der Beamten und die Politiker — sie alle sind willfährige Werkzeuge in der Hand der Regierung, die den Sieg an ihre Fahnen heften müssen.

Die republikanischen Zeitungen versichern, daß die Wahlfreiheit gesichert und daß eine Korruption bei den Wahlen völlig ausgeschlossen sei. Das ist alles Schaumschlägerei: Sieger wird nur der sein, den die Regierung haben will.

Die Eifersüchteligen, die kurz nach Proklamierung der Republik zwischen den republikanischen Führern wegen des Anteils an den Ehrenstellen und der Beute in Erscheinung traten, sind für den Augenblick scheinbar verschwunden. Im Parlamente werden sie viel schärfer wieder zum Durchbruch kommen, man wird sicher so viel republikanische Parteien haben, als es republikanische Führer gibt. Augenblicklich wollen sich alle den Wahlerfolg sichern, und der Eifer verdäbener Heißsporne geht sogar soweit, daß sie jede nicht-republikanische Kandidatur unterdrücken wollen, — die Sozialisten sind für diese Helden selbstverständlich keine Republikaner.

Trotz alledem stellt die sozialistische Partei Portugals 32 Kandidaten für die Wahlen auf, in den größeren Städten sowohl wie auf dem Lande. In Porto und in Lissabon kandidiert in jedem Wahlbezirk ein Sozialist. Alle sozialistischen Kandidaten sind Arbeiter bis auf 1 Advokaten, 2 Handlungsgesellen, 1 selbstständigen Kaufmann, 1 Arzt, 1 Apotheker und 1 Professor. Die sozialistische Wahltagation hat im ganzen Lande das Gewissen des Proletariats aufgerüttelt. Es ist mit neuer Lebenskraft erfüllt worden und hat seine Reihen vermehrt. Die Partei hat mehr als 50 000 Exemplare ihres Programms in allen Arbeiterkreisen verteilt. In ihrem Wahl-

Kampfe wurde sie von vier sozialistischen Zeitungen wirksam unterstützt: der „A Voz do Operario“ (Arbeiterstimme) in Lissabon, „A Voz do Povo“ (die Volksstimme) in Porto, „A Republica social“ (die soziale Republik) in Lissabon und „O Trabalho“ (die Arbeit) in Setubal.

Diese sozialistischen Zeitungen hatten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst wurden sie nach der auch anderwärts beliebten Taktik von der republikanischen Presse verfolgt.

Ferner haben die Republikaner, die sich vor der Revolution als Freunde des Proletariats aufspielten, heute, nachdem die Republik Wurzel gefasst hat, ihre Versprechungen vergessen. Die republikanische Partei ist überhaupt die Partei der schönen Reden und Versprechungen, aber sie hat nicht nur nichts für das Proletariat getan, sie hat sogar dafür gesorgt, daß das Wahlgesetz ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten wurde.

Der § 1 des Artikels 41 und der § 3 des Artikels 42 dieses Gesetzes verlangen nämlich, daß jede Aufstellung einer Kandidatur zur gesetzgebenden Körperschaft in der Provinz die amtlich beglaubigte Unterschrift von 25, in Lissabon und Oporto von 100 Wählern haben muß. Dadurch hat die Regierung die Möglichkeit, an allen Orten die tätigen Sozialisten, die gegen sie stimmen, kennen zu lernen und gegen sie mit terroristischen Maßnahmen vorzugehen. Und dabei behauptet das Gesetz, daß die Wahlen auf Grund des direkten, allgemeinen und freien Wahlrechts vor sich gehen sollen!

Daher hat die sozialistische Partei das Proletariat gegen dieses Wahlrecht mobil gemacht; sie versucht, das Volk auf die tatsächlichen Verhältnisse hinzuweisen und für die großen Probleme des sozialen Lebens zu interessieren. Selbst am Tage der Wahl werden in den Städten Protestversammlungen gegen das Wahlrecht stattfinden.

Das wirtschaftliche Erwachen hat in Portugal die gleichen sozialen Erscheinungen zeitigt wie in anderen Ländern. So führen jetzt die Anarchisten und die Gegner des Parlamentarismus einen erbitterten Krieg gegen die sozialistische Partei; sie zersplittern und schwächen dadurch das Proletariat. Nur durch eine energische und gesunde Aufklärungsarbeit kann die sozialistische Partei diesen irreführenden Teil des Proletariats auf den rechten Weg zurückführen.

Die Sozialisten erkennen sehr wohl an, daß für Portugal eine neue Ära angebrochen ist, aber sie wissen, daß der Klassenkampf jetzt erst einsetzt; denn welche politische Färbung die Bourgeoisie auch haben mag, sie ist stets die privilegierte Klasse, die vom Schweize des Proletariats lebt und die es mit einem Knochen abspießt, während sie an der vollbesetzten Tafel sitzt.

Monarchistische Putschversuche.

London, 27. Mai. Nach einer Lissaboner Meldung des „Morning Leader“ hat die provisorische Regierung ein Telegramm erhalten, wonach der Marquis de Sabradio, der Privatsekretär des Königs Manuel, sich unter die Monarchisten an der spanischen Grenze gemischt habe und einer der Hauptführer der beginnenden Revolte sei.

Paris, 27. Mai. Meldungen des „New York Herald“ und der „Daily Mail“ aus Lissabon bezeichnen die Lage als sehr kritisch. In Caminho Novo griffen mehrere hundert Monarchisten eine aus Kavallerie und Infanterie bestehende Militärdetachment an. Herbeieilende Munizipalgardisten gaben mehrere Schüsse auf die Monarchisten ab und es gelang ihnen, sie zu zerstören. Eine große Anzahl Verhaftungen wurde vorgenommen. Zahlreiche wohlhabende Lissaboner Familien haben Portugal mit Rücksicht auf die bevorstehenden Ereignisse verlassen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai 1911.

Die Zustimmung des Bundesrats.

In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde den vom Reichstag angenommenen Entwürfen eines Verfassungsgesetzes und eines Wahlgesetzes für Elsaß-Lothringen die Zustimmung erteilt.

Die Reichsversicherungsordnung in dritter Lesung.

Aus dem Reichstag, 27. Mai. Der gemeinsame Grundton der Regierungreden wie der Ausführungen der Vertreter bürgerlicher Parteien zur Reichsversicherungsordnung ist die Enttäuschung, die enttäuschten Erwartungen und nichteingelösten Versprechungen entspringt. Das klang gestern, wie heute aus ihren Reden heraus. Wie hat man mit Posaunenblasen und Bannschlag seit Jahren die Wohlthaten angepriesen, die den Arbeitern durch die Reichsversicherungsordnung beschert werden sollten, und was ist daraus geworden! Jetzt, da die Versicherung da ist, geht es einher mit gedämpftem Trommelschlag. Herr Trimborn vom Zentrum und Herr Mugdan gestern, der national-liberale Herr Horn und der Minister Delbrück heute, sie alle gaben zu, daß das nicht erreicht ist, was den Arbeitern versprochen wurde, sie plädierten eigentlich für mildernde Umstände. Nur Herr Becker-Arnberg klingelte etwas unharmonisch mit dem Gladbacher Schellenbaum dazwischen.

Mit den Gegnern gründlich abzurechnen, hatte Genosse Fischer übernommen. Er entlegte sich seiner Aufgabe auch in einer temperamentvollen Rede, in der er zunächst feststellte, daß die Hastigkeit der Kommissionsarbeit nicht einmal den Kommissionsmitgliedern Zeit gelassen hätte, die Berichte zu lesen, geschweige denn zu prüfen. So wimmelte denn dies komplizierte Gesetz von Unklarheiten, aus denen die Arbeiter sich nicht informieren könnten. Fischer ging dann die Verfindigungen der einzelnen Parteien, besonders des Zentrums und der Konservativen, an dem Gesetz durch und führte der Regierung ihre Abhängigkeit von den Scharfmachern aus zahlreichen Ausprüchen der Scharfmacher selbst zu Gemüte. Dem Ministerialdirektor Caspar wies er insbesondere nach, daß er wider besseres Wissen der Sozialdemokratie eine unzulässige Beeinflussung der Krankentassen untergelegt habe. Ebenso zahlte er es dem konservativen Grafen Westarp heim, daß er es gewagt hatte, schwere Vorwürfe gegen unsere Partei zu erheben, die tatsächlich auf das Haupt der Konservativen zurückfallen. Zum Schluß räumte er mit der Illusion der Gegner auf, als ob sie durch die Entrechtung der Arbeiter in den Krankentassen der Sozialdemokratie schaden könnten. Die Entrechtung der Landarbeiter werde vielmehr dazu beitragen, der Ausklärung unter ihnen Bahn zu brechen.

Der nationalliberale Landrat Horn aus Reuß J. L. suchte der ähnden Kritik Fischers mit allerhand statistischen Berechnungen entgegenzutreten, die der an sich stümpernden Diktion

dieses menschengewordenen Paragraffen nicht gerade Blut und Leben einflößen konnten. Der Staatssekretär Delbrück pries das, was er die Wohlthaten des Gesetzes nannte, unter höflicher Verschweigung gewisser schwerer Mängel. Herr Becker-Arnberg leierte selbstgefällig die abgedroschensten Phrasen aus der Lehrbibel der kapitalistischen Nationalökonomie herunter, die sich im Munde dieses Arbeitervertreters besonders geschmackvoll ausnahmen. Dann suchte er sich auch an der Sozialdemokratie und besonders am Genossen Wollenbuhr zu reiben wegen dessen Ausführungen über die Altersversicherung auf dem Parteitage zu Jena 1905. Nun erwiderte zunächst Dr. Mugdan, der allerhand Angriffe auf seine Partei zurückwies.

Mittlerweile war es 5 Uhr geworden, also schon eine Stunde mehr, als die sonst übliche Arbeitszeit. Die Sozialdemokraten beantragten Vertagung. Die Mehrheit verweigerte ihre Zustimmung; da bezweifelste Wollenbuhr die Beschlußfähigkeit des Hauses. Zum Namensaufruf wurden aber noch so viel Mitglieder herangeführt, daß mit 226 Namen die Beschlußfähigkeit sich ergab.

Zunächst erhielt Herr Becker noch einmal das Wort. Dann wies Genosse Wollenbuhr aus den Akten nach, daß er in Jena gegen Altersrenten vom 65. Jahre an sich erklärt habe, weil damals noch die Hoffnung bestand, daß die Invalidengelder in auskömmlicher Weise gewährt werden und eine frühzeitige Altersrente entbehrlich machen würden. Durch die spätere Rentenquererei sei diese Hoffnung aber bereitet worden, und so habe denn die Sozialdemokratische Partei sich auf dem Parteitage in Leipzig 1909 für die Altersrente vom 65. Jahre an erklärt.

Damit schloß die Generaldebatte über die dritte Lesung. Am Montag wird das Haus in die Spezialdebatte eintreten.

Preussisches Allerlei.

Nicht weniger als 23 Punkte umfaßte die Tagesordnung, die das preussische Abgeordnetenhaus am Sonnabend zu erledigen hatte. Rasendstpartig wechselte das Bild; bald gab es eine hitzige Wahlrechtsdebatte, bald sprach man über die Gewerbeinspektion, bald erörterte man das Wesen der Animerkneipen, kurz die Sitzung brachte jedem etwas.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen ging das Haus über eine Petition des Landesvereins für Frauenstimmrecht zur Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter zur Tagesordnung über. Die Fortschrittliche Volkspartei hatte Ueberweisung als Material, die Sozialdemokratie Ueberweisung zur Veräußerlichung beantragt. Beide Anträge wurden von der reaktionären Mehrheit, die nicht einmal den Männern, geschweige denn den Frauen das Wahlrecht geben will, abgelehnt. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen unserem Genossen Leinert, der in geschickter Weise die ganze Wahlrechtsfrage aufrollte und das verärrliche Zentrum an den Pranger stellte, und dem demagogischen Jesuitengösgling Gronowski, einem der sogenannten Arbeitervertreter des Zentrums, der seine Hauptaufgabe darin erblickte, das Kapital gegen die Angriffe der Arbeiter zu verteidigen. Daß das Zentrum auch diesmal sein volksfeindliches Herz verriet und gegen das Frauenstimmrecht weiterete, ist selbstverständlich; es will eben von den Konservativen nicht lassen.

Ebenso wenig war das Haus geneigt, der Forderung von Arbeitern zur Gewerbeinspektion die Wege zu ebnen. Entgegen einem von unserem Genossen Hirsch begründeten Antrag auf Ueberweisung zur Veräußerlichung ging es über eine entsprechende Petition zur Tagesordnung über, und zwar waren in diesem Falle, alle bürgerlichen Parteien von rechts über das Zentrum hinweg bis links ein Herz und eine Seele.

Die gleiche Einmütigkeit zeigte sich bei einem konservativen Antrag auf Beseitigung des Animerkneipenwesens. Wenn die Sozialdemokraten, deren Standpunkt Liebknecht und Hoffmann vertraten, nicht für den Antrag stimmten, so nicht etwa, weil sie die Schädlichkeit der Animerkneipen verkennen, sondern weil sie sich von einem Polizeikampf gegen soziale Mißstände nach den bisherigen Erfahrungen nichts versprechen.

Montag: Kleinere Vorlagen und Petitionen.

Nach der Schlacht.

Die Konservativen nehmen ihre Niederlage in der Frage der elssässischen Verfassung verhältnismäßig ruhig auf. Nur der „Reichsbote“ steht sich bemüht, seinem Haß gegen das Reichstagswahlrecht in einem langen Artikel Ausdruck zu geben und nochmals „den salzigen Finger auf die von preussischen und deutschen Ministern dem Vaterlande mit der Neu-Einführung eines hyperdemokratischen Wahlsystems geschlagene tiefe Wunde zu legen.“

Die Konservativen wollen eben, wie das schon ihr Redner im Reichstag ausführte, den Wund mit dem Zentrum nicht lockern lassen. Die Rache an der Regierung werden sie schon später kalt genießen. Ob die Regierung dadurch, daß sie den Konservativen gute Worte gibt, daran etwas ändern kann, wird man ja sehen. Demütig genug klingen ja die Ausführungen der „Nordd. Allg. Ztg.“, die ihrem Bedauern über die konservative Opposition Ausdruck gibt und dann fortfährt: „Der Reichskanzler hat seine Ächtung vor der ersten Ueberzeugung ausgesprochen, von der der Widerspruch der konservativen Seite geleitet war, und die sich auch in der sachlichen Form ihrer Opposition ausdrückte.“

Es wird also ausdrücklich anerkannt, daß der Vorwurf des Januschauers, die Regierung habe einen Schlag gegen die Ehre und das Ansehen Preußens geführt, habe Preußen ein neues Dümlich bereitete, ein durchaus sachlicher war. Offensichtlich ist Herr v. Bethmann-Hollweg auch sozialdemokratischen Angriffen gegenüber so objektiv, ihre sachliche Form anzuerkennen und seine Ächtung der ersten Ueberzeugung, der sie entspringen, zu bezeugen. Zum Schluß seiner Betrachtungen meint das offiziöse Blatt:

„Auch war es eine neue Erscheinung, daß bei dieser wichtigen nationalen Aufgabe die sozialdemokratische Partei positive Mitarbeit geleistet hat. Der „Vorwärts“ bemüht sich aber heute bereits, den Eifer derjenigen zu dämpfen, die aus der zustimmenden Haltung der Sozialdemokratie weitgehende Folgerungen ziehen könnten.“

Das ist sehr mißverständlich ausgedrückt. Es war doch so, daß die Regierung nach heftigem Widerstreben unsere wichtigste Forderung, die Einführung des gleichen Wahlrechts akzeptiert hat! Wir waren von Anfang an bereit, positive Arbeit in unserem Sinne und zum Nutzen des Volkes zu verrichten und die Regierung war das Hindernis. Erst indem sie der Forderung der Sozialdemokratie nachgab, ermöglichte sie unsere positive Arbeit. Wenn die Regierung auch künftig zu solcher Mitarbeit bereit sein sollte, braucht sie sich wegen der Haltung des „Vorwärts“ keine Sorgen zu machen.

Ganz falsch aber ist es, wenn die „Voss. Ztg.“ schreibt: „Nebst dem darf der Reichskanzler seinen umsturzschreierischen Kritiken gegenüber auf das Stimverhältnis hinweisen. Die beiden Vorlagen sind keineswegs zustande gekommen, weil die Sozialdemokratie dafür eintrat; sie wären auch, wenn die „Genossen“ sich der Abstimmung enthielten oder dagegen stimmten, glatt angenommen worden.“

Wir haben diese Ansicht bereits in unserem gestrigen Leitartikel als unrichtig nachgewiesen. Hier wollen wir noch der „D. Tagesztg.“ das Wort geben:

Tatsächlich wäre ja dem äußeren Anschein nach eine Mehrheit von etwa einem Duzend Stimmen vorhanden gewesen, wenn die Sozialdemokratie geschlossen gegen die Vorlage gestimmt hätte. Aber diese Ziffern bedeuten tatsächlich keineswegs die Sachlage. Denn wenn die Sozialdemokratie ihre Zustimmung verweigerte, weil die Anhänger der Vorlage das völlig gleiche Wahlrecht zurückwiesen, dann wurden auch eine Reihe von Zentrumsmitgliedern, ja auch ein großer Teil des Preisinns unsicher, so daß eine Mehrheit eben nicht mehr vorhanden war. Darum bleibt es dabei, daß die Preisgabe der Mehrstimmen zugleich der Preis war, um den man die sozialdemokratische Zustimmung erreichte; und daß nach der ganzen Sachlage diese Zustimmung zur Gewinnung einer Mehrheit notwendig war. Um darum bleibt es auch bei der „Morgengabe“!

Aber mit diesem Vertuschungsversuch der „Voss. Ztg.“ ist es nichts.

Jaurès über die elssässische Verfassung.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Die Verhandlungen über das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen sind von der französischen Presse mit begreiflicher Aufmerksamkeit verfolgt worden. Daß bei ihrer Beurteilung Gefühlsmomente und nationalistische Eklisches mitspielten, kann nicht wundernehmen. Die reaktionäre Presse hat sich aber nicht entgehen lassen, speziell der deutschen Sozialdemokratie eins auszuwichsen, wofür nicht zuletzt der in allen Ländern beliebten Tendenz zuliebe, die Sozialisten des Auslandes als Musterpartioten den heimischen „Vaterlandslosen“ entgegenzustellen. Das „Journal des Débats“ allerdings erledigt die Kritik trotz seiner affektierten „Vornehmheit“ mit einigen Rippeleien gegen Gen. Bebel. Ganz dumm bleibt die „Pataille Syndicaliste“, die in der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zur Verfassungsfrage einen Beweis für ihre „Entwickelung nach rechts“ sehen will. Um so größere Aufmerksamkeit verdient der heutige Leitartikel Jaurès in der „Humanité“. Unser Genosse schildert darin die Bemühungen der deutschen Partei, Elsaß-Lothringen eine republikanische, wirklich demokratische Verfassung zu verschaffen, und den Kampf um das Wahlrecht. Er fährt dann fort: „Die sozialistische Partei befand sich so in der Alternative, entweder ein Gesetz zu votieren, das die Wut der Reaktionäre erregte, oder durch ihre Abstimmung den Erfolg einer Verfassung zu sichern, die zwar unvollkommen war, aber doch einige kostbare, einer Weiterentwicklung fähige Bürgschaften enthielt. Sie hat das zweite gewählt, und ich glaube, sie hat recht getan.“ Jaurès setzt die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts in Elsaß-Lothringen für Preußen und ganz Deutschland auseinander. Alles, was die Demokratisierung Preußens und somit Deutschlands vorbereite, sei für Elsaß-Lothringen selbst die Bürgschaft neuer Fortschritte auf dem Weg zur Autonomie und Freiheit. „Diese sehr starken und sehr vornehmen Gründe haben die deutsche Sozialdemokratie bestimmt. Es war Bebel, der im Namen der Partei in diesem entscheidungsvollen Moment sprach. Und wahrlich, niemand kann den Mann, der um den Preis seiner Freiheit gegen die Bismarcksche Politik gekämpft hat und der Abgeordneter von Straßburg im Reichstag war, der Gleichgültigkeit gegenüber den Rechten der Elsaß-Lothringer verdächtigen. Die Bürger der annektierten Länder werden immer mehr erkennen, daß die Vermählung aller notwendig ist, um die Regierungswillkür zu vermindern und die Freiheiten des Volkes zu vermehren. Aber sie werden auch erkennen, daß die Zukunft Elsaß-Lothringens mit dem Fortschritt der Demokratie und des Sozialismus in Deutschland verknüpft ist.“

Die Fortschrittler und die Reichsversicherungsordnung.

Die Haltung eines Teiles der Fortschrittspartei, der sich dazu drängte, an dem arbeiterfeindlichen Werk des Entrechtungsblocks teilzunehmen, stößt in der linksliberalen Presse auf zunehmenden Widerspruch. Nachdem schon das „Verl. Tagebl.“ die Herren gewarnt hat, schreibt jetzt die „Frankf. Ztg.“:

Jeder Sozialpolitiker gibt zu, daß die Vorlage selbst nach den Vorschlägen der Kommission oder, was das selbe ist, der zweiten Plenarlesung eine Anzahl von wichtigen Fortschritten gegenüber dem heutigen Zustande enthält, die man sehr gern verwirklichen möchte. Aber wer dafür seine Stimme gibt, muß auch die Beschlässe über die Krankenversicherung mit in den Kauf nehmen, und diesen Preis halten wir für zu hoch. Es ist darüber nichts mehr zu sagen. Wer sich noch nicht überzeugt hat, daß es ein politischer Fehler ist, der neuen Gestaltung der Krankenversicherung implizite die Sanktion zu geben, wird es auch durch einige weitere Worte nicht werden. Fehler sind freilich dazu da, daß sie gemacht werden, aber wenn es in den Augen der Fraktion ein Fehler wäre, die Reichsversicherungsordnung abzulehnen, so wünschten wir, sie hätte lieber diesen Fehler gemacht. Sie hätte das um so leichter tun können, als ihr in der zweiten Lesung alle Anträge abgelehnt worden sind und sich die Mehrheit in einer provokanten Weise benommen hat. Es wäre auch leichter gewesen, übelwollendem Mißverstand klar zu machen, worum man gegen die Annahme gewesen sei, als warum man dafür war. Der Beschluß der Fraktion ist natürlich in bester Absicht erfolgt, und sie darf als eine sich selbst verantwortliche Körperschaft beanspruchen, daß man ihre Ansicht respektiere. Aber wir sind nicht in der Lage, Bestimmungen zu können.

Also auch die „Frankf. Ztg.“ ist der Ansicht, daß der Raub der Selbstverwaltung und die vielen anderen Verschlechterungen die übrigens lächerlich geringe, und ganz ungenügenden Verbesserungen bei weitem überwiegen. Aber die von der „Positivität“ unfehlbar besfallenen Fortschrittler wird das nicht abhalten, zum Gaudium des schwarzblauen Blocks ihre Stimmen den Gegnern zur Verfügung zu stellen.

Der angeschwindelte Kultusminister.

Die „Deutsche Tageszeitung“ findet den Mut zu der Erklärung, daß sie der Nachweis des „Berliner Tageblattes“, daß der Kultusminister in der Frage des russischen Studenten Dubrowski von amtlichen Organen in der unglücklichsten Weise angelogen worden ist, „rechtlich“ lasse. Genieß, meint das Blatt, wäre es befremdlich, wenn der Kultusminister in der Angelegenheit eine unrichtige Information erhalten und dem Abgeordnetenhaus vorgetragen hätte. Statt sich nun aber über dies ungeheuerliche Faktum der Anschwindelung des Ministers etwas näher auszulassen, sucht das Ministerorgan die Frage sogleich auf ein anderes Gleis zu schieben. Denn wenn auch der Kultusminister durch die unrichtige Information zu einer falschen Darstellung des Falles verleitet worden sei, so beweise das noch keineswegs, daß Dubrowski sich habe töten müssen.

Sabe doch die Unversitätsbehörde dem Abgewiesenen anheimgestellt, ein Zeugnis beizubringen, das ihn von dem falschen Verdachte, ein politisch unangelegenes Element zu sein, befreie. Dazu hat schon Genosse Liebnecht das Nötige gesagt: daß es nämlich keineswegs so leicht ist, gegenüber einer polizeilichen Denunziation seine Unschuld zu beweisen! Wie dem aber auch sein möge, mit der Feststellung, daß der Kultusminister von den untergeordneten Organen einfach belogen worden ist, hat diese psychologische Seite der Sache auch nicht das allergeringste zu tun. Es verrät nur das böse Gewissen des Agrarierblattes, daß es über den springenden Punkt der Sache mit so verlegener Hast durch eine unehrliche Finte hinwegzugleiten sucht!

Ein Unversitätsgesetz.

In der „Magdeburgischen Zig.“ sagt ein Gelehrter über die totale Rechtslosigkeit der studentischen Jugend. Der Akademiker stehe noch immer unter der Zucht einer patriarchalischen, unbeschränkten, unregelmäßigen Zwangsaufsicht und entbehre der staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten, wie sie der nichtstudierende gleichaltrige junge Mann besitze. Nach dem Reichsvereinsgesetz sei allen Personen vom vollendeten 18. Lebensjahr ab die Mitgliedschaft bei jedem Verein gestattet. Der deutsche Student dagegen, der im Durchschnitt das Mündigkeitsalter von 21 Jahren erreicht habe, sei jeder Willkür der Unversitätsbehörden preisgegeben. Die Stellung des Studenten sei eben noch schülerhaft. Die patriarchalischen Verhältnisse einer vergangenen Zeit hätten nicht mehr in unsere Unversitätseinrichtungen. Der Patriarchalismus müsse aus den Vorschriften verschwinden.

So berechtigt diese Beschwerden sind, so fürchten wir nur, daß auch ein Unversitätsgesetz, wie es der Verfasser fordert, die Rechtslosigkeit der Studenten nicht beseitigen wird. Denn auf die Möglichkeit, Studenten zu relegieren, die einer politisch mißliebigen Organisation angehören, werden unsere reaktionären Machthaber schwerlich verzichten. Schon heute ja können sich die Studenten im „nationalen“ Sinne politisch rücksichtslos betätigen. Nur freizeitliche Bestrebungen werden nicht gebildet. Und so lange unsere Unversitäten selbst noch so sehr vom Geiste ängstlicher Rechnungs-träger befeuert sind, wie das leider der Fall Dubrowsky wieder in so beschämender Weise gezeigt hat, wird sich die akademische Jugend — und von den Dozenten gilt das gleiche — eine wirkliche staatsbürgerliche Freiheit nicht zu erringen vermögen.

Vom Ostmarkentag.

In Posen ist am Sonnabend der Gesamtausschuß des Ostmarkenvereins unter Beteiligung von fast 300 Mitgliedern zusammengetreten. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand selbstverständlich die Enteignungsfrage, die Rittergutsbesitzer Wernuth als den einzigen Weg bezeichnete, der zum Ziele führe. Alle anderen Wege seien nur Nebenwege, die auf diesen Hauptweg hinführten.

Major von Tiedemann-Seeheim, der den Bericht des Hauptvorstandes erstattete, erzählte von internen Verhandlungen, die mit der Regierung im November gepflogen worden seien. Man habe damals geglaubt, über den Berg zu sein, aber jede Erwartung und jede Berechnung sei getäuscht worden. Als auch nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses keine Klarheit geschaffen worden sei, habe sich die Vereinskommision genötigt gesehen, mit der bekannten Erklärung vom 20. Januar hervorzutreten. Der Vorstand sei dadurch in eine oppositionelle Stellung zu der Regierung getreten. Die Schuld dafür treffe aber nicht die Vereinskommision. Auch habe am 25. Januar der Gesamtvorstand die Rundgebung einstimmig gutgeheißen. Durch die neuerlichen Verhandlungen im Abgeordnetenhause und die Reden des Landwirtschaftsministers sei „die bestehende Not keineswegs herabgemindert worden“. Der Vorwurf des Ministers, der Ostmarkenverein habe sich auf die Enteignungsfrage verbißen, er betrachte sie als Allheilmittel, sei durchaus unberechtigt. Der Verein sei sich sehr wohl bewußt, daß die Enteignungsfrage kein Allheilmittel sei; aber die Anwendung des Enteignungsgesetzes sei der Prüfstein für den Ernst der Durchführung der bisherigen Ostmarkenpolitik. Der Verein gebe die Hoffnung nicht auf, daß doch noch ein Zusammenarbeiten mit der Regierung möglich sei.

In der Diskussion forderte ein Redner eine energischere Agitation des Ostmarkenvereins. Der Standpunkt des Ministers sei wohl auf innerpolitische Gründe zurückzuführen. Der „Volkswille“ müsse aber von der Regierung kategorisch die Anwendung des Enteignungsgesetzes verlangen. Der gegenwärtige Minister sei nicht imstande, das Gesetz anzuwenden, der Volkswille werde ihn jedoch hinwegfegen. Es wurde schließlich eine Resolution angenommen, die sich gegen die amtliche Ansicht wendet, daß die Ansiedlungstätigkeit eingeschränkt werden müsse. Die Versorgung weiter Kreise sei nicht mehr durch bloße Versicherung, sondern nur mehr auf Grund unzweideutiger Tatsachen zu überbrücken.

Die Versammlung machte sich sowohl in ihrer Resolution als auch bei ihren Reden an, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen. Da die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses ergeben haben, daß sogar nur eine kleine Minderheit des Dreiklassenparlamentes hinter dem Ostmarkenverein steht, wird sich der Landwirtschaftsminister durch die Drohung, hinweggesetzt zu werden, schwerlich einschüchtern lassen.

England.

Das Osborneurteil und die Regierung.

London, 26. Mai 1911. (Eig. Ber.) Nach langem Zaudern ist die Regierung endlich mit einer Vorlage herausgerückt, die die den Gewerkschaften aus dem Osborneurteil erwachsenen Nachteile beseitigen soll. Herr Asquith hat das Versprechen, daß er vor den Wahlen gegeben, gehalten; denn die von Herrn Churchill eingebrachte Vorlage enthält genau jene gänzlich unzulänglichen Bestimmungen, die vom Ministerpräsidenten vor sechs Monaten skizziert wurden. Die Vorlage gestattet den Gewerkschaften die politische Betätigung nur, wenn diese als einer der Zwecke in den von dem Registrar der Friendly Societies genehmigten Statuten der Gewerkschaft ausdrücklich niedergelegt und die auf die politische Aktion bezügliche Bestimmung von der Mehrheit der abstimmenden Mitglieder angenommen worden ist. Die für politische Zwecke gesammelten Gelder müssen getrennt von den übrigen Geldern der Gewerkschaft verwaltet werden. Die politischen Beiträge sollen ferner nicht obligatorisch sein. Ein Mitglied, das sich weigert, zu zahlen, braucht sie nicht zu entrichten. Ein solches Mitglied muß die Erklärung abgeben, daß es sich weigert, den politischen Beitrag zu bezahlen. Es dürfen ihm keinerlei Nachteile aus dieser Weigerung erwachsen, auch darf die Pflicht, die politischen Beiträge zu bezahlen, nicht zu einer der Aufnahmebedingungen für neue Mitglieder gemacht werden. Der Registrar der Friendly Societies hat darüber zu wachen, daß die Abstimmung über die Einführung der politischen Aktien vollständig geheim und auf Grund des allgemeinen gleichen Stimmrechts erfolgt. Alle Mitglieder müssen von der Leitung der Gewerkschaft von ihrem Recht,

die Zahlung der politischen Beiträge zu verweigern, ausdrücklich benachrichtigt werden.

Die Arbeiterpartei verlangt, die Wiedereinführung der Gewerkschaften in die Rechte, die diese vor dem Fällen des Osborneurteils besaßen. Die von der Regierung angebotene Vorlage ist aber alles andere als eine Erfüllung dieser Forderung. Die Zukunft muß natürlich lehren, ob die Vorlage, die den Gewerkschaften erlaubt, ihre organisatorischen Einrichtungen innerhalb enger Grenzen unter Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder für politische Zwecke zu verwenden, der Arbeiterpartei etwas nützen wird. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu schließen, dürfte dies kaum der Fall sein; denn die Versuche der Gewerkschaften, auf freiwilligem Wege einen politischen Fonds zu schaffen, haben nur äußerst geringen Erfolg gehabt.

Türkei.

Ein Vertrauensvotum.

Konstantinopel, 26. Mai. Die jungtürkische Partei votierte heute in ihrer Konferenz dem Großwesir mit 96 gegen 11 Stimmen ihr Vertrauen. Der Beschluß ist, da er mit Zweidrittelmehrheit gefaßt ist, für die ganze Partei obligatorisch.

Marokko.

Ein Gefecht im Muluja-Gebiet.

Paris, 12. Mai. Aus Taurizi wird gemeldet, daß eine französische Kolonne am 23. Mai bei Debdu einen schweren Kampf mit Beni Rais zu bestehen hatte, die nach hartnäckigem Kampf zurückgeworfen wurden.

Die Marokkaner sollen 500 Tote und Verwundete gefaßt haben. Die Franzosen verloren an Toten einen Major, ein Leutnant und 18 algerische Schützen wurden verwundet.

Mexiko.

Die Flucht des Despoten.

Mexiko, 27. Mai. Der bisherige Präsident Diaz ist heimlich nach Veracruz abgereist. Die Reise wurde mit allen Vorsichtsmaßnahmen ausgeführt. Es wurden drei Jäger benützt. Diaz Frau und Sohn reisten mit dem zweiten Juge, der dritte führte eine Abteilung Soldaten mit sich. Die Abfahrtszeit wurde nicht bekanntgegeben, da man befürchtete, Aufrührer könnten die Flucht Diaz verhindern und ihn tötlich mißhandeln. Diaz hat sich an Bord des Dampfers „Ypiranga“ begeben, der Donnerstag von Veracruz nach Europa abgeht.

Ein Manifest Maderos.

New York, 27. Mai. Ein Telegramm aus Juarez meldet, daß Madero ein Manifest erlassen habe, in welchem er die provisorische Präsidentschaft niederlegt, an die Regierung den Appell richtet, de la Barra zu unterstützen, und ihm die Truppen der Aufständischen zur Verfügung stellt.

Aus der Partei.

Parteischule und Gewerkschaftsschule.

Der achte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der vom 20. Juni ab in Dresden tagt, wird sich mit einigen Anträgen zu beschäftigen haben, die eine Reform der Gewerkschaftsschule anstreben. Die Verwaltungsstelle Erfurt des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat folgenden Antrag gestellt:

„Die Gewerkschaftsschule der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist mit der Parteischule zu vereinigen. Solange die Verschmelzung nicht durchgeführt ist, sind die Gewerkschaften verpflichtet, die Parteischule mit Gewerkschaftsfunktionären zu besetzen. Ferner hat die Generalkommission dahin zu wirken, daß der Vorstand der sozialdemokratischen Partei veranlaßt wird, Parteifunktionäre an dem Unterrichtskursus der Gewerkschaftsschule teilnehmen zu lassen.“

Dieser Antrag entspringt, so schreibt die Erfurter „Tribüne“ dazu, zweifellos dem berechtigten Wunsche, daß die Funktionäre der Arbeiterbewegung eine einheitliche Ausbildung erhalten. Der heute bestehende Zustand kann unmöglich auf die Dauer aufrechterhalten werden. Während die Lehrer der Parteischule auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind an der Gewerkschaftsschule Personen tätig, die nichts vom Klassenkampf wissen wollen; ja solche, die der modernen Arbeiterbewegung den Rücken gekehrt haben. Es wäre deshalb ein großer Fehler, wenn Parteifunktionäre an dem Unterrichtskursus der Gewerkschaftsschule teilnehmen würden. Es geht doch nicht an, daß unsere Funktionäre ausgebildet werden von Personen, die aus der Partei ausgetreten sind und sich damit vom modernen Sozialismus abgewandt haben. Es ist zu wünschen, daß dies auf dem Gewerkschaftskongreß klar zum Ausdruck gebracht wird.

Auch in den Gewerkschaften herrscht Unzufriedenheit über die Zusammensetzung des Lehrerkollegiums an der Gewerkschaftsschule. Die Bremer Bauarbeiter beantragen, daß in Zukunft nur Parteigenossen als Lehrer tätig sind, und zwar solche, die den Klassenkampf in klarer Weise ihre Schüler lehren. Ein Gewerkschaftsorgan, der „Zentralarbeiter“, nimmt in Nummer 16 vom 21. April ganz entschiedene Stellung gegen Herrn Richard Calver, der ja auch als Lehrer an der Gewerkschaftsschule tätig ist. Unter diesen Umständen scheint uns der Antrag der Erfurter Metallarbeiter, die beiden Unterrichtsinstitutionen der Arbeiterbewegung zu verschmelzen, nicht zeitgemäß. Rückhaltlos stimmen wir dem zu, daß die Parteischule von den Gewerkschaften besetzt wird; ganz entschieden müssen wir uns aber dagegen wenden, daß die Partei unter den bestehenden Verhältnissen Genossen auf die Gewerkschaftsschule delegieren soll.

Genosse Ludwig Schröder, der bereits vor einigen Tagen einen leichten Schlaganfall erlitten hatte, so daß er die Leitung der Generalkommission der Bergarbeiter nicht übernehmen konnte, ist am Sonnabend leider von einem neuen Schlaganfall heimgegriffen worden, der so heftig war, daß unser bebauenerwerter Genosse vor den Augen seiner Freunde zusammensank.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Landratsrecht gegen Streikversammlungen!

Der Streik der mitteldeutschen Braunkohlenbergarbeiter hat dem Zeiber Landrat zu einer neuen Verordnung des Reichsvereinsgesetzes Anlaß gegeben. Am Donnerstag, den 11. Mai, sollte eine Betriebsbesprechung der Arbeiter der Zeisfabrik in Rehmshdorf stattfinden. Diese Zusammenkunft sollte der im Lokal erschienenen Gendarm Paul — wie er sagte in amtlichem Auftrage — überwachen. Die Besprechung wurde nun natürlich nicht abgehalten. Auf eine an den Landrat gerichtete Beschwerde antwortete dieser am 16. Mai mit folgendem forschenden Ullas:

„Die Entscheidung darüber, ob eine Versammlung eine öffentliche politische Versammlung im Sinne des § 5 des Reichsvereinsgesetzes und daher ein Beauftragter zu entsenden ist, steht dem pflichtgemäßen Ermessen der Polizeibehörde zu und kann nicht dem Veranlasser oder Leiter oder gar den Teilnehmern überlassen werden. Es würde ja sonst jeder Einbruder usw. einer Versammlung imstande sein, die Anwesenheit polizeilich Beauftragter durch die einfache Erklärung, daß es sich um keine öffentliche politische Versammlung handele, auszuschießen.“

Die gegenwärtig stattfindenden Streikversammlungen, zu denen auch die hier in Rede stehende gehört, sind offenbar öffentliche Versammlungen, denn die Einladung — gleichviel wie sie

erfolgt — richtet sich an eine unbestimmte Personenzahl, und wenn sie auch dem Zutritt z. B. von dem Verwalter der Streikliste oder dergleichen abhängig macht, so ist die Kontrolle doch erfahrungsmäßig eine so oberflächliche, daß tatsächlich jeder Beliebige Zutritt hat. Daß ferner in diesen Versammlungen politische Angelegenheiten, d. h. solche, welche auf Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates und die staatlichen Rechte der Bürger Bezug haben, erörtert werden, wird wohl nicht angezweifelt werden können, vielmehr auch durch den Verlauf der bisherigen Versammlungen bestätigt. Ich habe deshalb bis auf weiteres die polizeiliche Überwachung sämtlicher Streikversammlungen ohne Rücksicht auf die Art der Einladung angeordnet. Stellt sich hierbei heraus, daß eine Versammlung ohne die im § 5 des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 vorgeschriebene Anzeige veranfaßt worden ist, so wird gegen den Veranfaßter oder Leiter das Strafverfahren gemäß § 18, 2 a. a. O. eingeleitet werden.“

Der Ullas trifft sachlich zunächst deshalb daneben, weil die Besprechung der Zeisfabrikarbeiter ja absolut nichts mit dem Bergarbeiterstreik zu tun hat und auch überhaupt keine Streikversammlung war. Aber formell ist es wohl die Standardfeste aller bisherigen Verwaltungen des Reichsvereins, eine so interne Zusammenkunft, wie es eine Betriebsbesprechung naturgemäß ist, zur öffentlichen und nun gar noch politischen Veranstaltung zu stampeln. Im übrigen ist dem Herrn Landrat der Name des Bezirksleiters der Bergarbeiter, der die bisherigen Versammlungen einberufen hat, deren Verlauf die Erörterung politischer Dinge in Streikversammlungen bestätigt haben soll, angegeben worden, mit der Aufforderung, ihn — wie angedroht — gemäß § 18 des Reichsvereinsgesetzes zu belangen. Man würde so erfahren, wie sich die ordentlichen Gerichte zu diesem Landratsverlaß stellen.

Wegen Verleibigung des Reichsverbändlers Dr. Henrici wurde der Verantwortliche der „Leipziger Volkszeitg.“, Genosse Alfred Reimling, zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Henrici war in einer Notiz der „Leipziger Volkszeitg.“ als „politischer Kaiser“ bezeichnet worden. Den angebotenen Wahrheitsbeweis — die Vernehmung einiger politischer Persönlichkeiten — lehnte das Gericht ab, woraus der Verteidiger schloß, daß das Gericht die Behauptung als wahr unterstelle. Das Gericht widersprach dieser Auffassung nicht.

Soziales.

Lehrlingsausbildung.

Vor der 8. Kammer des Gewerbegerichts flagte der Vater des Buchbinderlehrlings Thiel gegen den Großbuchbindermeister Friedrichshof, Grünstr. 4, auf Feststellung der Arbeitszeit für den Lehrling. Dieser muß an jedem Sonnabend bis nachts gegen 1 Uhr arbeiten. Es handle sich dabei nicht um eine richtige Buchbinderarbeit, bei der der Lehrling etwas lernen könne, sondern um bloße Einstadarbeiten an einer wöchentlich erscheinenden Zeitschrift.

Der Beklagte vertrat die Ansicht, daß er die Ueberarbeit von dem Lehrling verlangen könne, denn der Buchbinderartef sagt, daß zwar regelmäßige Ueberstunden zunächst zu vermeiden seien, aber geleistet werden müßten, wenn sie sich nicht umgehen ließen. Die gesellschaftlichen Schutzbefristen für jugendliche Arbeiter kämen für den Lehrling nicht mehr in Betracht, da er das 16. Lebensjahr schon vollendet habe.

Das Gericht hielt die geforderte Arbeitszeit für zu lang, empfahl aber dem Kläger, die Klage zurückzunehmen, da, wenn auch das Gericht eine Entscheidung treffe, der Beklagte sie aber nicht beachte, dann am Zustand nichts geändert sei. Die Handwerkskammer, als Aufsichtsbehörde über das Lehrlingswesen, vermag das wirksamere einzugreifen. Der Kläger nahm darauf die Klage zurück.

Die Begründung des Gerichts ist sehr befremdlich, sie wirkt gerade wie eine Aufforderung, auf die Entscheidungen des Gewerbegerichts zu pfeifen. Uebrigens ist die Bezugnahme auf den Tarif sehr deplaziert. Wenn jeden Sonnabend über die normale Arbeitszeit hinaus geschafft wird, dann kann man füglich von einer regelmäßigen Ueberzeitarbeit reden, die nach dem Tarif nicht zulässig ist. Vielleicht ist die Organisation da mal nach und verhindert Seitenprünge, durch welche die arbeitslosen Gehilfen geschädigt werden.

Zum erstenmal in der Großstadt.

Mit einer eigenartigen Gastpflichtliche hatte sich das Reichsgericht aus Anlaß eines Rechtsstreits einer Zigarenarbeiterin W. aus Ohlau mit dem Breschischen Eisenbahnklub zu befassen.

Die Klägerin war zum erstenmal als 15jährige Mädchen mit der Eisenbahn nach Breslau gekommen. Als sie mit ihrer Schwester von Breslau wieder nach Ohlau zurückfahren wollte, fragte sie auf dem falschen Bahnsteig nach ihrem Zuge. Darauf erhielt sie von einem Bahnangestellten die Auskunft, durch den Tunnel auf den anderen Bahnsteig zu gehen. Inzwischen sagte ihr auch ein Reisender, daß ihr Zug dort drüben stehe und daß sie, wenn sie noch mit wolle, schnell machen müsse. Die Klägerin sprang nun in der Angst, den Zug zu verpassen, den einen Meter hohen Perron herunter auf das Gleis und wurde hier von einem langsam heranfahrenden Leerzuge überfahren. Dabei hat sie beide Beine verloren.

Das Landgericht Breslau wies die Klägerin mit ihren Ansprüchen ganz ab, weil sie allein das Verschulden treffe. Das Oberlandesgericht Breslau dagegen hatte die Ansprüche der Klägerin zu drei Vierteln dem Grunde nach für gerechtfertigt anerkannt. Zur Begründung führte das Oberlandesgericht aus, daß die Klägerin, die zum erstenmal einen Zug benutzt habe, durch das Gewirr auf dem Bahnhofe und die Angst, ihren Zug nach Ohlau nicht mehr zu erreichen und allein in der Großstadt Weihen zu müssen, die im Verkehr erforderliche Einsicht für die Gefährlichkeit ihres Tuns verloren habe. Diese Verwirrung sei an sich begreiflich und der Klägerin nur zum geringen Teil als Verschulden anzuzurechnen. Dagegen sei der Betriebsgefahre der Eisenbahn der größere Teil an dem Unfall beizumessen.

Auf die Revision des Eisenbahnklubs hat das Reichsgericht dieses Urteil des Oberlandesgerichts Breslau aufgehoben und den Schaden in umgekehrter Weise verteilt: die Klägerin zu drei Vierteln abgewiesen und ihren Anspruch nur zu einem Viertel als berechtigt anerkannt.

Roberte Klaverei.

Nichts anderes wie Klavieren sind die sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen“ der Unternehmer, mit denen immer so viel Ruhmes gemacht wird. Am deutlichsten zeigt das eine Bestimmung, die die große Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Woyrent in dem Mietvertrag für die von ihr erstellten „billigen“ Arbeiterwohnungen hat. Das Unternehmen schaltet für ihre Arbeiterklaven das Recht der freien Berufswahl ihrer Kinder aus und führt die wahrhaftige Leibeigenschaft wieder ein. Wenn nämlich das Kind einer Zigarbeiterfamilie aus der Schule entlassen wird, und es wird nicht der Vater, in der Vater und Mutter um großen Lohn tätig sind, ebenfalls zur Ausbeutung überliefert, so strast die Direktion die Eltern dadurch, daß die Miete für die Fabrikwohnung um 48 M. jährlich erhöht wird. Will also ein miserabel bezahlter Weber oder Spinner sein Kind nicht demselben Elend, unter dem er selbst leidet, ausliefern sehen, sondern es einem anderen Beruf erlernen lassen, so muß er dem reichen Unternehmer einen jährlichen Tribut von 48 Mark zahlen!

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Bäcker.

In bürgerlichen Blättern war gestern noch einer Mitteilung von Seiten der Meister zu lesen, die bis jetzt erfolgten Bewilligungen hätten gar keine Bedeutung, denn es hätten nur Meister mit einem und zwei Gesellen bewilligt, während sich die Inhaber der größeren Bäckereien den Forderungen der Gesellen gegenüber ablehnend verhielten. — Was in dieser Mitteilung gesagt wird, ist gewiß der Wunsch der führenden Innungsmeister; aber den Tatsachen entspricht es nicht. Die gestern von uns mitgeteilte Zahl der Bewilligungen, die schon vor dem Streikbeschluss erfolgten, war schon so groß, wie noch bei keinem früheren Lohnkampf. Doch mag noch so mancher Meister der Entwicklung der Dinge gleichgültig entgegen gesehen und sich abwartend verhalten haben. Das änderte sich aber, als der Beginn der Arbeitszeit nahte und die Bäckergesellen bei den Meistern, die noch nicht bewilligt hatten, nicht zur Arbeit erschienen. Da wurden die Meister plötzlich anderen Sinnes. Sie traten den Weg nach dem Gewerkschaftshaus an, wo die Lohnkommission samt den streikenden Bäckern versammelt war.

Bis Mitternacht kamen unaufhörlich Meister und Meisterfrauen, suchten die Gesellen, welche bei ihnen beschäftigt waren, unterzusehen die Forderungen und zogen mit ihren Gesellen leichten Verzweigs heim. Selbst nachdem das Streikbureau um 12 Uhr nachts geschlossen war, erschienen noch bewilligungslustige Meister, die dann freilich unrichtigere Sache wieder umkehren mußten. Als Sonnabend früh um 5 Uhr das Streikbureau geöffnet wurde, standen schon wieder zahlreiche Bäckermeister da, um ihre Unterschrift unter den Vertrag zu setzen und das Plakat, den Ausweis der Bewilligung, mitzunehmen. Während des ganzen Tages brach der Zustrom der bewilligenden Bäckermeister nicht ab. Die Lohnkommission hatte alle Hände voll zu tun, um die andrängenden Meister abzufertigen und ihnen die begehrten Gesellen zuzuführen. Im Drange der Geschäfte war es der Lohnkommission bis gestern abend noch nicht möglich, die Zahl der bis dahin erfolgten Bewilligungen festzustellen. Nach ungefähre Schätzung kann aber gesagt werden, daß

schon mehr als die Hälfte aller Bäckermeister im Streikgebiet bewilligt

haben. Schon diese Tatsache beweist, daß nicht nur die kleinsten Meister bewilligt haben. Es ist übrigens einwandfrei festgestellt, daß sich unter den Meistern, welche die Forderungen anerkennen, Inhaber größerer Betriebe befinden, und zwar nicht nur solche, die lediglich auf Arbeiterbeschäftigung angewiesen sind, sondern auch Bäckereien in sogenannten besseren Stadtteilen. Die größten Betriebe, welche viele Werkstätten und Filialen unterhalten, haben ohne Ausnahme bewilligt. Ja, selbst der kampflustige Obermeister Liebing in Reinickendorf hat Frieden mit dem Verbande geschlossen. Er hat die Forderungen anerkannt und sich verpflichtet, die vor dem Konflikt bei ihm beschäftigt gewesen Verbandsmitglieder wieder einzustellen. — So geht es von Erfolg zu Erfolg.

Es ist selbstverständlich und wird auch von der Leitung des Bäckerverbandes anerkannt, daß er seine Erfolge in diesem Kampfe zum großen Teil der tatkräftigen Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft zuschreiben hat. Der Vorkost ist in vorzüglicher Weise durchgeführt und bringt die beabsichtigte Wirkung. Die Plakate, welche dem Publikum anzeigen, daß der betreffende Bäckermeister bewilligt hat, werden mit Rücksicht auf die Polizei- und Gerichtspraxis nicht wie früher im Schaufenster, sondern im Innern des Ladens angebracht, wo sie nach der Rechtsprechung des Kammergerichts ungehindert hängen und durch keine Polizei entfernt werden dürfen. Trotzdem sind schon gestern vereinzelte Fälle vorgekommen, wo Polizeibeamte, dem Befehl zuwider, die Entfernung des Plakats aus dem Laden verlangt haben. Einem solchen Verlangen braucht niemand zu folgen, denn es ist ungesetzlich.

Die Polizei kann von ihrer ebenso alten wie unerschütterlichen Gewohnheit, sich in jeden Streik einzumischen, nicht lassen. Sie hatte es sehr eilig, den Streikbeschluss zu erfahren. Sobald derselbe gefaßt war, wurde die Beobachtung gemacht, daß ein Polizeibeamter dem Präsidium telephonisch mitteilte, wie die Versammlung verlaufen, von wievielen Personen sie besucht war, mit welchem Stimmenverhältnis der Streikbeschluss gefaßt war usw. So eilig hatten es selbst die Bäckermeister nicht, die doch an dem Streik wohl ein größeres Interesse haben wie die Polizei. Oder können die Innungsführer sich in dieser Angelegenheit auf ihre guten Beziehungen zum Polizeipräsidium verlassen?

Alles in allem: Der Stand des Kampfes ist über Erwarten günstig. Es kann deshalb schon jetzt als sicher gelten, daß die Bäcker, unterstützt durch die gesamte Arbeiterbevölkerung, einen glänzenden Sieg davontragen werden.

Ueber den Stand der Bewegung am 27. Mai, abends 7 Uhr, erhalten wir folgende Mitteilung: Bewilligt haben die Inhaber von 1617 Betrieben. Darin sind beschäftigt: Bäcker: 3152, ständig beschäftigte Konditoren: 187, Tageskonditoren: 58, zusammen 3397. Dazu Lehrlinge 417. Streikende sind noch vorhanden 1940. Zu neuen Bedingungen arbeiten bereits 3397. Also eine Beteiligung am Streik von 5337.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in den Eisenkonstruktionsbetrieben.

In einer Versammlung der Streikenden, die am Sonnabend vormittag in den „Pharusälen“ stattfand, erstattete Maus einen Bericht über den Stand der Bewegung. Die Einigkeit und Geschlossenheit unter den Streikenden ist bis jetzt musterhaft. Nur ein Abtrünniger ist angemeldet worden. Zahlreiche Arbeitswillige sind von auswärts gekommen; die Agentur der Witwe Müller, Hamburg-Altona, hat einige Transporte nach Berlin geschickt, die aber den Erwartungen der Unternehmer durchaus nicht entsprechen. Wandererarbeiten sind von bestrittenen Firmen nach auswärts geschickt worden, wie der Streikleitung gemeldet wurde; die entsprechenden Maßnahmen hat man sofort gegen eine Uebernahme von Streikarbeiten durch die Berufscollegen in anderen Orten getroffen.

Ueber die Bauarbeiter wird von den Streikenden noch vielfach geklagt, und es wurde als notwendig bezeichnet, daß unter den Bauarbeitern mehr Klärung über die Streiklage verbreitet werde; durch Unkenntnis wird auf manchen Bauten dieses verschuldet, was den Streikenden Schaden bringt. Jeweils waren erst längere Auseinandersetzungen mit Bauarbeitern — auch mit organisierten — notwendig, damit die Wünsche der Streikenden erfüllt wurden.

Einzelne Unternehmer haben bereits erklärt, daß sie zu einem Friedensschluss geneigt seien, aber ihre Organisation hindere sie noch daran. Noch rechnen die Unternehmer mit der Banfälligkeit der Arbeiter und versprechen sich eine Wandlung der Dinge vom Pfingstfest und dem kommenden Monatsersten. Maus erklärte unter der allseitigen Zustimmung der Versammelten, daß die Streikenden nicht daran denken, wankelmütig zu werden und entschlossen sind, ihre beschiedenen Forderungen aufrechtzuerhalten.

Die Streikposten lagten mehrfach über ungerechte Behandlung durch die Behörden. Besonders in Tempelhof, wo einige große Firmen sich befinden, wird ihnen die Ausübung ihrer Rechte verweigert. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Injeratenteil veranw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt

sehr erschwert. Die Gewerkschaften des Ortes verlangten, daß die Posten sich in weiter Ferne aufstellen, oder sie wollten das Streikpostenstehen überhaupt nicht zulassen. Maus forderte die Streikenden auf, sich ihre Rechte nicht kürzen zu lassen, zugleich aber vor allen Ausschreitungen sich zu hüten. Er erzählte, daß ihm ein Vollzugsbeamter selbst das Zeugnis ausgestellt habe, daß die Streikenden (der Firma Thiffen) sich sehr geübt und anständig betragen. Maus mußte die Hilfe der Polizei in Anspruch nehmen, um die Papiere von zwei Arbeitswilligen, die die Arbeit wieder ausgegeben hatten, zu erhalten. — Wo die Arbeitswilligen über den Streik aufgeklärt werden konnten, gelang es oftmals, sie zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen.

Klempner und Rohrleger! Die Firma Engländer, Prißwaller Str. 6, führt für andere Firmen Streikarbeit aus. Die Kollegen, die dort beschäftigt waren, haben die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ist deshalb streng gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband, Orisberno, Berlin.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Bei der Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress wurden 1376 Stimmen abgegeben. Hieron waren 11 ungültig und 9 weiße Stimmzettel. Von den abgegebenen Stimmen erhielten Runge 1175, Kaschewski 676, Schila 421, Grammaffe 412.

Es ist hiernach eine Stichwahl zwischen Kaschewski und Schila erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Verbandsmitglieder, Brotbäcker! Die Sperrung über die Firma Liebing, Brotfabrik, Reinickendorf, Residenzstr. 150, ist aufgehoben. Die ausgesperrten Arbeiter sind wieder eingestellt worden.

Zentralverband d. Bäcker u. Konditoren, Bureau: Engelauer 14/15.

Eine Niederlage der Gelben.

Bei den Wahlen zum Gesellenauswähl der Berliner Fleischermesse erhielten die Gelben wiederum eine vollständige Niederlage. Im ersten Wahlgang, Wahl von 8 Altgesellen, wurden 451 Stimmen abgegeben; hiervon erhielt die Liste des Zentralverbandes 244, die Liste der Gelben 199 Stimmen. Im zweiten Wahlgang, Wahl von 3 Erfahrmännern, erhielt die Liste des Verbandes 249, die der Gelben 200 Stimmen. Alle Bemühungen der Innungsmeister, aller Terrorismus hat diesmal wieder nichts geholfen.

Deutsches Reich.

Schwarze Listen im Bergarbeiterkampf.

Die Bergwerksbesitzer im Oberlausitzer Revier suchen Hilfe bei anderen Unternehmern. Der Arbeitgeberverband für das Bergwerk in Jittau verbietet an seine Mitglieder ein streng vertrauliches Schreiben, dem eine schwarze Liste, die 379 Namen enthält, beigelegt ist. In dem Schreiben werden die Bauunternehmer ersucht, an der Hand der beiliegenden Liste festzustellen, ob sie wirklich keinen der ausständigen Bergarbeiter beschäftigen, gegebenenfalls sollen sie diese sofort entlassen. Die mit einem Sternchen auf der Liste versehenen Personen werden als besonders gefährliche Agitatoren bzw. Wortführer bezeichnet; es sind das 41 Personen. Der Verband für das Bergwerk fordert seine Mitglieder zu solidarischem Verhalten auf und wünscht eventuelle Entlassung der genannten Personen ohne Angabe von Gründen.

Die Verhandlungen im Buchbindergerwerbe über den Dreistädtevertrag.

wurden am 22. und 23. Mai in Leipzig fortgesetzt. Sie gestalteten sich dadurch sehr schwierig, daß die Unternehmer bei der Bezahlung der Ueberstunden sehr wenig Entgegenkommen zeigten und für die Format- und Logenberechnung bei Affordarbeiten eine neue Grundlage unterlegt wissen wollten.

Vereinbart wurde als Ueberstundenzuschlag für Arbeiter 12, 15 und 20 Pf. für die erste bzw. zweite und dritte Ueberstunde. Für Berlin jedoch bleibt es bei 15, 15 und 20 Pf. Für Arbeiterinnen betragen die Zuschläge 8 bzw. 8 und 12 Pf. Somit ist nur für Arbeiter bei der ersten Ueberstunde eine Erhöhung von 2 Pf. herausgekommen und bei Arbeiterinnen bei der ersten Ueberstunde 1 Pf. und bei der dritten 2 Pf. für Ueberzeitarbeit an Sonntagen und Sonntagen wurde 20 Pf. Zuschlag für Arbeiter und 12 Pf. — bisher 10 Pf. — für Arbeiterinnen festgesetzt. Nachtarbeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, die bisher nicht tariflich geregelt war, wird hinfür mit 30 Pf. Zuschlag entlohnt. Ausfallsarbeiter, die unter einer Woche beschäftigt werden, erhalten auch hierauf noch 10 Proz. Ertragszuschlag.

Bezüglich der Formatberechnung gilt bei allen Positionen die Deckelgröße, im Zweifelsfalle der nach Papier gefaltete Logen. Dementsprechend soll die Preisfestsetzung erfolgen. Die Logenberechnung bleibt wie bisher; ein viel umrittener Antrag der Arbeitgeber, wonach bei Dreibruchbogen auch bei den Formaten 15—17 8 Blatt Text, Bilder oder Karten als 1 Logen berechnet werden sollten, wurde abgelehnt.

Zur generellen Einführung von paritätischen Arbeitsnachweisen konnten sich die Arbeitgeber nicht verstehen, doch sollen der örtlichen Einführung solcher Arbeitsnachweise keine Schwierigkeiten bereitet werden.

Eine sehr lange Debatte rief die Besetzung der Schnelldruckpressen hervor, wobei die Arbeitgeber besonders die Konkurrenz der Buchdruckereien und der Luxuspapierfabriken ins Feld führten, sowie auch den Widerspruch, der darin liege, daß auch von Arbeiterschaft die Beschäftigung von Arbeiterinnen an den gefährlichen Phönix- und Viktoriapressen freigegeben sei, nicht aber an den später zur Einführung gelangten, leichter zu bedienenden anderen Systemen, obgleich auch für das an diesen Maschinen beschäftigte männliche Personal der Lohn für Schnellpressen verlangt und bezahlt wurde. Diesen Gründen konnten sich auch die Arbeitgeber nicht verschließen und man einigte sich auf folgende Bestimmung: Das an Schnelldruckpressen sämtlicher Systeme beschäftigte Personal muß zu Zweidritteln aus Pressern und kann zu einem Drittel aus Mädchen bzw. Hilfspersonal bestehen. Bisher durften Phönix- und Viktoriapressen zur Hälfte von Arbeiterinnen bedient werden.

Auf die Forderung der Arbeiter: „An jeder Dedenmachmaschine ist mindestens 1 Weibliche zu beschäftigen“, erklärten die Arbeitgeber auf keinen Fall eingehen zu können, weshalb sie fallen gelassen werden mußte. Für den zweiten Gehilfen an der Fertigmachmaschine wurde ein angemessener Stundenlohn, der nicht unter dem Minimallohn sein darf, festgesetzt.

An neuen Maschinen sind die Arbeiten solange nach Vereinbarung zu entlohnen, bis auf Antrag einer der beiden Parteien durch Tarifamtsbeschluss allgemein gültige Affordsätze geschaffen sind.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Tarifs gelten alle vordem getroffenen, entgegenstehenden Abmachungen für aufgehoben, womit auch die tarifwidrige Leipziger Sonderabmachung gefallen ist, wonach für Arbeiterinnen, die Weiblichenarbeiten verrichteten, ein Prozentsatz Abzug zulässig war. Hierbei machten die Leipziger Unternehmervertreter die energichsten Anstrengungen, ihr Sonderrecht zu wahren, doch lehnten die Arbeitervertreter die Fortdauer jenes untariflichen Zustandes strikte ab. Die Leipziger Arbeitgeber behielten sich jedoch vor, bei der Beratung der Affordpreise für leichtere Arbeiten entsprechende Anträge zu stellen.

Die Tarifdauer soll wieder 5 Jahre betragen. Ein Antrag der Arbeitgebervertreter auf eine dreijährige Gültigkeitsdauer oder auf eine weitere Erhöhung der am 2. und 3. Mai festgesetzten Minimalstundenlöhne wurde von den Arbeitgebervertretern mit besserer Unterstützung zurückgewiesen, hätten sie doch schon die bittersten Vorwürfe ob ihres Entgegenkommens von ihren eigenen Kollegen bekommen. Dagegen erfuhr auch der Antrag der Arbeitgeber auf Festsetzung einer sechsmonatigen Kündigungsfrist für den Tarif eine Ablehnung; es blieb also bei der dreimonatigen.

Eine aus je fünf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestehende Affordtarifkommission tritt voraussichtlich am Mittwoch nach Pfingsten zur Beratung in Leipzig zusammen. Die Dauer ihrer Tagung wird auf etwa 14 Tage angesetzt. Von Seiten der Unternehmer sind in dieselbe nur Leipziger Prinzipalvertreter gewählt, und zwar die Herren Rammel (Firma Frische), Filenischer, Maul jr., Friedrich und Klath (Firma Enders). Verdauert wurde von Gehilfen, daß nicht auch Berliner und Stuttgarter Prinzipale in die Kommission mit hineingewählt worden seien, da sich die Leipziger Prinzipale immer am hartnäckigsten den Forderungen der Arbeiterschaft gegenübergestellt hätten.

Als Vertreter der Arbeiterschaft in der Kommission werden je zwei Berliner und zwei Leipziger sowie ein Stuttgarter vorhanden sein, die sich bei den verschiedenen Teilarbeiten auswechseln können. Als ständige Vertreter sollen Wienke-Berlin, Hinfle-Leipzig und Henninger-Stuttgart den Verhandlungen beiwohnen. — Es wird nun abgemacht sein, ob bei der Beratung über den Affordtarif eine Verständigung erzielt wird, was bei den vorhandenen Gegebenheiten noch nicht vorausgesagt werden kann.

Vom Breslauer Bäckerstreik.

Wie zu erwarten war, hat sich die Polizei in den Dienst der Innungsmeister gestellt. Die vom Streikbureau an die Bäckereien gekletterten Plakate, aus denen ersichtlich ist, daß die Forderungen der Streikenden bewilligt sind, wurden einfach konfisziert. Der Stand des Streiks ist folgender: 377 Streikende waren eingetragen, 70 arbeiten in 41 tarifstreuen Bäckereien, 67 sind abgereist, 11 wurden Streikbrecher. Gegenwärtig sind noch 151 Streikende vorhanden. Die übrigen fanden in anderen Berufen Unterkommen. Der vom Gewerkschaftskomitee verhängte Boykott wirkt, denn in großen Inzeraten und Flugblättern bitten die Innungsmeister das „bessere“ Publikum um Unterstützung.

Verfammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Sektion der Gips- und Zementbranche hielt am Mittwoch im großen Saale der „Arminhallen“ ihre Generalversammlung ab, in der der Vorsitzende Gaese den Geschäftsbericht vom 1. Quartal gab. Das Bestreben der Sektionsleitung war im verfloffenen Quartal vor allem darauf gerichtet, die Organisation weiter zu stärken und für Abstellung von Mängeln auf den Bauten zu sorgen. Dabei machte es sich in drei Fällen notwendig, Vesperrn zu verhängen. In zwei Fällen handelte es sich um Rahrgelung des Baudeputierten und der Erfolg war Wiedereinstellung der Entlassenen. Im dritten Fall handelte es sich um einen Betonbau in der Parkstraße, wo sämtliche dort beschäftigten 152 Arbeiter entlassen worden waren. Nachdem die Sektion die Schlichtungskommission und dann das Einigungsamt beschäftigt hatte, sah sich der Unternehmer veranlaßt, 100 der Entlassenen sofort und alle übrigen nach wenigen Tagen wieder einzustellen. Die drei Sperrn haben also alle mit dem gewünschten Erfolg geendet. Die Mitgliederzahl der Sektion ist im Laufe des Quartals von 1700 auf 1810 gestiegen. Im Arbeitsnachweis meldeten sich im Monat Januar 384 Arbeitslose, offene Stellen wurden 156 gemeldet und sämtlich besetzt; im Februar war die Zahl der Arbeitslosen 203, die der gemeldeten und besetzten Stellen 88; im März erhielten von 390 eingetragenen Arbeitslosen 218, im April von 459 Arbeitslosen 230 Arbeit durch den Nachweis. Sämtliche in den 4 Monaten gemeldeten Stellen konnten besetzt werden. In der Gipsbaubranche war die Konjunktur im April und Mai ziemlich gut; in der Betonbaubranche ist jedoch nun infolge des Streiks der Eisenkonstruktionsarbeiter eine Verschlechterung eingetreten.

Der Redner berichtete ferner über den Verlauf der Kasse und der Waiansperrung. Der Tag ist in diesem Jahre zahlreicher als je von den Mitgliedern der Sektion durch Arbeitsruhe gefeiert worden. Zu der Waierversammlung in „Alt-Berlin“, Blumenstraße, erschienen 1080 Mitglieder, und rechnet man diejenigen hinzu, die an den Versammlungen in den Vororten teilnahmen, werden es zusammen gegen 1500 sein. Trotz der starken Beteiligung an der Waierversammlung es nur wenige Firmen, die die Waiensperrung durchführten. Selbst auf Arbeitstagen von namhaften Mitgliedern des Verbandes der Baugeschäfte war man froh, als die Arbeit am 2. Mai wieder aufgenommen wurde. Am 4. Mai waren nur noch 41 Waiensperrte vorhanden, und diese konnten dann größtenteils bald darauf wieder in Arbeit treten.

Sobald beschäftigte die Versammlung sich mit der Frage der Bezahlung der Streikbeiträge durch diejenigen Mitglieder, die 1910 aus der Organisation ausgeschieden, aber inzwischen wieder aufgenommen worden sind, ohne in vollem Maße ihren Verpflichtungen vom vorigen Jahre nachgekommen zu sein. Die Versammlung erteilte dem Vorstand den Auftrag, nochmals mit diesen Mitgliedern Rücksprache zu nehmen. — Schließlich machte der Vorsitzende noch auf den Streik der Eisenkonstruktionsarbeiter aufmerksam, durch den ja namentlich auch die Betonarbeiter in Mitleidenschaft gezogen werden. Es ist selbstverständlich, daß alle Arbeiter, die bisher von den Eisenkonstruktionsarbeitern ausgeführt wurden, als Streikarbeit anzusehen sind. Diejenigen Mitglieder der Sektion, die durch Verweigerung von Streikarbeit arbeitslos werden, haben sich sofort zu melden und werden dem Verbandsstatus entsprechend unterstützt.

Letzte Nachrichten.

Türkisch-bulgarischer Zwischenfall.

Sofia, 27. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Telegraphenbureaus.) Heute vormittag gruben Soldaten eines türkischen Postens einen Graben auf bulgarischem Gebiete im Bezirk Rüstendil. Als bulgarische Soldaten herankamen, gab der türkische Offizier Befehl, zu feuern, worauf Türken und Bulgaren sich gegenseitig beschossen. Wie es heißt, sind auf türkischer Seite ein Offizier und zwei Soldaten gefallen, auf bulgarischer wurde ein Mann verwundet.

Seemannsstreik.

Brüssel, 27. Mai. (Meldung der Agence Havas — Neuler.) Die Besatzung des Dampfers „Arconand“ von der Red-Star-Linie, der heute von Antwerpen nach Southampton abgehen sollte, verweigerte den Dienstantritt mit der Begründung, sie wisse nicht, ob nicht vor der Rückkehr von Southampton der internationale Seemannsstreik erklärt werden würde.

Karambolage englischer Kriegsschiffe.

London, 27. Mai. (R. T. B.) Die Schlachtschiffe „Velleroophon“ und „Inflexible“ sind gestern abend bei der Einfahrt in den Hafen von Portland zusammengestoßen, wobei die „Inflexible“ ein großes Loch sieben Fuß unter der Wasserlinie bekam. Die „Velleroophon“ wurde nur leicht beschädigt. Beide Schiffe gingen sofort in Dock.

Ein neues Dyer des Flugports.

Petersburg, 27. Mai. (R. T. B.) Am heutigen ersten Tage der Flugwoche führte der Flieger Smith mit einem Sommer-Apparat aus einer Höhe von 40 Metern herab und starb auf dem Wege zum Krankenhaus.

Ausstand der Arbeiter der pyrenäischen Bahn.

Verpignan, 27. Mai. (R. T. B.) Die in Poete, im Arrondissement Prades, beim Bau der transpyrenäischen Bahn auf der Südseite beschäftigten Arbeiter sind in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung und Beurlaubung der Arbeiter. Da die Unternehmer nicht geneigt sind, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen oder ihnen auch nur teilweise entgegenzukommen, herrscht große Erregung und man befürchtet, daß der Ausstand auch auf die an der Nordseite der Bahn beschäftigten Arbeiter sich ausbreiten wird. Eine Kompanie des 53. Infanterieregiments ist zur Verstärkung der Gendarmen in das Ausstandsgebiet bereits abgegangen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 6 Beilagen.

Reichstag.

186. Sitzung: Sonnabend, den 27. Mai Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Die dritte Beratung der Reichsversicherungsordnung

Reichsversicherungsordnung

Wird fortgesetzt.

Abg. Bisler (Soz.):

Als gestern Herr Trimborn als erster Stabskommandant der bürgerlichen Sozialreform hier auftrat, da Klang seine Panfare beschiden, beinahe melancholisch. Er versprach, sich jeder Polemik zu enthalten. Dies Versprechen kann ich Ihnen nicht abgeben. (Heiterkeit. Zuruf aus der Mitte: Das glauben wir!) Ja, das werden Sie schon erfahren. Wenn Herr Trimborn, der sonst so Streiklustige, auf alle Polemik verzichtete, so deshalb, weil für seine Partei dabei keine Lorbeeren zu holen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kredit der Firma Sozialreform und Arbeiterfreundlichkeit ist eben arg erschüttert. Man spricht schon von einer Liquidation, und die erfahrensten und angesehensten Profuturisten dieser Firma, die Herren Sipe und Trimborn, waren bei der ganzen Beratung dieses Gesetzentwurfes ausgeschieden. Daß gerade der „junge Mann“, Herr Weder, dazu auferstehen war (Große Heiterkeit), den alten Glanz wiederherzustellen, das spricht Bände. Herr Trimborn hat gestern versucht, uns ein glänzendes Bild von der Reichsversicherungsordnung zu geben. Vielleicht werden wir diese Rede demnächst als Flugblatt der Zentrumsparthei vor Augen bekommen. Ich bedauere schon jetzt die Arbeiter,

die dieses Opium einsaugen werden.

Ihr Ermachen aus diesem Rausch wird von einem furchtbaren Nagenjammer begleitet sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht allzu hoch, so begann gestern Herr Trimborn, seien die Vorteile, die den Arbeitern aus der Forderung der Reichsversicherungsordnung erwachsen. Sogar sehr gering, sagte er, seien die Renten aus der Hinterbliebenenversicherung. Aber eine halbe Stunde später hatte er sich bereits so in Begeisterung hineingelassen, daß er von vielen und sehr nachhaltigen Vorteilen sprach und verzückt für die Bewilligung der Vorlage eintrat. Mit Millionen spielte Herr Trimborn. Gewiß, Millionen von Landarbeitern werden endlich der Krankenversicherung unterworfen, aber beim Zentrum brauchen sie sich nicht dafür zu bedanken. Denn

das Zentrum trägt die Schuld daran,

daß seit mehr als 25 Jahren die Landarbeiter von der Versicherung ausgeschlossen sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hunderte von Millionen als Leistung hat uns Herr Trimborn gestern vorgeführt. Die Höhe der Gesamtsumme kommt aber nicht in Betracht, sondern der Umstand, ob für die Millionen der Versicherten die Leistungen genügend sind. Herr Trimborn hat, wie das bei den bürgerlichen Parteien die Regel ist, bei diesem Zahlenmaterial zudem immer verschwiegen, daß die Arbeiter zwei Drittel davon bei der Krankenversicherung tragen. Wenn er von 180 Millionen Mark Krankenversicherungsleistungen spricht, so vergißt er, daß die Arbeiter davon 120 Millionen Mark bezahlen. Wenn er von 180 Millionen Mark Invalidenversicherung spricht, überführt er, daß 90 Millionen Mark der Beiträge aus der Tasche der Arbeiter selber stammen, und wenn er vom Reichszuschuß spricht, so vergißt er, daß er fast ausschließlich

aus der Tasche der Arbeiter

kommt, weil er ja beinahe ausschließlich aus indirekten Steuern stammt, für die das Zentrum gestimmt hat.

Kein Geschenk der bestehenden Klasse an die Arbeiter ist die Versicherungsgesetzgebung, sie ist einfach die Rückgabe der den Arbeitern vorher abgenommenen Beiträge und Steuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit einer gewissen Eleganz ist Herr Trimborn über die Frage der Vernichtung der Selbstverwaltung

der Arbeiter hinweggegangen. Ich kann ihm diese Reserbe schon nachfühlen. Andererseits aber hat er mit keinem Wort die Verleumdungen gegen meine Partei wiederholt, ganz im Gegensatz zu seinen fraktionskollegen, dem Arbeitervertreter Weder, in der zweiten Lesung. Herr Trimborn ist eben unendlich viel klüger als Herr Weder, der über die angeblichen Mißbräuche

Kleines feuilleton.

Der Feuersee auf Hawaii. Den einzigen Lavasee auf der Welt außer dem fast erloschenen Kilauwa in Hawaii, schildert Dr. Kurt Wegener in der „Anschau“, indem er auf Grund eigener Anschauung den Vulkan Katawau, der im August 1906 am Nordostabhang der Samoainfel Hawaii neu entstanden ist, ausführlich beschreibt. Die ganze Insel stellt einen einzigen großen Vulkan dar, auf dessen mächtigen Lavaschild sich allenthalben kleine Kraterkuppen, die Durchbruchstellen der Lava, von 50—100, höchstens 300—400 Meter Höhe und 500—1000 Meter Durchmesser aufweisen. Bei der Bildung des neuen Vulkans, bei der einer der schönsten Distrikte der Insel betroffen wurde, wurden aus der neuen Ausbruchsstelle anfangs Steine und Lavabrocken in die Höhe geschleudert; dann floß gähne Lava in größeren Mengen aus, wobei sich Dämpfe entwickelten. 1906 kam ein schmaler Strom bis gerade an die Küste, 1907 und 1908 erfolgte dann eine große Lavaausflutung, die etwa 80 Quadratkilometer Land unter einer 5—10 dicken Steinkruste begrub. Jetzt fließt die Lava in einem dünnen Bach, aber mit einer Geschwindigkeit von etwa 4 Metern in der Sekunde, in die See. Das war erst möglich, nachdem sich aus dem Krater ein Lavasee gebildet hatte, in dem die gashaltenden flüssigen Gesteine beim Aufsteigen und bei der Abkühlung sich stärker ausdehnen als die gasarmen und daher in die Höhe schnellen. So springen aus dem feurigen See überall und fortwährend Fontänen von Lava, in denen die Gase der Lava ausgeschoben werden. Das Bild des toleuchtenden Sees, der etwa 100 Meter unter dem oberen Rande liegt und 50 Meter breit und 20 Meter lang ist, macht einen überwältigenden Eindruck, besonders zur Nachtzeit. Die rot- und weißglühenden Massen schwimmen hin und her und klatschen aufsprühend gegen die Wände des Kraters, während man zahlreiche, 5—10 Meter hohe Fontänen aus dem See aufspringen sieht. Nach dem Verlassen des Sees fließt die Lava als unterirdischer Bach den Berg hinab, wobei ihr Weg durch einzelne Dampfsäulen bezeichnet wird, und ergießt sich dann an der Steilküste unter mächtiger Dampfentwicklung in die See. Wenn sich der enge Kanal verstopft hat, sucht sich der Bach rasch ein neues Bett in den zahlreichen Spalten und Hohlräumen des Lavafeldes. Der Ausfluß der Lava in die See erfolgt an wechselnden Stellen; nur zwei Hauptströme haben sich dabei als ziemlich beständig erwiesen und bei dem einen tritt die Lava unter mächtigen Explosionsercheinungen unterirdisch auf.

Vom Rätsel der Elektrizität. Die Anschauungen über das Wesen der Elektrizität haben sich im Anschluß an die Entdeckungen der unsichtbaren Strahlen sehr verändert. Man kann zwar nicht sagen, daß das große Rätsel, das diese Form der Naturkraft umgibt, bereits gelöst sei, aber die gewonnenen Vorstellungen sind doch etwas lebhafter und befriedigender geworden. Es ist noch die Frage, ob der große Räthsel Lord Kelvin auch heute noch einen Elektro-

in den sozialdemokratischen Klassen so gut unterrichtet war und geradezu taubstum wurde. Wenn man von wirklichen Mißbräuchen in den Krankenkassen sprach, die sich in den Händen seiner Partei befinden. Da ist z. B. die Krankenkasse in Essen. Herr Weder hat zugegeben, daß der Offener Rentant 600 C bis 8000 M. Gehalt empfangen (Hört! hört! h. d. Soz.) und hat dieses Gehalt für zu hoch erklärt. (Sehr richtig! im Zentr.) Tatsächlich bezieht Herr Weder, diese Rentantenliste in Essen, aber viel mehr. (Hört! hört! h. d. Soz.) Sein festes Gehalt beträgt 9000 M., daneben bezieht er noch 2000 M. Gratifikationen, und seine Dienstwohnung ist ebensobiel wert. Es handelt sich also um ein Gehalt von 13 000 Mark.

Herr Weder wäre ja geblät, wenn er nur einen einzigen solchen Fall von sozialdemokratischem Mißbrauch einer Klasse und sozialdemokratischer Bezahlung in solcher Höhe gehabt hätte. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Herr Trimborn hat vor einigen Wochen gesagt, daß die Verträge, die in der Abfahrt abgeschlossen sind, sich im Hinblick auf die kommende Reichsversicherungsordnung Vorteile zu sichern, die bei der Neuordnung der Verhältnisse nicht möglich wären, unmöglich als im guten Glauben abgeschlossen anerkannt werden könnten. Nun hat dieser Weder mit dem hohen Gehalt zu der Kommission gehört, die die Regierung aus den bürgerlichen Kassenbeamten gebildet hat, um sich mit ihnen über die Lage der Dinge auszusprechen. Dort hat er nun erfahren, was geplant ist, und nun hat seine Kasse für die Beamten, die eventl. durch das neue Gesetz in ihren hohen Gehaltsbezügen verschlechtert würden, die Summe von 52 000 M. bei der dortigen Sparkasse als Garantie für den Weiterbezug hinterlegt. (Leb! Hört! hört! h. d. Soz.) Was sind dagegen ihre alten Lohndiener? Herr Weder?

Herr Trimborn hat uns indirekt unsere Redelust vorgeboten. Was wollen Sie denn? Das fehlt gerade noch, daß die Majorität die Minorität zum absoluten Schweigen in einer solchen Frage verurteilen möchte. Acht Jahre haben Sie gebraucht, um zu dieser Reform zu gelangen, und nun verlangen Sie, daß 1754 Paragraphen im

Schnellzugstempo

erledigt werden, um möglichst bald nach Hause zu kommen. Daneben treibt Sie zu dieser Taktik freilich auch die Angst vor den neuen Wahlen. (Leb! Sehr richtig! h. d. Soz.) Weil Sie wissen, daß der künftige Reichstag ein solches Gesetz nie bewilligen würde, haben Sie jetzt alle Kräfte angestrengt, um das Gesetz möglichst bald unter Dach und Fach zu bringen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Das ist eine

Ueberrumpelung der Wähler,

ein Mißbrauch des Ihnen anvertrauten Mandates. (Leb! Just. h. d. Soz.) Das Wort Beratung schon ist eine Unwahrheit, wenn man es auf diese Verhandlung bezieht. Die Majoritätsparteien haben ihre Mitglieder geradezu zu Nadeln einer Abstimmungsmaschine herabgedrückt (Leb! Just. h. d. Soz.), sie wußten gar nicht, warum sie aufstehen und warum sie sitzen bleiben. Sie stimmten eben, je nachdem die Weisung von den vorderen Bänken kam. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir haben den skandalösen Fall gehabt, daß Mitglieder der Kommission selbst erklärt haben, es sei unmöglich gewesen, die Berichte auch nur durchzulesen, geschweige denn, sie durchzustudieren. Selbst in den wüsten Tagen der Zolltarifverhandlung hat man Rede und Antwort gefordert. Hier aber, wo es sich um die Arbeitermassen handelt, sah die Mehrheit ihre Pflicht darin, abzustimmen und den Schluß der Debatte herbeizuführen. Redselig wurde sie nur, wenn sie versuchte, die brutale Entziehung der Arbeiter

mit dem fadenheiligen Vorwurf des sozialdemokratischen Mißbrauchs zu rechtfertigen. Daß das Zentrum gerade Herrn Weder, einen Arbeitervertreter, als Vorkämpfer für die Arbeiterentziehung hier in die Arena geschickt hat, ist schon mehr als eine starke Zustimmung. Eugen Richter nannte die Nationalliberalen wegen ihrer Abhängigkeit vom Bunde der Landwirte die Kriegsgesangenen, die

Geloten der Bänker.

Daran wurde ich immer erinnert, wenn ich sah, wie Herr Weder vom Grafen B. e. r. a. p. seine Weisungen empfing. (Sehr gut! und Heiterkeit h. d. Soz.) Ich gehöre gewiß zu denen, die für Parteidisziplin sind und Verständnis dafür haben. Wenn die Zentrumsparthei ihren Arbeitervertretern in dieser Frage Schweigen auferlegt hätte, so könnte man es, wenn nicht billigen, so doch begreifen. Aber die Arbeitervertreter des Zentrums hier vor aller Welt zu Vertretern dieses Entziehungsgesetzes gegen die Arbeiter zu machen, das war eine Grausamkeit, das war

technischer, der, ohne den berühmten Gelehrten zu kennen, sehr aufbringlich mit seinen Kenntnissen renommierter hatte, mit der Frage: „Was ist denn eigentlich Elektrizität?“ einfach mundtot machen konnte. Als die Elektrizität entdeckt war und unter wissenschaftliche Beobachtung genommen wurde, erschien es selbstverständlich, daß man ihr einen ähnlichen Ursprung zuschrieb wie dem Licht und der Wärme. Nachdem man einmal zu der Annahme gelangt war, daß außer den sichtbaren Massen noch ein unsichtbares, unendlich feiner Körper vorhanden sei und den ganzen Weltraum erfülle, mußte man wohl daran denken, daß die Elektrizität ebenso wie die beiden anderen Kräfte durch Wellen dieses Äthers fortgepflanzt würde. Jetzt ist die sogenannte Elektronentheorie hinzugekommen, die im wesentlichen darauf fußt, daß jedes winzige Stoffteilchen aus zwei Kraftteilchen, nämlich einem positiven und einem negativen Elektron, besteht. Professor Whittaker hat jetzt in einem großen Werk die Geschichte der Anschauungen über das Wesen der Elektrizität und des Äthers von dem Zeitalter von Cartesius an bis zum Ende des 19. Jahrhunderts betrachtet und als Ergebnis die Forderung ausgesprochen, daß diese Elektronentheorie mit der Lehre vom Weltäther in Übereinstimmung gebracht werden müsse. Die Annahme des Äthers ist nach seiner Ueberzeugung unabweislich. Früher war das Licht die einzige Form der Naturkraft, deren Uebertragung von einem Himmelskörper zum anderen durch den Weltraum als Tatsache hingenommen werden mußte. Newton brachte dann die Schwerkraft hinzu, und jetzt ist die gleiche Anschauung für elektrische und magnetische Vorgänge notwendig geworden. Man kann heute gar nicht mehr glauben, daß die Himmelskörper in einem leeren Raum jeder für sich bestehen, sondern man sie und zwischen ihnen findet ein unablässiges Gehen und Kommen und eine dauernde Umladung von Energie statt. Der mutmaßliche Weltäther ist nach der Meinung von Professor Whittaker für den Menschen ebenso wichtig wie die Luft, die wir atmen, und wir würden sterben, wenn der Äther verschwände. Diese Folgerung ist freilich nur logisch, da der Äther uns die Sonnenstrahlen vermittelt, die Erde aber mit all ihren Bewohnern von der Gnade der Sonne abhängig ist. Es sind ungeheure Kräfte, die uns auf diesem Wege durch die „Strahlen des Äthers“, wie der Gelehrte sich ausdrückt, zukommen, denn die Kraft der Sonnenstrahlen ist an einem hellen Tage so gewaltig, daß sie auf jedem Hektar der Erdoberfläche ungefähr 15 000 Pferdestärken gleichkommt. Diese Summe von Strahlen zerlegt sich aber wieder noch in einzelne Kräfte wie Licht, Wärme, Elektrizität, Magnetismus, Kathodenstrahlen usw., und es bleibt der Wissenschaft vorbehalten, eine Klärung dafür zu suchen, wie all diese Energieformen im Weltäther neben und durcheinander Platz finden oder ob nicht vielleicht nur eine einzige Form der Kraft besteht, die möglicherweise mit der Vorstellung des Äthers vereinigt werden muß.

Theater.

Schillertheater O. Des dänischen Dichters Sophus Michaëlis früher in Berlin bereits aufgeführtes Drama „Revolutionshochzeit“ ist nunmehr dem Spielplan der beiden Schillerbühnen einverleibt worden. Ohne die werthenkünd-

eine Ohrfeige für die christliche Arbeiterbewegung. (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Von den Freikonserwativen, dieser speziellen Partei des Reichsverbandes, brauche ich nicht zu reden. (Zuruf rechts: Lauter!) Ach, Herr Wehrens, selbst wenn ich brüllen würde, Ihr Gewissen könnte ich doch nicht weden, denn Sie haben keines. (Große Heiterkeit und lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch von den Konserwativen war nichts anderes zu erwarten. Vielleicht eher etwas von den Nationalliberalen, denen die Rücksicht auf die kommenden Wahlen hätte den Blick schärfen müssen. Aber dieser Optimismus hat auch getäuscht. Die Nationalliberalen, die ihren Parteiführern seit Jahren keinen sicheren Wahlkreis schaffen können, die im Lande auf und ab haustieren müssen

und überall Körbe bekommen, die im Norden und Osten des Reiches gegen die Konserwativen donnern und dabei auf sozialdemokratische Hilfe rechnen, die unter den gleichen Gesichtspunkten gegen das Zentrum losgehen, diese Nationalliberalen sind eine ganz andere Partei, wenn sie nach dem Westen Deutschlands kommen. Da schreien sie schon nach der Hilfe der Zentrumsparthei. (Heiterkeit.) Essen und Köln geben sie als Draufgeld, wenn das Zentrum ihnen nur Vochum und Mühlheim garantiert, und ich zweifle gar nicht daran, daß das Geschäft zustande kommt. Die rheinischen Industriellen haben nicht ohne Erfolg mit der

Entziehung der Subsidienelder

für die Nationalliberalen bei den Wahlen gedroht. Nicht umsonst hat der Scharfmacherverband gefordert, daß endlich mit der Redensart von der Fortführung der Sozialreform unter Führung von Wassermann ein Ende gemacht werde. Ihre Versprechungen bei den Wahlen und in Ihren Programmreden bei Eröffnung dieses Reichstages haben Sie nicht gehalten. Es scheint, als sei das Wort des Grafen Posadowsky, man sei zwar für Fortführung der Sozialpolitik, aber bekämpfe jeden einzelnen Schritt, der auf diesem Wege vorwärts gemacht werde, gerade für die jetzige Vorlage gemünzt worden. Jeder unserer Anträge, der auf eine Erweiterung der Versicherungspflicht hinzielt, jeder Antrag auf Erhöhung der Renten, auf irgend eine Verbesserung im Gesetze wurde von Ihnen niedergestimmt. Nicht man das Fazit der monatelangen Verhandlungen, so kann man mit ruhigem Gewissen sagen: Tatsächlich ist die ursprüngliche Regierungsvorlage in der Kommission und im Hause noch verschlechtert worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß sind auch einzelne Verbesserungen erzielt; aber wenn diese Vorzüge im Gesetze sind, dann haben Sie keine Schuld daran, denn so stark ist heute keine Partei und keine Regierung mehr, daß sie auf sozialpolitischem Gebiet eine Vorlage machen könnte, die nur Verschlechterungen für die Arbeiterklasse mit sich brächte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Aber die finanziellen Vorteile, die das Gesetz in einzelnen Fällen und oft auch nur für einzelne Kategorien der Versicherten bringt, werden allein aufgehoben durch die Entziehung weiterer Schichten auf dem Gebiet der Selbstverwaltung, durch die Rechtslosmachung der Landarbeiter und des Gesindes und durch die Nichtberücksichtigung der elementarsten Forderungen, die die Arbeiterklasse seit Jahren erhoben hat und deren Durchführung nur an Ihrem guten Willen gescheitert ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich trägt die Regierung auch ein großes Stück Verantwortung. Kann man überhaupt noch von einem Regierungseinfluß bei der Behandlung dieser Vorlage sprechen? Erscheint die Regierung hier nicht einfach als

Ergebnisvorschau des Scharfmachertums?

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Delbrück hat sich darüber beklagt, daß man der Regierung immer diese Abhängigkeit vorwerfe. Wenn wir von einer Abhängigkeit der Regierung vom Zentralverband der Industriellen sprechen, so ist damit selbstverständlich keine persönliche, keine unsaubere Abhängigkeit des Staatssekretärs von dem Verbands gemeint trotz der 12 000 Mark-Affäre. Wenn wir von einer Abhängigkeit reden, so tun wir das gegenüber den emphatischen Versicherungen des Herrn v. Bethmann und Hollweg, daß eine unparteiische, eine über den Parteien stehende, unabhängige Regierung führen wolle. Die

Anmaßung der Industriefeudalen

ist eine alte Erscheinung. Wie schrie doch Herr Bued, als Herr v. Bredfeld Minister wurde: „Daß wir doch endlich Herrn v. Werleppsch klein bekommen haben, hat mich mit ganz besonderer Befriedigung erfüllt.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Und wie find die Herrgöttern gegen den

Wirkung dieser Liebesepizode zu leugnen, darf gesagt werden, daß sie, obwohl mit psychologischem Raffinement hineinkomponiert, doch mit der Revolution von 1793 herzlich wenig zu tun hat. Zum mindesten ist es ein fadenheimes Selbstmord, sich um einer erotischen Augenblickeidenschaft willen mit Vorzug handrechtlich füßeln zu lassen — wie dieser Republikaneroffizier Marx-Aron es tut. Immerhin gibt die Rolle eine dankbare schauspielerische Aufgabe; und das gerade in ihrer Vermischung mit je einer Portion Marx-Aron (Shakespeares „Cäsar“) und Napoleon I. Georg Paeschle verstand es denn auch ausgezeichnet, wie man erwarten konnte, alles Interesse auf seinen Soldaten zu konzentrieren. Neben ihm behauptete sich noch Eise Wajsa, während Conrad Wiene seinen Marquis allzu schablonenhaft auf einen modernen Neurotiker hinausmimte und Steffi Kriz als Börsen Leontine mehr als nötig eine wienerische Soubrettenhaftigkeit leuchtete ließ. Das Publikum folgte mit Spannung den Vorgängen und quittierte mit starkem Applaus.

Humor und Satire.

Nobel muß die Welt zugrunde gehen! Die ostpreussische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft zählte einer 18jährigen Arbeiterin, der infolge eines Unglücks bei der Bedienung der Drechsmaschine beide Beine hatten abgenommen werden müssen, bisher eine monatliche Rente von 14,50 M. Neuerdings sollte die Berufsgenossenschaft die Rente auf 10,00 M. herab mit der Begründung, das Mädchen habe jetzt ein zweites Paar künstlicher Beine erhalten und größere Uebung im Fortbewegen erworben, könne also die ihr verbliebene Erwerbsfähigkeit besser ausnützen. — Auf die Reklamation, die Rente doch wieder zu erhöhen, erhielt das Mädchen, wie wir hören, folgende Antwort von der Berufsgenossenschaft: „Wir haben Ihren Fall nochmals eingehend geprüft und sind zu folgendem Resultat gekommen: Sie ersparen durch den Verlust Ihrer Beine eine Menge Geld. Weder brauchen Sie sich neue Strümpfe anzuschaffen, noch bedürfen Sie irgendwelchen Schuhwerkes. Unter diesen Umständen halten wir es für angebracht, Ihre Rente dahin abzuändern, daß Sie fortan aus monatlich 4,75 M. zahlen. Wir haben dabei die Kosten des Spiritus, in dem Ihre abgenommenen Beine aufbewahrt werden, nicht berechnet, weil unser oberster Grundsatz die Roblesse ist.“

Kunst und Leben. In Riewo will die „Militärisch-historische Gesellschaft“ zwischen dem Michaelloster und der Sophie-Kathedrale, das ist auf einer Strecke von etwa 500 Schritt, neun Statuen von alten Fürsten Riewos aufstellen. Das ist natürlich nur der Anfang; man wird es bei der künsterlichen Häßlichkeit von neun nicht belassen. Aber die Regeln der Kunst machen gewisse Beschränkungen nötig. Deshalb will man die Denkmäler nur alle fünf Schritt, also auf jeder Seite des Weges hundert errichten. Um die Kosten der 200 Standbilder zu verringern, sollen in ihnen Automaten angebracht werden, die auf dem verlängerten Rücken des Fürsten gegen einen Einwurf von 5 Kopfen Schokolade, Zigaretten, Tee und Brantwein verabsolgen. So bringt man die Forderungen der Kunst mit denen des praktischen Lebens in eine erfreuliche Harmonie. („Jugend“)

Handelsminister Aufgelesen, der sie aus Anlaß des Raddodprozesses nach Berlin geladen hatte. Da sprach der Herr Guthe mann, der von sich rühmt, er habe einmal „bei der Firma“ — im preussischen Handelsministerium — gearbeitet, von „unseren Freunden, die wir im Ministerium sitzen haben“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er sprach davon, daß die Beschwerde des Berggesehens mit sozialen Dummheiten jetzt endlich soweit sei, daß damit ein Ende gemacht werden müsse. Er lobt Herrn Deibück, daß er am allermeisten Angst davor habe, wenn ein Reichsgesetz käme, er mit seinen Mitberatern der Bergindustrie: „Sagen Sie morgen ganz offen dem Ministerium

Wir sind die Herren im Hause,

wir brauchen Sie nicht; Sie werden die Wirkung schon sehen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gar nicht erst verhandeln wollten die Herrgötter mit dem Minister. „Dreien Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge“, sprach einer, der früher bei der Firma war, „wir haben jetzt auch eine faktische Handhabe, mit dem Gesetze zugleich den Minister, der Arm in Arm mit der Sozialdemokratie marschirt, und uns ein solches Gesetz präsentiert, zu schmeicheln.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sagt der Geheime Bergrat Klein. Ein anderer sagt: „Wieso der Minister dazu kommt, Arbeitervertreter hierher zu berufen, ist mir einigermaßen räthselhaft.“ Und Herr Guthe mann fügt hinzu: „Jetzt wird sich darüber reden lassen, weil der Herr Geheimrat Weidemann, der die beiden Sozialisten dem Herrn Handelsminister namhaft gemacht, inzwischen gekommen ist.“ Also ein hoher Beamter des preussischen Handelsministeriums macht auf Veranlassung seines Vorgesetzten, des Ministers, Männer namhaft, die er für geeignet hält, dem Minister Aufklärung zu geben, und da kommen die Vertreter der Bergindustrie, unsere größten Scharfmacher, und stellen in ihrer Versammlung den Ministerialdirektor zur Rede, wie er einen solchen Vorschlag habe machen können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ist das nun Abhängigkeit oder nicht? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand mich in solcher Weise öffentlich behandeln würde, wie die Herrgötter den Staatssekretär Deibück in seiner Eigenschaft als preussischen Handelsminister behandelt haben, und wenn dann die Herren kommen würden, um mich zu einem Fest einzuladen, das zur Verherrlichung ihrer Bestrebungen dient, dann würde mir allerdings mein Charakter verbieten, einer solchen Einladung zu folgen, und ich würde ihnen mit einem Fußtritt die richtige Antwort geben.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß der Zentralverband sich so als Herr fühlt, daran trägt die Regierung die Schuld. Fürst Bülow hat sich die Wahllosen seiner letzten Wahlen vom Zentralverband bezahlet lassen, und die Herren vom Zentralverband sind sehr gute Rechner. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat damals sehr scharf darüber geurteilt. Aber Herr Erzberger sagt heute: das war damals. Heute ist das Zentrum unter dem Daumen des Grafen Westarp und erfüllt die Wünsche der Scharfmacher. Wenn der Regierung es um eine Sozialreform zum Besten der Arbeiterklasse zu tun gewesen wäre, dann hätte sie sie mit uns und dem Zentrum machen müssen, und sich nicht vom Zentralverband der Juden stellen eine

Sozialreform gegen die Arbeiter

billieren zu lassen brauchen. Alle Forderungen des Scharfmacherverbandes hat die Regierung in ihrem Entwurf erfüllt, und die weiteren Verschlechterungen der Kommission Herzog sind in Kauf genommen. Alle Vorschläge, die auf eine Erweiterung und Verbesserung der Vorlage hingingen, hat sie rundweg abgelehnt. Lieber wollte sie die ganze Vorlage scheitern lassen, als die Erweiterung des Personenkreises der Versicherten bewilligen. Lieber sollte die ganze Reform nicht zustande kommen, als daß die Schwangerenfürsorge obligatorisch eingeführt werde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hat nicht die Regierung auch ihre „Unannehmbar“ gegenüber unseren Forderungen in bezug auf die Invalidenrente erklärt, dieselbe Regierung, die sich schämen würde, dem letzten ihrer Beamten eine solche Pension zu zahlen, wie sie jetzt den invaliden Arbeitern gezahlt wird? Und die Beamten erhalten mit 60 Jahren ihre Pension, ohne daß sie Beiträge zu leisten brauchen. Selbst den Vorschlag, die Altersgrenze für die Arbeiter auf 65 Jahre herabzusetzen, hat die Regierung für unannehmbar erklärt, unannehmbar aus finanziellen Gründen; dieselbe Regierung, die auf allen Bestausstellungen paradiert mit den Leistungen der deutschen Sozialreform. Dieselbe Regierung hat kein Geld, die dem König von Preußen zu seinen 15½ Millionen Mark Einkommen

abermals 3¼ Million Mark hat auflagen lassen; einem Monarchen, der als größter Grundbesitzer des Reiches schon aus der Zollwüchserverlage jährlich Hunderttausende an Mehreinnahmen hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieselbe Regierung hat für die Arbeiter kein Geld, die es als Vorzug der Finanzreform aller Welt verhandelt, wie die Einnahmen aus den Zöllen immer mehr anwachsen. Aus den Zöllen und Kaffeegöllen allein sind 40 Millionen Mark Mehreinnahmen geflossen; aber für die Arbeiterversicherung, für die Witwen- und Waisenrente hat die Regierung keinen Pfennig übrig. Wenn man heute von den Februarerlassen des Kaisers nicht mit Resignation, nein, höflich gesagt, ohne Respekt spricht, dann hat der Kaiser das seinen Ministern zu danken. Die Februarerlasse verheißten den Arbeitern die gesetzliche Gleichberechtigung; wo ist sie in der Verfassungsordnung geblieben? Wo sind Ihre Beweise über die sozialdemokratischen Mißbräuche in den Krankenkassen geblieben? Sie sind genau so wie die Anschuldigungen gegen die Sozialdemokratie in bezug auf die Moabiter Unruhen auf Ihre Urheber zurückgefallen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch nicht ein Fall ist geblieben, der von uns nicht widerlegt worden wäre. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Mit welcher Gewissenhaftigkeit diese Vorwürfe gegen uns erhoben worden sind, dafür ist der

Herr Ministerialdirektor Caspar ein klaffender Zeug.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Sitzung vom 11. Mai behauptete er, daß die sozialdemokratische Parteileitung der Entstehung der vielgeleiteten Vertragsformulare von 1905 nicht so ganz fernstehe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr hat auch die Empfindung, daß er für diese ungeheuerliche Anschuldigung einen Beweis schuldig sei. Er möchte ja kein Jurist sein, wenn er nicht so etwas wie einen Beweis fände. Er fährt also unmittelbar fort: „Die Männer, die an diesem Vertragsformular beteiligt waren, sind die Herren Fröhndorf und Griebel. Daß die der Sozialdemokratie nicht fernstehen, ist allgemein bekannt.“ Man beachte: Herr Caspar behauptet, die sozialdemokratische Parteileitung stehe der Entstehung der Formulare nicht ganz fern, und er beweist es durch die weitere Behauptung: es ist ja allgemein bekannt, daß die Herren Fröhndorf und Griebel der Sozialdemokratie nicht fernstehen. Gleichwohl wiederholt und verschärft er die Behauptung noch durch eine viel weitergehende Anschuldigung in den Worten: „Wenn die Parteileitung jetzt aus wohlwollenden Gründen den Wunsch hat, solche Verträge beiseite zu legen, niemals nicht mehr abzuschließen zu sehen, so ist das erklärlich.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Demgegenüber erkläre ich: wenn jemand außerhalb dieses Landes eine solche Anschuldigung so gänzlich ohne jeden Beweis erheben würde, so würde ich sagen, er hat diese Behauptung aufgestellt im vollen Bewußtsein, daß sie formell und materiell erlogen ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, große Lärme.)

Präsident Graf Schwerin-Plösch: Einen solchen Vorwurf dürfen Sie auch nicht in dieser bedingten Form aussprechen.

Abg. Fischer: Meine Partei und ihr Vorstand steht diesen Verträgen absolut fern. Wenn der Herr Ministerialdirektor Caspar

das Gegenteil behauptet, so muß er das Beweisen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) oder die Anschuldigung zurücknehmen; das ist er der Regierung, die ihn an diesen Posten gestellt hat, das ist es dem Hause, vor dem er eine solche Anschuldigung erhoben hat, schuldig. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Reinlichkeit und Sauberkeit

verlangt Graf Westarp. Dabei zitiert er zunächst den „Vorwärts“ falsch, indem er behauptet, daß er von der Vereinigung der Krankenkassen im Jahre 1899 erwartet habe, sie würden sich zu einer neuen Waffe im Befreiungskampfe des Proletariats entwickeln. Er hat einen Satz aus dem Artikel eines Mitarbeiters, eines Arztes, aus dem Zusammenhang herausgerissen. Es handelt sich um den Kampf um die Tuberkulose. Im übrigen verbiten wir uns von einem Wortführer der konservativen Partei Behauptungen über Reinlichkeit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine Partei das Recht vertritt hat, Vorwürfe gegen uns zu erheben, so ist das seine Partei — eine Partei, die einen Hammerstein in ihren Reihen gebildet hat (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), obgleich ihr bekannt war, was für ein Lump er war. Graf Westarp mag sich bei Herrn v. Finkenstein, dem Verleger der „Kreuzzeitung“, oder der „Frankfurter Zeitung“ erkundigen, wer denn dieser damals die Nachricht von den Taten des Herrn v. Hammerstein hat überbringen lassen. Gätte die „Frankfurter Zeitung“ damals nicht der Kasse die Schelle angehängt, so wäre Herr v. Hammerstein vielleicht heute noch eine Zierde der konservativen Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht hätte gerade er dann die Westarp-Rede von der Reinlichkeit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens gehalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Edelstein und Westen, die in der konservativen Partei so schöne Moralphasen halten können,

haben sich vor der Pistole des adligen Hausvolkes gefürchtet,

und darum haben sie ihn in ihren Reihen gebildet. Er war freilich auch eine ganze Portion gescheiter als so viele andere aus der jetzigen konservativen Partei. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Und nicht viel schlechter! Heiterkeit.)

Und Herr v. Hammerstein ist nicht der einzige. Neben ihm steht Herr Stöcker, dessen

Scheiterhaufenbrief

in der Enthüllung seiner Doppelgängerigkeit und Hinterhältigkeit ein leuchtender Beweis für die Reinlichkeit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens in der konservativen Partei ist. Und vor Stöcker und Hammerstein waren die

Juchthändler Ohm und Wöbke

die Kronzeugen konservativer Moral, die den Prinzen von Preußen bespitzelten, die Pulle erbrachen, die Reineide schworen, Depeschen fälschten und stahlen, alles gegen gute Bezahlung der Kamarilla in der „Kreuzzeitung“ und hinter und über der „Kreuzzeitung“. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp will an dem Grundsatz festgehalten wissen, daß Geldmittel, die auf öffentlich rechtlicher Grundlage erhoben sind, nur für den Zweck angewandt werden, zu dem das Gesetz sie gegeben hat. Hat er sich je entristet gegen die Verbindung des Herrn Ministers v. Bobbielski mit der bekannten Firma Tippelskirch (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), die das Reich um Hunderttausende über Ohr gehauen hat, und das Ergebnis dieses Reinlichkeitsprozesses mit in die Taschen des konservativen Parteigenossen und Mitglied des preussischen Staatsministeriums hat wandern lassen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hat man je vom Grafen Westarp oder von einem anderen Konservativen auch nur ein Wort der Entrüstung darüber gehört, daß die Agitatoren des Bundes der Landwirte aus den Kaligeldern riesige Summen für sich bezögen? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und daß somit gleichsam öffentliche Gelder für die einseitige politische Agitation einer bestimmten Partei verwendet worden sind? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und als die Schnapsliebeshgabe hier zur Verhandlung stand, da hätte man doch auch erwarten können, daß das Gefühl der Reinlichkeit und Sauberkeit den Herren, deren Gelbbeutel dabei in erster Linie berührt wurde, die Mitwirkung an dem Zustandekommen dieses Gesetzes unter sagt hätte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber an der Abstimmung haben alle diese Herren teilgenommen. Graf Westarp fragte doch einmal seine Freunde, den Grafen v. Finkenstein, die Herren Rehbel, Wilden, Stubbenhoff, Dietrich, v. Kapfengst, v. Dirksen, Steinaecker, Hans Edler Herr zu Putlich, v. Michaelis, v. Woina, Graf Carmer, v. Seydebrand, Guen, v. Nischhofen, Fürst Hohenlohe-Öhringgen, er frage sie doch einmal, warum ihnen das Gefühl für Sauberkeit und Reinlichkeit nicht gefast hat, daß sie sich der Abstimmung zu enthalten hatten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und als die Frage des Schnapsmonopols den Reichstag beschäftigte und den Direktoren der Spirituszentrale, die an den Vorarbeiten beteiligt waren, das Gehalt um je 20000 M. erhöht wurde, auch da habe ich nicht gehört, daß die konservative Partei im Interesse der öffentlichen Reinlichkeit und Sauberkeit dagegen protestiert hätte. Nicht einmal Herr Reich, der doch selber diese 20000 M. proffitierte, hat es für nötig gehalten, sich dabei zurückzuziehen, sondern gottesfürchtig und fromm hat er dabei mitberaten und mitgeteilt. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe hier eine

ganze Liste von geborstenen Ordnungssäulen,

von den Abgg. Schad und Girschel bis herab zu dem letzten Reichstagsabgagator. Ich will es mir schenken, diese Liste vorzulesen. Ich glaube, das vorgebrachte Material wird hinreichen, um die Herren von der konservativen Partei zu einer Aeußerung darüber zu veranlassen, wie sie sich in all diesen Fällen zur Frage der politischen Sauberkeit und Reinlichkeit stellen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Noch ein paar Worte über die Nationalliberalen. Herr Heinke ist ja der

Typus eines Nationalliberalen,

da er von den Nationalsozialen über den Jungliberalen bis zum Altliberalen in wenigen Jahren hinübergewechselt hat. Auch Herr Heinke glaubte von sozialdemokratischen Mißbräuchen in den Krankenkassen reden zu müssen und ist bis zum Jahre 1893 zurückgegangen. Sein Beweis ist durch die Lagerung nicht besser geworden. Er zitierte eine Rede meines verstorbenen Parteigenossen Singer, worin gesagt ist, wenn es wahr ist, daß in den Hilfsklassen vorzugsweise sozialdemokratische Anschauungen und Grundzüge gepflegt worden sind, so werden binnen kurzer Zeit die Zwangslosen Sammelplätze für die ziel- und klassenbewußte Arbeiterschaft sein, die auf dem Gebiet der Krankenpflege befähigt und gewillt ist, die Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Es wird also gesagt, daß nach der Zerstückung der Hilfsklassen die ziel- und klassenbewußte Arbeiterschaft in die Krankenkassen eintritt, um dort auf dem Gebiet der Krankenpflege die Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen. Herr Heinke zieht aus diesen Worten, ein- und zwanzigmaligen Worten den Schluß, es sei offen und klar

ausgesprochen, daß die Ortskrankenkassen zur Befestigung der sozialdemokratischen Herrschaft benutzt werden sollen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin geradezu erschrocken, als ich das aus dem Munde eines Nichters höre, und wenn ich noch an einen persönlichen Gott glauben würde, würde ich zu ihm beten, daß er mich niemals vor den Richterstuhl eines solchen von politischen Parteibedenken erfüllten Richters bringt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einer anderen Stelle sagt Herr Heinke selbst, — man kann es schwer feststellen, ob ein Klassenbeamter nur unangenehm ist, weil er sozialdemokratischer Agitator war, oder weil ihn der Vorstand für fähig hielt. Trotzdem spricht er von notorischen Streikführern, die Klassenbeamte geworden sind. Wir halten es für die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Klassenbeamten, alle Vorgänge des wirtschaftlichen Lebens zu verfolgen; die Leistungen und Aufgaben der Klasse werden ja wesentlich von der materiellen Lage der Mitglieder abhängen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hochgelohnte Arbeiter fallen ihr bei weitem nicht so zur Last, als Arbeiter, die keiner Organisation angehören und widerspruchslos den Ausbeutungstendenzen der Kapitalisten preisgegeben sind. Wenn also bei einem Streik um höhere Löhne ein Klassenbeamter für die Forderungen seiner Mitglieder eintritt, so tut er etwas, was im Interesse der Klasse liegt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wieviel Unternehmungsverstöße sind nicht in den Krankenkassen! Ich will nur auf das Beispiel von Skatowich hinweisen, wo der Neband der Ortskrankenkasse der Geschäftsführer des Unternehmungsverbandes ist, der die ganzen Aussperrungen im Waugemerbe vorgenommen hat.

Auch das Zentrum hat von der sozialdemokratischen Mißwirtschaft in den Krankenkassen gesprochen, aber mit keinem Wort auf die

Mißstände in den Innungskrankenkassen und in den Berufsgenossenschaften

hingewiesen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich erinnere Herrn Jrl an den Beschluß der Münchener Lohnkutscherrinnen ihre Arbeiter auszusperrten und jedem Mitglied der Innung für jeden Tag der Aussperrung aus dem Bezugslohn der Innung 3 bis 5 M. zu zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Warum hat Herr Heinke und seine Aufführung über das Verhalten seines offiziellen Parteiorgans, der „Nationalliberalen Korrespondenz“, in bezug auf das Beweismaterial über die sozialdemokratische Mißwirtschaft gegeben. Da war wohl der Grund maßgebend, den Herr Wasser mann auf dem Parteitag zu Gollat 1906 zum Besten gab, als er von einem Nebenvertreter abgeordnet sprach, der nach Hause reiste, um einer Abstimmung zu entgehen und als Grund angab: „Bei dem Gesetz ist der eine Teil meiner Wähler dafür, der andere dagegen, in dergleichen Momenten lege ich mich ins Bett.“ (Große Heiterkeit.)

Herr Trimbom hat gefordert die Nichterfüllung der Vorlage hervorzuheben, ich werde ihre Rängel beleuchten, deren Abstellung Sie ohne Angabe von Gründen — Sie hatten also wohl keine — ablehnten. Bei den

Wahlen zu den Versicherungsvereitern und den Versicherungsämtern

sind nicht bloß die Frauen ausgenommen, obwohl sie genau dieselben Pflichten und dasselbe Risiko haben, wie die Männer, auch das Wahlverfahren ist ein derartiges, daß nicht einmal die preussischen Junker es wagen, es im preussischen Landtage zu verlangen. Das Zentrum hat aber diesem Wahlverfahren zugestimmt. Für das Elsaß haben Sie gefordert dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht zugestimmt, denn da glauben Sie politische Geschäfte damit machen zu können, bei den Versicherungsämtern aber glauben Sie damit schlecht abzukneipen und haben darum das veraltete, korrupte, niederträchtige Wahlverfahren der Vorlage gewählt. Abgelehnt haben Sie, die Ehefrauen der kleinen Bauern und Hausgewerbetreibenden, die im Betriebe des Mannes tätig sind, in die Versicherungspflicht aufzunehmen.

Das ist Ihre Siffie und Ihr Wohlwollen gegen den Mittelstand.

Ebenso haben Sie die kleinen Angestellten und Handwerker mit über 2000 M. Einkommen von der Versicherungspflicht ausgeschlossen. Nicht einmal die freiwillige Versicherung der Handlungsangestellten und Gehilfen haben Sie zugelassen, wenn ihr Einkommen über 2000 M. resp. 4000 M. hinausgeht. Ihre standalöse Leistung ist, daß Sie die Wödhnerinnenpflege, das Schwangerschaftsgeld, die Hebammenkosten, das Stillgeld ablehnten, obwohl Sie in der ersten Lesung der Kommission dafür gestimmt haben. Als die Regierung aber das Joch des Unannehmbar aufstellte, sind Sie freudlich durchgezogen, denn Sie haben ja wieder ein Stück Sozialreform, das nichts kostet, über das man aber schöne Reden halten kann. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Trimbom verdammt, daß für die weitergehende Weisheit der Krankenkassen die Zustimmung des Reichsversicherungsamtes und der Arbeitgeber notwendig ist; beim Widerspruch eines einzigen Arbeitgebers kommt die Einrichtung nicht zustande. Und das ist der Zweck gewesen, ein Mann soll die Bestrebungen aller anderen neutralisieren können. Sie haben auch für die

Verpflitterung der Krankenkassen

gesorgt, damit keine großen, leistungsfähigen Kassen entstehen können. Dr. Mugdan meinte freilich, die großen Kassen schließen die Selbstverwaltung aus. Freilich ist in ihnen das Kontrollrecht der Mitglieder beschränkt, aber die Selbstverwaltung ist uns nicht Selbstzweck, sondern nur ein Mittel, die Kassen günstig zu gestalten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Sie haben die Innungs- und Betriebsklassen und die kleinen Ortsklassen mit 200 Mitgliedern aufrecht erhalten. Für Saisonbetriebe lassen Sie Betriebsklassen zu, wenn auch nur für 2 Monate im Jahr die Mindestzahl erreicht wird. Wenn ein Arbeiter im Interesse des Vaterlandes seine Arbeit aufgeben muß, betrauen Sie ihn beim Wiedereintritt in die Betriebsklasse durch Beitragsgebühren. Trotzdem werden Sie bei den nächsten Wahlen wieder die

Sachweise des Patriotismus

klaffen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Für das Aitenat auf die Selbstverwaltung, das mit einer Verschlechterung des Klassenwesens gleichbedeutend ist, können Sie gar keinen anderen Grund angeben, als Ihren Haß gegen die Sozialdemokratie. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Die Regierung wollte den Unternehmern bei der Auslieferung der Kassen an ihre Herrschaft wenigstens auch Rechte zustehen auferlegen. Die Rechtsparteien haben ihnen diese Beiträge erspart, um sie als Wahlbeiträge erhalten zu können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ihr Haß gegen die Sozialdemokratie macht Sie blind. In der Begründung sagt die Regierung in bezug auf die Innungskassen, sie bilden ein wichtiges Mittel, um das Innungswesen zu hegen und zu pflegen. Heißt das nicht offen zum

Mißbrauch der Arbeiterversicherung in politischem Parteilinteresse

auffordern? (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ebenso billigen Sie den Mißbrauch bei den Berufsgenossenschaften; dort sollen die Vorstandsposten Ehrenposten sein, und als wir auf die hohen Entschädigungsgelder für die Vorstände hinweisen, die 10, 12, 15000 Mark erhielten, haben Sie kein Ausnahmengesetz gegen die Berufsgenossenschaften gefordert. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Berufsgenossenschaften wären der Regierung auch schon gekommen, wenn sie den Mut gehabt hätte, ein solches Gesetz vorzuschlagen. Mißbräuche kommen natürlich überall vor, auch bei den Beamten. Lesen Sie nur die Kriminalstatistik nach. Die sozialdemokratische Parteibewegung werden Sie übrigens mit diesen Ausnahmestimmungen, mit dem Aitenat auf die Selbstverwaltung der Krankenkassen nicht treffen. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten.) Mit der Einziehung sozialdemokratisch gesinnter Arbeiter in die Klassenverwaltungen waren diese in der Regel für die sozialdemokratische Parteioption verloren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn wir diesen Kampf für die Selbstverwaltung

... der Klassen so energisch führen, so mit Deshals, weil das Volk
gehört der Regierung nach dem Wunsche der Unternehmer eine
Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsgefühls
ist. (Heftige Zustimmung h. d. Soz.) Für uns handelt es sich
hier nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine Rechts-
frage, eine Frage der politischen Moral. (Sehr richtig h.
d. Soz.) Deshalb treten wir auch für die Rechte der Land-
arbeiterklasse ein, die Sie behandeln, als wenn es sich um im
Kriege unterworfenen Heloten handelte. Die Landarbeiter sind heute
noch infolge ihrer rechtlosen Stellung, ihrer sozialen Abhängigkeit
und politischen Unterdrückung in der Mehrzahl Ihre Parteige-
hörigen, und vielleicht empfinden sie vielleicht sogar diese so ge-
nannte Ausbeutung der Krankenfürsorge noch als eine soziale
Kohäsion gegenüber dem gegenwärtigen Zustand
sozialer Verwahrlosung.

an dem vor allem das Zentrum schuld ist, das auch jetzt wieder
mit dafür gesorgt hat, die großen Grundbesitzer von der Beitrags-
leistung zu entbinden. (Hört! hört! h. d. Soz.) Das Zentrum
hat auch den Arbeitern das Recht genommen, sich den Arzt aus-
zuwählen, er muß den Arzt nehmen, den der Gutse-
ssiger schickt; mit Hilfe des Zentrums ist der Landrat
die entscheidende Instanz über die Leistungen der Kasse geworden
und er wird natürlich genau so „genügsam“ und „unparteiisch“
verfahren, wie bei den Steuererhöhungen und den politischen
Wahlen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie haben den Landarbeitern
Pflichten auferlegt, und damit wird natürlich das Verlangen ent-
stehen, daß den Pflichten auch Rechte gegenübergestellt werden.
(Sehr richtig h. d. Soz.) Die Landarbeiter werden durch die Teil-
nahme am sozialpolitischen Leben

zum Bewußtsein ihrer Klassenlage erweckt werden,
an dem Bewußtsein, daß sie als Besessene der Klasse der Besessenen
wehrtlos gegenüber stehen. (Sehr richtig h. d. Soz.)
Und je größer das Unrecht und die Rechtlosigkeit, die die heutige
Gestaltung der Versicherungsordnung den Landarbeitern bringt,
um so energischer werden auch bei den Landarbeitern die Kämpfe
um das gleiche Recht entbrennen. Die Arbeiter, die Sie rufen,
werden Sie nicht mehr los. (Sehr richtig h. d. Soz.)

So wie jetzt bei den Krankenkassen der Schlag gegen die
Sozialdemokratie ein Schlag ins Wasser war, und so wie
die Folge gewesen ist, daß die Sozialdemokratie gerade durch die
Krankenkassengesetzgebung, durch die Einbeziehung der Arbeiterklasse
zur Teilnahme am politischen Leben gestärkt worden ist, so ähnlich
wird sich auch die Entwicklung bei den Landarbeitern abspielen.
(Sehr richtig h. d. Soz.)

Die ganze Sozialreform bietet das Bild der
Echternacher Springprozeßion:

für einen kleinen Fortschritt nach vorn machen Sie einen Schritt
nach rückwärts. Das zeigt sich besonders bei der Unfallver-
sicherung. Herr Trimborn sagt, daß der Kreis der Ver-
sicherten um 200 000 Personen erhöht worden sei; aber in der Kom-
mission hat selbst Herr Dr. Semler gemeint, die Unterstellung
dieser Kategorie unter die Unfallversicherung sei keine Verbesse-
rung, sondern eine Vernachlässigung, weil das jetzige Haft-
pflichtgesetz allen, die 3000 bis 5000 M. Einkommen haben, bessere
Chancen bietet als die Unfallversicherung. (Sehr wahr! bei den
Sozialdemokraten.) In der Unfallversicherung sind die Forder-
ungen der Arbeiterklasse unberücksichtigt geblieben, z. B.
die Forderung einer Entschädigung für die Unfälle, die sich auf
dem Wege von und nach der Arbeitsstätte ereignen.
Ebenso haben Sie die Einbeziehung der gewerblichen
Berufskrankheiten abgelehnt, sogar die Charakterisierung
der Kolonnenarbeiter als selbständige Unternehmer haben
Sie aufrechterhalten, obwohl es klar auf der Hand liegt, daß es
sich hier einfach um Akkordarbeiter unter bestimmten Voraus-
setzungen handelt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)
Bloß um den Bauherren die Versicherungsgebühr zu sparen, haben
Sie sie als selbständige Arbeiter behandelt. Nach wie vor haben
Sie das schreiende Unrecht aufrechterhalten, daß die Unfall-
entschädigungen erst nach einem Vierteljahr ein-
treten, daß das Risiko den Krankenkassen überantwortet wird, wo
zwei Drittel der Beiträge von den Arbeitern gezahlt werden. Sie
haben nach wie vor das Unrecht aufrechterhalten, daß nur zwei
Drittel des Lohnes angerechnet werden und daß
bei all den Arbeitern, die über 1800 M. verdienen, nur ein Drittel
dieses Mehrlohnes in Frage kommt. Aber das

Un glaubliche der Verschlechterung,
das Sie wieder mit Hilfe des Zentrums beschlossen haben, ist der
§ 967, der dem Reichsversicherungsamt geradezu verbietet,
den landwirtschaftlichen Berufsangehörigen Unfallversicherungs-
vorschriften aufzuerlegen und technische Beamte anzustellen zur
Überwachung, ob die Versicherungsvorschriften auch beachtet werden.
Diese Bestimmung bedeutet für die Agrarier geradezu eine

Befreiung von der sozialen Verpflichtung

und für die ländlichen Arbeiter geradezu eine Ver-
mehrung ihrer Unfallgefahren. (Sehr wahr! bei den
Sozialdemokraten.) Vom Zentrum bin ich allmählich gewöhnt
worden, das Unmögliche für möglich zu halten; aber daß die Re-
gierung um ein paar ostpreussischer Junker willen ein solches
soziales Unrecht begeht, das ist mir unverständlich. Die Verus-
statistik zeigt, daß nirgends so leichtfertig Unfälle verschuldet
werden wie in der Landwirtschaft. Der Kaiser hat bei wieder-
holten Anlässen den Herren ins Gewissen geredet. (Lachen rechts.)
Ach, Sie lassen bei diesen Dingen,

Ihr Geldbeutel ist Ihr Gott,
und Sie, meine Herren vom Zentrum, auch Sie bringen dem
Gott Rammon das Opfer nur aus politischen Rück-
sichten, um Ihres Bündnisses mit den Konservativen willen.
(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vielleicht noch schlechter als die Kranken- und Unfallversiche-
rung haben Regierung und Mehrheit die

Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung

gestaltet. Kundtwey wurde der Antrag abgelehnt, die Invaliden-
versicherung auf alle Krankenversicherten auszudehnen. Damit
sind alle Hausgewerbetreibenden von vornherein aus-
geschlossen; nicht einmal Arzt- und Apothekerlosten haben Sie den
armen Invaliden für den Fall der Krankheit bewilligt. (Hört!
hört! bei den Sozialdemokraten.) Und im schönsten Glanze zeigt
sich Ihre Sozialreform bei der Frage der Herabsetzung des Renten-
bezugsalters von 70 auf 65 Jahre. Es geht das Gerücht hier
im Hause, das soziale Gewissen habe dem Zentrum und den Kon-
servativen geschlagen, und sie wollten in dritter Lesung diese Her-
absetzung wenigstens von 1915 ab den Arbeitern zukommen lassen.
Ich habe vergebens in den Anträgen danach gesucht. Aber Herr
Trimborn hat angekündigt, daß Sie den Antrag nie wieder
einbringen würden, der sogar die achtwöchige Wächner-
innenunterstützung für die Landarbeiterinnen wieder
wegschaffen will. (Heftige Entrüstungsrufe bei den Sozial-
demokraten.) Das ist Ihre Sozialpolitik. (Auf bei den Sozial-
demokraten: Unerschrocken!)

Und dann die Krone der Sozialreform:

die Witwen- und Waisenversicherung.

Seit Jahren geht das Zentrum mit dieser Forderung haushieren,
und gerade hier tritt die Doppelzüngigkeit seiner
Politik am deutlichsten in die Erscheinung. Als es den of-
fiziellen Agrariern den Postarat schuf und in seinen Arbeiter-
kreisen eine Revolte auszubrechen drohte, da hat das Zentrum die
Witwen- und Waisenversicherung mit einer jährlichen Inanspruch-

nahme der Leistungen von 200 Millionen Mark angekündigt und in
der Kommission mit unserer Hilfe durchgeführt. Im Plenum
aber zog Herr Trimborn den Antrag wieder
zurück. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) oder schwächte
ihn so ab, daß für die Witwen und Waisen nichts mehr übrig-
geblieben ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie
wollten eben nur etwas haben, um die Arbeiter zu fördern
(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), nicht aber den besitzenden
Klassen und dem Staate Verpflichtungen auferlegen. Jetzt bieten
Sie dem Arbeiter in der Witwen- und Waisenversicherung ein

geradezu ein Pöbel

ist. Die Hälfte aller Witwen scheiden Sie von vornherein mit
einem einzigen Federstrich aus, nämlich die Witwen derjenigen
Männer, die nicht gegen Invalidität versichert sind.
Dann gibt man die Witwenversicherung nur denjenigen Witwen,
die invalid im Sinne des Gesetzes sind. (Hört! hört! bei den
Sozialdemokraten.) Sie haben von Kollmann gehört, daß als
nichtinvalid eine Frau angesehen worden ist, die an beiden
Händen gelähmt war, die nur noch mit den Händen sich vom
Tisch zum Tische bewegen konnte. (Hört! hört! bei den Sozial-
demokraten.) Dann nimmt man den Frauen, die bisher bei der
Beitrag ihre Beiträge zurückerstattet erhielten, noch diese Bei-
tragsrückzahlung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten),
während man gleichzeitig für die Witwen- und Waisenversicherung,
damit die Junker gar nichts dafür zu zahlen brauchen, der In-
dustrie größere Lasten auferlegt als der Landwirtschaft; denn die
Beiträge werden in der Industrie um circa 33 1/2 Proz., in
der Landwirtschaft nur um 14 bis 20 Proz. erhöht. (Hört!
hört! bei den Sozialdemokraten.)

Also sogar dieses Gesetz, das den Armen Vor-
teile bringen soll, benutzen Sie, um den Junkern eine Liebesgabe
zuzuwenden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Und das
macht das Zentrum, die Partei der Arbeiterfreundlichkeit, mit,
und dafür tritt ein Arbeitervertreter des Zentrums
hier ein (Psui! bei den Sozialdemokraten.) Es ist

ein purer Schwindel

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), wenn man in den Ar-
beiterkreisen die Auffassung hervorrufen will, daß ihnen unmittel-
bar nach dem Zustandekommen des Gesetzes eine ausgiebige
Witwen- und Waisenrente werde zuteil werden. Artikel 69 des
Einführungsgesetzes bestimmt, daß erst nach 10, 20, viel-
leicht erst nach 30 Jahren die Witwen- und Waisenversicherung zur
vollen Geltung kommt. Jetzt geben Sie von 1912 ab den Witwen
50 M., dem Kinde 25 M., d. h.

7 Pfennig pro Tag,

eventuell 14 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von
100 Witwen in Deutschland sind nur 7 invalid, und auf diese
100 Witwen treffen 133 Kinder. Die 7 Witwen bekommen zu-
sammen 350 M., die 133 Kinder 25 M., gleich 3325 M., zusammen
also 3675 M. Wenn Sie sich vergegenwärtigen, daß die Rück-
zahlung der Beiträge, die das jetzige Gesetz den Witwen gewähr-
leistet und die Sie ihnen nunmehr genommen haben, nach denselben
Grundsätzen gerechnet, im Jahre 1912 pro Witwe 110 M. jährlich
ausmacht, dann haben Sie die fesselsame soziale Wunder-
wirkung,

daß Sie den 100 Witwen im Jahre 1912 11 000 M.
nehmen und dafür 3675 M. geben.

(Hört! hört! und Psui! Psui! bei den Sozialdemokraten.) Das
nennt man Witwen- und Waisenversicherung.

Die Unternehmer haben eine Regelung des Verfahrens bei
der Regierung und den Parteien durchgeführt, das die alten
Mißbräuche aufrecht erhält. Wie die Regierung lieber
das Arbeitskammergesetz scheitern läßt, ehe sie die Arbeitervertreter
zur Vertretung der Arbeiterwünsche zuläßt, so ging auch ihr Ver-
fahren mit Hilfe der Zentrumspartei bei diesem Verfahren dahin,
durchgängig Arbeitervertreter und Gewerkschaftsbeamte von der
Mitwirkung bei der Untersuchung und bei der Verhandlung im
Reichsversicherungsamt entweder direkt auszuschließen, oder ihre
Zulassung in das Belieben eines Beamten zu stellen. (Hört! hört!
bei den Sozialdemokraten.) Dagegen ist den Berufsangehörigen
und ihren Beamten ausschlaggebende Einwirkung gewährleistet.

Wenn wir daher jetzt zum Schluß vor der Frage stehen, ob
wir diesem Gesetz unsere Zustimmung geben können, so werden
die deutschen Arbeiter und sogar Sie verstehen, daß, wenn nicht in
dritter Lesung wesentliche Verbesserungen in das Gesetz hinein-
kommen,

wir gegen dieses Gesetz stimmen werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), im Interesse der deutschen
Arbeiterklasse und in Wahrung unserer politischen
Ehre! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben immer
und immer wieder erklärt: das soll ein Ausnahmengesetz gegen die
Sozialdemokratie sein. Sie können und nicht die politische Ehr-
losigkeit zutrauen, für ein Gesetz zu stimmen, das Sie ausdrücklich
zu einem Ausnahmengesetz gegen und gestaltet haben. Wir sind
keine christlichen Arbeitervertreter, wir sind
sozialdemokratische Arbeitervertreter. (He-
ftiger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Mit Rücksicht auf die Wahlen haben Sie das Gesetz
hier durchgezwungen; mit Rücksicht auf die Wahlen haben
Sie Ihre Schweigekartell, Ihren Guillotinetod der Abstimmung
geschaffen. Ich gehöre in der Politik nicht zu den Allzulängende-
sehern, ich bin ein Skeptiker. Aber daß der nächste Reichstag so
gestaltet wird, daß für dieses Gesetz keine Mehrheit mehr wäre,
dafür lege ich meinen Kopf auf den Block. (Sehr richtig! bei den
Sozialdemokraten.) Und ich sage: jedes künftige Gesetz von jedem
künftigen Reichstag würde für die Herren Junker mehr Lasten
bringen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß die
Junker so wenig Lasten in diesem Gesetz tragen müssen, das haben
die deutschen Arbeiter dem Zentrum zu danken. (Sehr richtig!
bei den Sozialdemokraten.)

Kommt dieses Gesetz in dritter Lesung zustande, so können
wir Ihnen heute schon erklären, daß wir sofort alle unsere Kräfte
aufbieten werden, um eine Abänderung dieses Gesetzes herbei-
zuführen. Keine politischen oder parlamentarischen Rücksichten
werden uns davon abhalten, wenn wir stark genug sind, diese Abän-
derung durchzuführen. Mit Ihnen aber werden wir dann noch weiter
bei den Wahlen abrechnen! (Heftiger Beifall bei den Sozialdemo-
kraten.)

Ach, Herr Neuf (Noll); Wir haben bei der zweiten Lesung
mit Reden und Anträgen zurückgehalten, um das Zustandekommen
des großen Werkes nicht zu gefährden. Dem festen Zusam-
menhalten der Parteien, die von vornherein entschlossen waren,
positive Arbeit zu leisten, ist es zu danken, daß das große Geset-
gebungswerk — das größte, das den Reichstag beschäftigt hat seit
dem Bürgerlichen Gesetzbuch — soweit gefördert ist, daß wir jetzt
seine dritte Lesung vornehmen können. (Bravol bei der Mehrheit.)
Auch wir haben manche Wünsche zurückgestellt. Es galt eine mit-
telere Linie zu finden zwischen den widerstreitenden Interessen.
Auf die Leistungsfähigkeit der Industrie, der Landwirtschaft und
nicht zum mindesten der Versicherten selbst mußte Rücksicht ge-
nommen werden. Die Sozialdemokraten freilich machten es sich
bequem, Sie forderten einfach und bekümmerten sich nicht um
die Deckung. Die Annahme der Anträge der äußersten Linken
würde eine jährliche Mehrbelastung von zwei Milliarden bedeuten.
(Lautes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das hieße Ver-
nichtung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen
Industrie. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Wir hätten gern
mehr für die Säuglingsfürsorge getan; aber die ranke Wirk-
lichkeit zieht unseren Wünschen enge Grenzen. (Reichsminister
Bethmann Hollweg erscheint im Saale.) Gewiß sind die

Sätze der Hinterbliebenenversicherung zunächst recht niederschlagend,
aber Dr. Mugdan übertriebt, wenn er von einer Zurechtweisung
des deutschen Volkes spricht. Die Herabsetzung der Alters-
grenze ist am Widerspruch der Verbündeten Regierungen ge-
scheitert. Es ist jedoch ein Antrag in Vorbereitung, der eine
Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre
von 1915 ab vorzieht. (Hört! hört!) — Man wirt uns
vor, daß wir die Selbstverwaltung der Ortskranken-
kassen vernichtet haben. Nichts kann falscher sein. Indem wir
der unumschränkten Herrschaft des einen Teils ein Ende machen,
stellen wir erst die Selbstverwaltung der Ortskranken-
kassen auf eine sichere Grundlage. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Be-
stimmungen über die Landkranken- kassen sollen ein Aus-
nahmengesetz gegen die Landarbeiter vorstellen. Aber es ist doch eine
Beteiligung der Arbeiter und Arbeitgeber an der Verwaltung der
Landkranken- kassen vorgesehen. Daß die Wahlen nicht von den Be-
teiligten selber vorgenommen werden, sondern von den
Vertretungskörperschaften der Kommunalverbände, liegt in den
besonderen Verhältnissen des platten Landes begründet; ebenso die
Erhaltung auch der kleinen ländlichen Betriebsklassen. Daß unter
Voraussetzung gleichwertiger Leistungen landwirtschaftliche Arbeit-
geber von der Pflicht befreit werden, ihre Arbeiter
zu versichern, liegt gerade im Interesse der kleinen
und mittleren Besitzer und ist also das gerade Gegenteil
einer Begünstigung des großen Grundbesitzes. Entsprechende Be-
stimmungen sind mit Recht in bezug auf die städtischen
Dienstboten getroffen worden. — Beim Rentenverfahren
haben wir besonderen Wert auf ein gutes Vorverfahren und auf
das Verfahren bei der unteren Instanz gelegt. Das ist wichtiger
als das Verfahren bei der Rekursinstanz, bei der ja doch der Ver-
sicherte nur in Ausnahmefällen persönlich erscheint. — Vermutlich
wird in dritter Lesung die Erhöhung der Höchstgrenze für die
Krankenversicherung von 2000 auf 2500 M. erreicht werden.
(Bravol) — Die Kinderzuschüsse für Invaliden-
rentner bedeuten einen gewaltigen Fortschritt. — Alles in allem
geschritte, daß wir gern den Sozialdemokraten die Verantwortung
überlassen, solche Vorteile für die Arbeiterklasse abzulehnen. Wir
freuen uns, daß auch die Mehrheit der Fortschrittspartei für das
Gesetz stimmen wird. — Möge das große Werk dem deutschen Volk
reichen Segen bringen! (Heftiger Beifall bei der Mehrheit.)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Kampf um die Reichs-
versicherungsordnung naht seinem Ende, und wenn nicht alle Zeichen
trügen, wird dieser viel umstrittene Entwurf in Kürze im Wesent-
lichen in der Form verabschiedet werden, die ihm die Kommission
gegeben hat. Die Reden, die hier noch gezeichnet werden, sind bei
aller Festigkeit des Kampfes doch nur Rückzugsgesetze, die auf das
Schlußergebnis keinen Einfluß haben werden. Das zwischen den
Mehrheitsparteien und den Verbündeten Regierungen geschlossene
Kompromiß hat bis heute ausgehalten und wird standfest bleiben
bis zur Verabschiedung des Gesetzes. (Lachen links. Zustimmung
rechts.) Die Führer der Parteien bliesen vor Kritik, sie wollen Ab-
rechnung halten vor dem Lande über das, was sie geleistet haben
und was sie sich als Gewinn aufschreiben. Im Namen der Ver-
bündeten Regierungen will auch ich mich an dieser Abrech-
nung beteiligen, ohne auf die Einzelheiten einzugehen. Ich
würde aber nicht ehrlich sein, wollte ich ein lautes Loblied an-
stimmen über das, was durch die Verhandlungen aus der Vorlage
geworden ist. Ich würde kein Wort daraus, daß der Entwurf durch
die Arbeiten des Reichstages manche Abänderung erfahren
hat, die ich nicht gewünscht hätte. Die in der Praxis
so notwendige leichte Anwendbarkeit ist vielfach durchsichert, die
Richtlinien vielfach verschoben worden. Ich habe mich, als ich
gehe von Abg. Schulz die Warnung hörte, daß die Verbündeten
Regierungen ihre Würde nicht durch übermäßige Konzessionen an
den Reichstag beeinträchtigen mögen, gefragt, ob dieser Vorwurf
auch auf die Reichsversicherungsordnung zutrifft. Ich bin dabei
zu dem Ergebnis gekommen, daß dieser Vorwurf hier
nicht zutrifft. Es liegt in der Natur aller konstitutionellen
Staatswesen, daß ihre Gesetzgebung eine Reihe von Kompromissen
zwischen der Regierung und den Parlamenten darstellt. Dieser
Kampf hat allen Gesetzen an, die hier verabschiedet werden. Dieser
unvermeidliche Charakter des Kompromisses wird verstärkt, wenn in
den Parlamenten wie bei uns eine große Anzahl von Parteien ist,
deren keine die Möglichkeit hat, ihren Willen durchzusetzen, so daß
die Regierung genötigt ist, nicht nur für ihre eigene Sache zu
kämpfen, sondern auch noch den ehrlichen Mätlern zwischen
den Parteien zu spielen, ein Geschäft, wofür sie in der Regel keine
Provision bekommt, sondern meist noch zuzahlen muß. Uns ist der
Vorwurf gemacht worden, daß wir garnicht versucht hätten, zu
einer wirklichen Vereinheitlichung unserer gesamten sozial-
politischen Gesetzgebung zu gelangen. Wenn der Gang der Ver-
handlungen im Laufe des letzten Jahres eins bewiesen hat, so
zweifellos das, daß die Verbündeten Regierungen recht hatten, wenn
sie diesem Wunsch auf eine wirkliche Vereinheitlichung nicht ent-
sprochen haben. Dieser Versuch würde gescheitert sein aus
inneren und aus äußeren Gründen. Die drei Zweige der Ver-
sicherung haben sich in ihrer Art entwickelt und zu einer unbestrit-
tenen Leistungsfähigkeit und Mätle entwickelt. Wer sie sind auf-
gebaut, sowohl in bezug auf die Organisation, wie in bezug auf
die Beitragspflicht, auf ganz verschiedenen Grundlagen. Die
Krankenversicherung ist aufgebaut auf beruflich-territor-
ialer Grundlage, die Beitragspflicht ist nach historischen Mustern
auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelegt. Die Unfallver-
sicherung ist im Anfang an die bestehenden geschlichen Ver-
sicherungen über die Haftpflicht, nicht auf territorialer, sondern
auf rein beruflicher Grundlage und auf einer Beitragspflicht der
Unternehmer allein aufgebaut. Die Invalidenversicherung
ist aufgebaut auf territorialer Grundlage mit Beitrags-
pflicht des Reichs, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Diese
so verschiedenenartig organisierten Institutionen haben sich eingelebt,
sie haben Vermögen erworben, sie haben eine gewisse Verwaltungs-
praxis geschaffen. So etwas läßt sich nicht zerstören. Alle drei
Einrichtungen haben zu gut funktioniert, als daß
man mit Erfolg hätte versuchen können, die Ägyl an ihre Wurzeln
zu legen und etwas völlig Neues zu schaffen. Deswegen war es
richtiger, wenn die Verbündeten Regierungen von vornherein be-
schränkt waren, nur zu einer Vereinheitlichung in bezug auf die Ge-
meinsamkeit gewisser Einrichtungen und Organisationen zu
kommen. Hier sind Sie im Wesentlichen unseren Wünschen gefolgt.
Wenn ich mir auch an den Organisationen dieses und jenes anders
wünschen könnte, das eine bleibt bestehen: Wir haben für alle
Zweige unserer sozialpolitischen Gesetzgebung dieselben Behörden
bei der Befehung aller Instanzen unter Mithilfe von Arbeit-
gebern und Arbeitnehmern. Wir haben ferner bei den Organi-
sationsänderungen, wie wir gewünscht haben, die absolut not-
wendige Entlastung des Reichsversicherungsamtes zu erreichen
versucht.

Sie sind andere Wege gegangen, als wir Ihnen vor-
geschlagen haben. Einfacher ist die Sache nicht geworden, im Gegen-
teile, sie ist rechtlich komplizierter geworden, aber der Gesamtfortschritt
wird doch das bringen, was wir wünschen, und wir haben unter
diesen Umständen keinen Anlaß gehabt, den von Ihnen gemachten,
von den unsrigen etwas abweichenden Vorschlägen zu widerstreben.
Im Gegenteil, wir sind dankbar, daß wir dieses Ziel erreicht haben.
Wenn dann durch die Reden der Herren von der Linken heute
und gestern noch immer wieder der Vorwurf durchgeklungen ist,
daß wir die Hand geboten hätten zu einer Entredung der Arbeiter
in den Krankenkassen, so will ich auf das, was ich hierüber neulich
schon gesagt habe, nicht wieder eingehen. Ich habe die Heber-
zeugung, daß es sich hier nicht um eine Entredung, sondern um
eine gerechte Verteilung der Rechte bei der Verwo-
nung der Krankenkassen handelt. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe
die Überzeugung, daß es sich nicht um eine Beschränkung der
Selbstverwaltung handelt, und ich habe vor allen Dingen die Über-
zeugung, daß je mehr es uns gelingt, die Verwaltung der Kranken-
kassen zu neutralisieren, wie, ich glaube, der Abgeordnete
Trimborn einmal gesagt hat, um so mehr die Wege frei werden

... der Klassen so energisch führen, so mit Deshals, weil das Volk
gehört der Regierung nach dem Wunsche der Unternehmer eine
Vergewaltigung des Rechts und des Rechtsgefühls
ist. (Heftige Zustimmung h. d. Soz.) Für uns handelt es sich
hier nicht um eine parteipolitische Frage, sondern um eine Rechts-
frage, eine Frage der politischen Moral. (Sehr richtig h.
d. Soz.) Deshalb treten wir auch für die Rechte der Land-
arbeiterklasse ein, die Sie behandeln, als wenn es sich um im
Kriege unterworfenen Heloten handelte. Die Landarbeiter sind heute
noch infolge ihrer rechtlosen Stellung, ihrer sozialen Abhängigkeit
und politischen Unterdrückung in der Mehrzahl Ihre Parteige-
hörigen, und vielleicht empfinden sie vielleicht sogar diese so ge-
nannte Ausbeutung der Krankenfürsorge noch als eine soziale
Kohäsion gegenüber dem gegenwärtigen Zustand
sozialer Verwahrlosung.

für die Entlohnung, die gerade von Ihrer Seite gewünscht werden, nämlich zu einer Zentralisation der Kräfte, die im Interesse der wachsenden Leistungsfähigkeit gewiß erwünscht ist, die aber so lange unerreichbar ist und von keinem Reichstag bewilligt werden wird, solange nicht die absolute Freiheit und Unabhängigkeit der Verwaltung der Krankenkassen von politischen Einflüssen sichergestellt ist. (Sehr richtig! rechts.)

Nach dieser Richtung hin bedeutet also dieser Entwurf nicht eine Verschlechterung, sondern eine Ertrugenschaft, da er eine gesunde und zweckentsprechende Entwicklung der Kräfte für die Zukunft sicherstellt. (Sehr wahr! rechts.) Das sind die Fragen der Organisation. Wenn auf diesem Gebiete manches nicht erreicht ist, was die Verbündeten Regierungen gewünscht hätten, können wir auf der anderen Seite nicht in Abrede stellen, daß auf dem Gebiete der Leistungen das erreicht ist, was wir gewünscht haben. Wir erkennen gern an, daß es gelungen ist, ohne die Grenzen, die uns aus anderen Gründen gezogen waren, zu überschreiten, das Maß der Leistungen zu steigern. Ich erinnere speziell an die Zusatzrente für die Invaliden. Ich möchte auch daran erinnern, daß dieses Gesetz die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und auf die nicht ständigen Arbeiter bringt, beides Forderungen, die seit Jahren auf dem Programm aller sozialpolitisch interessierten Parteien standen. Dazu tritt ferner die seit Jahren verlangte, immer stürmischer geforderte Verjüngung der Hinterbliebenen. Die Herren von der Linken machen geltend, daß die Leistungen, die hier geboten werden, unzureichend sind. Gewiß, man kann über das Maß dessen, was man auf diesem Gebiete geben möchte, streiten. Aber nirgends so sehr wie auf dem Gebiete der Sozialpolitik ist das Bessere der Feind des Guten. Wir haben hier geboten, was wir bieten konnten, und ich freue mich, daß wir uns auf diesem Gebiete mit dem weitaus größten Teil dieses hohen Hauses vereinigt haben. Wenn ich das Schlussergebnis ziehen soll, kann ich nur wiederholen: Wenn auf dem Gebiete der Organisation, auf dem Gebiete des Instanzenzuges, auf dem Gebiete der Verwaltung im einzelnen nicht alles das erreicht ist, was ich und die Verbündeten Regierungen erstrebt haben, so ist — und darin liegt für uns die Rechtfertigung all der Konzessionen, die wir im Laufe der Verhandlungen gemacht haben — auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge ein Ergebnis erreicht, das einen erheblichen Fortschritt bedeutet. Deshalb freuen wir uns, daß es uns gelungen ist, uns mit der großen Mehrheit dieses Hauses auf diesem Gebiete zu einigen. Damit bin ich meinerseits am Schluß. Ich will nicht auf die Ausführungen eingehen, die der Abgeordnete Dr. Mugdan gestern über das englische Gesetz gemacht hat. Dieses englische Gesetz ist noch gar nicht verabschiedet. Was wir von ihm wissen, beruht auf Zeitungsnachrichten. Ob dieses Gesetz so verabschiedet wird, wie es uns bekanntgegeben ist, ist in hohem Maße zweifelhaft. Es gibt Sachverständige, die ernste Zweifel haben, ob das Gesetz auf dieser Grundlage zustandekommen wird. Ich meine, wir sollten aus dem Umstände, daß die Engländer jetzt versuchen, Wege zu beschreiten, die wir seit einem Menschenalter gegangen sind, nicht den Anlaß nehmen, nun über die Grenzen hinüberzuschreiten und zu fragen: das wird nun sicher besser, sondern ich glaube, wir haben gerade in diesem Punkt allen Anlaß, auf das stolz zu sein, was unser eigenes Vaterland geschaffen hat, und was wir in diesem Augenblicke zu schaffen im Begriffe sind. (Beifall rechts.) Ich habe dann nur noch allen denen zu danken, die an diesem Gesetze mitgearbeitet haben und zu seiner Verabschiedung mit beitragen werden. Ich hoffe, wir alle werden aus dieser Kampagne hinausgehen mit dem Bewußtsein, daß es uns gelungen ist, über manche Schwierigkeiten und Differenzen hinweg ein großes und gutes Stück Arbeit zu leisten. (Lebhafte Beifall bei den Kompromißparteien.) Und ich denke, wir werden noch eines mitnehmen, was mich persönlich mit einer gewissen Freude erfüllt: das ist die Erinnerung daran, daß die Gegner dieses Entwurfs ihn zwar belächelt, aber mit ritterlichen Waffen bekämpft haben, und daß sie das Bestreben, den Entwurf nicht zur Verabschiedung kommen zu lassen, nicht gezeigt haben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Korfanti (Polen): Auch wir erkennen gern an, daß der Entwurf eine große Reihe Fortschritte bringt. Andererseits ist die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter und andere mehr. Aber diesen Aktiven stehen zahlreiche Passiva gegenüber, die uns die Entscheidung außerordentlich schwer machen. Dem Zentrum kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß es den Konservativen zuliebe die Rechte der Landarbeiter preisgegeben hat. Für die östlichen Gegenden bedeutet das vielfach die Aufopferung katholischer Landarbeiter. (Hört! hört! bei den Polen.) Das dürfte die Zentrumspartei, die Vertreterin katholischer Interessen, nicht tun! Ich erinnere ferner an die schwere Benachteiligung auswärtsiger Arbeiter. Diese wiegt um so schwerer, als Deutschland in steigendem Maße auswärtiger Arbeiter bedarf. — Angesichts dieser und zahlreicher anderer Mängel der Vorlage werden wir zwar nicht gegen sie stimmen, aber auch nicht für sie. Wir werden uns also der Stimmgabe enthalten. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Beder-Arnberg (Z.): Da im Reichstag keine Partei für sich allein die Mehrheit hat, so konnte die Reichsversicherungsordnung nur das Resultat eines Kompromisses sein. Eine Kompromißmehrheit aus Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokraten scheiterte an den unerfüllbaren Forderungen der Sozialdemokratie. Vielleicht wäre es möglich gewesen, eine Kompromißmehrheit aus Zentrum und liberalen Parteien zu bilden und die Reichsversicherungsordnung etwas freideillicher zu gestalten, als sie jetzt gestaltet worden ist. Aber bei dem Streit um die Betriebskrankenkassen erwies es sich als unmöglich, eine derartige Konstellation durchzuführen. Schließlich erklärten sogar die Vertreter der Fortschrittspartei in der Kommission: „Die Reichsversicherungsordnung zu machen, sei die Aufgabe des schwarzen Hades.“ (Hört! hört! bei der Mehrheit. Zurufe links.) Die Bildung eines mehr nach links gerichteten Arbeitsbunds scheiterte so erst an den utopistischen Forderungen der Sozialdemokratie, dann an den früheren Randschleppern, den jetzigen Wusensfreunden der Sozialdemokraten, den Fortschrittlichen. Durch Freisinnige und Sozialdemokraten ist das Zentrum gezwungen worden, mit Konservativen und Nationalliberalen zu gehen und zahlreiche seiner Forderungen aufzugeben. — Die Sozialdemokraten versagen eben immer bei positiver Arbeit, und dadurch ist das Zentrum zu Zugeständnissen gezwungen worden. Gewiß haben die Arbeiter in den Orts- und Betriebskrankenkassen; aber man darf die Arbeiter in den Orts- und Betriebskrankenkassen; aber man darf doch nicht sagen, sie sind enttäuscht worden, denn bisher hatten sie ja überhaupt kein Recht. Jetzt haben sie, wenn auch keine Rechte, so doch Leistungen in den Landkrankenkassen bekommen. Wäre die Reichsversicherung nicht zustande gekommen, so wäre die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter in Preußen durch Partikulargesetz im Landtag geregelt worden, und sicher schlechter als hier. (Zustimmung im Zentrum.) Deshalb lassen die Angriffe der Sozialdemokraten und fast; sie greifen uns an, weil wir sozialpolitisch vorwärts drängen, und dabei nicht so schnell vorwärts kommen, wie wir wünschen, weil sie uns im Stiche lassen. (Sehr gut! im Zentrum.) Der Abg. Fischer hat nur geschildert, was die neue Versicherungsordnung nicht enthält. Dabei kann natürlich eine objektive Beurteilung dessen, was es im Vergleich mit dem bisherigen Gesetz bringt, nicht gewonnen werden. Charakteristisch ist auch, daß Fischer an dem Verhalten der Fortschrittlichen Volkspartei gar nicht Kritik übte, obwohl gerade diese Partei in der Kommission gar nicht versucht hat, die Versicherungsordnung auszubauen. Wir haben uns die größte Mühe darum gegeben, aber wir sind dabei von den augenblicklichen Wusensfreunden der Sozialdemokratie im Stich gelassen. — Herr Fischer hat uns alle Forderungen unserer korrupten Sozialpolitik seit zwanzig Jahren gezeigt. Ah! Wir sind so wenig abhängig vom Zentralverband deutscher Industrieller, wie von den Sozialdemokraten. Wir geben

unsere eigenen Wege, unbekümmert um die Vorwürfe von rechts und links. — Die Behauptungen des Herrn Fischer über die Verhältnisse der Essener Krankenkasse sind unrichtig; übrigens gehört dieser Krankenkasse kein christlich organisierter Arbeiter an. (Hört! hört! im Zentrum.) — Herr Fischer war dem Zentrum vor, daß es nicht für die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre bei der Altersrente gestimmt habe. Dabei hat auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Jena sehr lebhaft Herr Röllken sich gegen diese Forderung gewendet. (Hört! hört! im Zentrum) und betont, das würde den Grundbesitzern nützen, nicht den Industriearbeitern. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Parteitag hat dann auch damals, 1905, den Antrag auf Herabsetzung der Altersgrenze abgelehnt; heute, 1911, wird uns dasselbe als größtes Verbrechen angedreht. (Hört! hört! im Zentrum.) Mit diesen Herren, die heute als Arbeiterberrät leugnen, was sie gestern für die Arbeiter gefordert haben, ist es eben nicht möglich, positive Sozialpolitik zu betreiben. (Lebhafte Bravol im Zentrum.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Das Späteste an der spähhaften Rede des Abg. Beder war der Vorwurf, die Parteien der Linken hätten ihren Standpunkt gewechselt, und speziell wir hätten positiv in der Kommission nicht mitgearbeitet. Das Zentrum hat einen Berg von Anträgen in der ersten Lesung der Kommission gestellt, sie aber sämtlich in der zweiten Lesung zertrüffelt. Das kennzeichnet seine papierne Sozialpolitik. Spähig war auch, daß der Abg. Beder von unserer Luftefreundenschaft mit der Sozialdemokratie spricht. Wichtig ist, wenn er sagt, das Zentrum kümmert sich nicht um die Angriffe von rechts und links; denn in der Tat geht es unbekümmert um diese Angriffe bald mit den Konservativen, bald mit den Sozialdemokraten, — man braucht nur an die letzten Wahlen zu denken. (Heiterkeit bei der Volkspartei.) Herr Beder liest, wie er sagt, alle Perle, nur scheint ihm dabei vieles zu entgehen — offenbar leidet er an einer Verengung des Gesichtsfeldes. Bei Beder's Rede mühte man lebhaft an das alte Wort denken, daß wer sich gar zu heftig verteidigt, anlagt. In der Tat ist das Gesetz zustande gekommen mit Hilfe des Zentrums — ganz nach den Wünschen der Konservativen. (Bravol bei der Volkspartei.)

Von dem Abg. Mollenhuth (Soz.) geht ein Antrag auf Vertagung ein.

Vor der Abstimmung über diesen Antrag bezweifelt Abg. Mollenhuth (Soz.) die Beschlußfähigkeit. Da das Bureau sich über die Beschlußfähigkeit oder Beschlußunfähigkeit nicht einig ist, erfolgt Namensanruf, der die Anwesenheit von 228 Abgeordneten ergibt. Der Vertagungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Beder-Arnberg (Z.): In bezug auf den Beschluß des Jenerer Parteitags, den ich vorhin anführte, werden die Sozialdemokraten vielleicht den Invalidentenparagrafen anders angewendet wird als früher. Aber das stimmt nicht. — Gegenüber dem Abg. Mugdan bemerke ich, daß ich kein verengertes Gesichtsfeld habe, sondern sehr gut sehe.

Abg. Mollenhuth (Soz.):

Der Abg. Beder sprach von einem Parteitagbeschlusse von Jena. Auf dem Leipziger Parteitag im Jahre 1909 hat die Sozialdemokratie eingehend zur Reichsversicherungsordnung Stellung genommen und dabei sich in einer Resolution für die Herabsetzung der Altersgrenze ausgesprochen. Das mühte Herr Beder, und wenn er es verschwiege, so war das jedenfalls eine Art Taktik, wie sie in München-Gladbach gelehrt wird. Daß ich 1905 mich dagegen gewendet habe, ist richtig, das hätte Herr Beder auch aus den stenographischen Berichten des Reichstages ersehen können. Ich habe inzwischen, wie ich ihm auch privatim mitgeteilt habe, meine Ansicht geändert, nicht aus Grund einer theoretischen Untersuchung, sondern durch die Erfahrungen der Praxis. Herr Beder sagte, die Rentenentziehung hätte bereits 1901 eingesetzt. In der Tat aber wurden 1900 125 717 Invalidenrenten bewilligt, 1901 130 482, 1902 142 789 und 1903 152 882, also eine ständige Steigerung. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das waren die Zahlen, an die ich 1905 gedacht habe. Nach dieser Steigerung der Zahlen konnte man annehmen, daß im Laufe der Zeit jeder arbeitsfähige Invalidenrente erhalten würde. Aber im Jahre 1904 trat dann eine Wendung ein. Es wurden nur noch 140 092 Renten bewilligt, also 12 700 weniger, 1905 dann wieder 17 000 weniger als 1904 und 1906 war die Zahl der bewilligten Renten auf 110 000 zurückgegangen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Da war also die

Rentenentziehung eingetreten, deren treibendes Motiv die Rücksicht auf den Reichszusatz war. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Eins muß vor der Öffentlichkeit festgestellt werden: solange ich im Reichstag bin, ist abgesehen vom Zolltarif, noch nie ein Gesetz in der Weise zustande gekommen, wie die Reichsversicherungsordnung. Die Kommission hat Sonderkommissionen gebildet, und aus diesen wurden die Parteien, die eine wirkliche Reform wollten, ausgeschlossen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Man hat also Kommissionen gebildet, die den Parteiverhältnissen nicht entsprechen. — Dann ist gefagt worden, die Kosten unserer Anträge stellten sich auf 200 Millionen Mark. Als aber unsere Anträge bekannt wurden, ging durch die Zentrumspresse ein Artikel: 700 Millionen Mark Mehrbelastung. Diese Zahl war der Denkschrift der Regierung entnommen, welche diese der Kommission nach Berechnung der Wirkungen unserer Anträge übergeben hat. Diese 700 Millionen werden verlangt für die notwendigen Zwecke, wie Schwangerenfürsorge usw., und würden eine Erhöhung der Beiträge bedingen, die die Arbeiter gern auf sich nehmen würden. Deshalb fängt man jetzt an, diese Summe in die Höhe zu treiben, und bei den Wahlen wird in den München-Gladbacher Flugblättern sicher schon von 5 Milliarden die Rede sein. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Beder hat ein Klagegeden gesungen, daß wir nicht mit dem Zentrum gegangen sind. Wir sind von jeder für eine

Vereinlichung der Krankenversicherung

eingetreten, Sie aber sind für die Innungs- und Betriebskrankenkassen eingetreten. Beder sagt, Sie mühen, weil wir nicht mit Ihnen gingen, manche Zentrumswünsche der Rechten zuliebe zurückstellen. Ah! solche Wünsche haben Sie sehr gerne aufgegeben, selbst die Rechte scheint zuweilen arbeiterfreundlicher als das Zentrum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Versicherung der Landarbeiter hätten Sie bereits vor 27 Jahren mit der Linken durchsetzen können. Wenn Sie diese alte Sünde jetzt gutmachen wollen, dürfen Sie uns doch nicht zumuten, das als große Ertrugenschaft zu preisen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Beder sagt, von Entredung könne man nicht sprechen bei den Landarbeitern, weil sie noch keine Rechte hatten. Im Königreich Sachsen sind durch Landesgesetz die Landarbeiter den Industriearbeitern in bezug auf die Krankenversicherung gleichgestellt; diese verlieren unmittelbar ihre Rechte durch die Reichsversicherung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben es verstanden, die Regierungsvorlage noch sehr erheblich zu verschlechtern. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was hätte das Zentrum gesagt, wenn die Regierung ein Ausnahmegesetz gegen Kassen eingebracht hätte, um die Beamten, die dem Zentrum angehören, herauszubringen, und für die Beschuldigungen keinen Beweis erbracht hätte. In der Tat ist von allen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie nichts übrig geblieben, als die Tatsache, daß viele Mitglieder der Kassen Sozialdemokraten sind. Und daraus begründet man die Entredung der Arbeiter. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Mit dem Zentrum!“) Der Staatssekretär sagt, die Kassen sollen neutralisiert werden. Will er sie ganz aus dem politischen Leben herausnehmen, so muß er sie auf den Mond versetzen. In Wahrheit will man

5000 Militärrenten in die Stellen von Krankenkassenbeamten bringen, Inzeratentia! verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

und Schwegen wird man ähnlich 5000 Kassenbeamte an sozialdemokratischen Agitatoren erklären. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Gesetz soll ein Arbeitergesetz sein; aber seine einzelnen Bestimmungen sind viel unklarer gefagt als in den bisherigen Gesetzen; statt Vereinfachung zu bringen, wird es daher nur Verwirrung stiften. (Bravol bei den Sozialdemokraten.)

Hiermit schließt die Generaldiskussion. Ein Vertagungsantrag wird angenommen. Persönlich bemerkt Abg. Beder (Z.), ihm sei die Resolution des Leipziger Parteitages nicht bekannt. Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Spezialdiskussion und Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung, schwedischer und japanischer Handelsvertrag.) Schluß 1/7 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Wer regiert?

Die Vereinigten Staaten bieten jetzt köstliche Weisspiele für den systematischen Kampf zwischen Staat und Kapital um die Herrschaft. Der Truistummel zieht immer weitere Kreise. Jetzt soll die Untersuchung gegen den Stahltrüff durch eine Kongreßkommission beginnen. Die Truistulte legen Gegenstände scheinbar harmlos, als durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt, beginnen die Eisen- und Stahlpreise zu sinken. Ah! — und dies ist das Beachtenswerte dabei — gleichmäßig und sichtlich durch die einheitliche Leitung des Stahltruffs kommandiert, sondern sprunghaft, von sogenannten freien und auch von Truisturken ausgehend. So hat die Republic Iron and Steel Co., eines der großen amerikanischen Stahlwerke, das dem Truff nicht angehört, seine Preise für Träger und sonstigen Verkaufs gleich um drei Dollar herabgesetzt. Die Pittsburger Werke des Stahltruffs, die Carnegie Steel Co., und etliche andere Truffunternehmungen sind mit der gleichen Preisermäßigung gefolgt. Verschiedene Werke machen bekannt, daß sie an eine Ermäßigung ihrer Preisforderungen nicht denken. Jetzt also allgemeine Preisschwankungen auf dem Stahlmarkt. Was will da die Kongreßkommission untersuchen? Die Preise sind ja zurzeit gar nicht durch den Truff gleichmäßig bestimmt, sogar die ihm angehörenden Werke gehen in ihren Preisforderungen auseinander. Der Stahltruff ist demnach ein durchaus harmloses Gebilde, dem man natürlich nicht an den Krügen gehen kann!

Ein Scheinmander nennen es die Eingeweihten, die die Dinge kritisch betrachten. Aber die große Masse wird den Beteuerungen Tasts und seiner Republikaner glauben müssen: die Truffs sind ganz harmlose Unternehmungskühe, die nichts weiter tun, als dem geliebten und guten Arbeiter schöne Arbeit zu verschaffen!

Wie weit die Macht der wirklichen Herren im Staate geht, wird in den allerersten Fällen erkannt. Das Geld der Vereinigten Staaten ist in wenigen Händen vereinigt; diese bestimmen, ob gutes oder schlechtes Wirtschaftswetter sein soll! Jetzt sind sich verschiedene Gruppen der Hochfinanz, die sich noch vor kurzem feindlich gegenüberstanden, zu „freundschaftlicher“ Arbeit nähergetreten. Die Rockefellergruppe, Kuehn, Loeb u. Co., und J. P. Morgan übernahmen vor einiger Zeit gemeinsam die zweitgrößte Aktienbank der Union, die National City Bank, gehört schon dem Rockefellertruff, während die drittgrößte, die First National Bank, Herrn Morgan gehört. Diese drei Banken verfügen zusammen über in jedem Moment benutzbaren Goldbestand von mehr als 600 Millionen Mark. Diese Summe kann zu jeder Zeit auf den Geldmarkt geworfen und ihm wieder entzogen werden. Aber das Goldmeer ist damit noch nicht erschöpft, dessen Schleiementore die wenigen Herren von Rammons Snaden dirigieren. Morgan allein hat die Aktienmajorität in vier Nationalbanken mit 14 000 Millionen Mark Aktien, in acht Truffkompanien mit 1350 Millionen und einer Versicherungsgesellschaft mit 1500 Millionen Mark! Außerdem dominiert er noch in Eisenbahnen- und Industrie-gesellschaften, die über 14 000 Millionen Mark Kapital verfügen. Viele andere Morganunternehmungen sind nicht nachweisbar. Morgan und mit ihm einige Geldfreunde können durch Einberufung großer Darlehen oder durch das Ausgeben von Geld zu Verteidigungszwecken die Kurse der Börsen beeinflussen, Papiere kaufen oder verkaufen, wie sie wollen und wie sie wünschen! Sie können aber auch die Preispolitik auf dem Stahlmarkt beeinflussen, die Preise wichtigster Waren steigen oder fallen lassen, ganz Amerika ist in ihren Händen.

Gegen diese Truffmacht geht der politische Krieg. Es ließe sich durch das Gesetz und die Staatsautorität viel erreichen, aber — viele dieser unscheinbaren Wörtchen spielen da eine Rolle. Wenn es den Truffs ernstlich an den Krügen geht, hat Amerika allen Grund zu zittern. Die Regierungspartei der Vereinigten Staaten mit ihrem Takt an der Spitze will auch nur so tun, als wolle sie die Truffherrschaft brechen. Sie machen Wahlpolitik. In Deutschland sieht es in mancher Hinsicht auch nicht wesentlich anders aus. Die Macht der Deutschen Bank allein, für die alle und jede Gesetzgebung und Regierungskunst „tabu“ ist, hat schon manche wirtschaftliche Störung verursacht. Der Staat will seine eigenen Lieblingskinder nicht tötschlagen. Das ist eine Arbeit, auf die die Arbeiterbewegung sich einzurichten hat.

Maßnahmen der Reichsbank.

Bei der Reichsbank besteht die Praxis, den Ultimobedarf des Entleiher mit einem Zinsendienst von 10 bis 14 Tagen zu belasten. Aus diesem Grunde entziehen Darlehensnehmer der Bank vielfach für längere Zeit, als es ihre direkten Bedürfnisse bedingen, größere Summen. Durch Ausleihen an der Börse oder durch Vergabe als tägliches Geld decken sie dann einen Teil der sie belastenden Ultimoprämie. Das hat zu einer außerordentlichen Zinsanspruchnahme der Bank zum Zwecke der Ultimoregulierungen geführt. Um diesem Uebelstande abzuwehren, hat die Reichsbank beschlossen, daß ab Ultimo Juni für die über den Quartalsultimo hinausgehenden und für die am ersten Werktag des Kalendervierteljahres nicht entnommenen Darlehen ein Zinszuschlag für 10 Tage zur Verrechnung gelangt. Lombardbestände, die den Betrag von 80 000 Mk. nicht übersteigen, sollen von jeder Verteuerung freigelassen werden. Ultimointnahmen im Warenlombard sollen nicht verteuert werden.

England als Geldgeber. In einem im Liberal Colonial Club gehaltenen Vortrag berechnete der Bankier Sir Edgar Speyer, daß England seine Bevölkerung in 60 Jahren um 60 Proz. vermehrt und sein Nationalvermögen vervierfacht habe. Dem Auslande hat es 8 1/2 Milliarden Pfund zuzuflehen lassen. Die Hälfte dieser Summe ist nach den englischen überseeischen Besitzungen gewandert, die andere Hälfte haben fremde Länder aufgenommen. Aus den im Auslande errichteten Anlagen bezieht England im Jahre 1911 circa 190 Millionen Pfund an Zinsen. Die Kolonien zahlen im Durchschnitt 1 Proz. weniger Zinsen als das Ausland. Den Godanken, fremdes Getreide unter Bevorzugung der Kolonien mit Zinsen zu belasten, wies der Redner als unpraktisch ab.

Druckerei u. Verlagsanstalt Raul Singer u. Co., Berlin SW.

19. Generalversammlung der Bergarbeiter Deutschlands.

Bochum, 28. Mai 1911.

Fünfter Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Sitzung wurde zunächst beschlossen, die gestrigen beiden Referate von Waldhider und Pokorny als Agitationsbroschüren zu drucken.

Statutenberatungskommission

Den Bericht. Der Kommission waren 264 Anträge überwiesen, davon hat sie 24 Anträge berücksichtigt, wodurch eine Abänderung von 24 Paragraphen im Statut und 3 im Streitreglement notwendig wird.

Der Beitrag pro Woche und Mitglied beträgt: Für alle Mitglieder, welche pro Schicht netto unter 3 Mark im Durchschnitt verdienen, 30 Pf.

Für die übrigen Mitglieder in denjenigen Revieren, wo der Durchschnittslohn pro Schicht sich zwischen 3 und 4 Mark bewegt, 40 Pfennig.

Für die übrigen Mitglieder in den Revieren, wo der Durchschnittslohn über 4 Mark beträgt, 50 Pf.

Die Mitglieder, die nach den Bestimmungen des Statuts weniger als 4 Mark pro Schicht verdienen, können trotzdem den 50 Pf.-Beitrag zahlen. Auch kann ein Revier oder Bezirk die Beiträge der höheren Klasse zahlen, wenn 60% Prozent der Zahlstellen oder der Mitglieder durch Urabstimmung sich dafür erklären.

Als Grundlage bei der Festsetzung der Beitragsklasse ist die Lohnstatistik des vorhergegangenen Jahres zu benutzen.

Bezüglich der Extrabeiträge heißt es:

Der Vorstand kann bei ganz besonderer Veranlassung einen Extrabeitrag bis zur Höhe von 8 Mark pro Jahr und Mitglied ausprechen. Wenn ein höherer Extrabeitrag erhoben werden soll, ist eine Entscheidung des Aktionsausschusses herbeizuführen.

Jedes Mitglied, mit Ausnahme der invaliden, kranken und arbeitslosen, ist verpflichtet den Extrabeitrag zu zahlen. Nichtzahlung hat die Entziehung der statutarischen Rechte zur Folge.

Die Gewahrgeltenunterstützung wurde in jeder Klasse um 2 Mark erhöht. Die bezüglichen Sätze lauten jetzt 12, 14, 16 Mark.

Die Streikunterstützung erfährt für jede Klasse eine Erhöhung um pro Woche 1 Mark; bei Streiks, die über 8 Wochen dauern, hat der Vorstand das Recht, die Unterstützung um 8 Mark pro Woche zu erhöhen.

Ferner soll das statutarische Sterbegeld auch dann bezahlt werden, wenn die Mutter stirbt und das betreffende Mitglied der alleinige Ernährer der Mutter war.

Des weiteren enthält der Vorschlag den bereits im Vorstandsbericht erwähnten Aktionsausschuss. Derselbe setzt sich zusammen aus Delegierten, welche direkt von den Mitgliedern jedes Bezirks aus ihrer Mitte mittels geheimer Abstimmung gewählt werden, ferner aus den Bezirksleitern und dem Gesamtvorstand und den Redakteuren. In der Regel bildet jeder Bezirk eine Wahlabteilung, die einen Delegierten und Stellvertreter aus der Reihe der aktiven Mitglieder wählt.

Die Kommission hatte die Beschlüsse, die sie der Generalversammlung unterbreitete, einstimmig gefaßt.

In der Diskussion, die nach kurzer Dauer durch einen Schlußantrag endete und in der nur einige wenige Delegierte gegen die Erhöhung der Beiträge opponierten, wurde der Antrag gestellt, noch eine freiwillige Beitragsklasse von 60 Pf. mit entsprechender erhöhten Unterstützungsfähigkeit einzuführen.

Danach referierte Sachse über den internationalen Bergarbeiterkongress

in London. Der Kongress soll am 24. Juli beginnen. Die internationalen Kongresse sind für die Bergarbeiter eine Notwendigkeit. Die Verkürzung der Schichtzeit wäre wohl noch nicht in dem heutigen Maße eingetreten, wenn nicht die internationalen Kongresse die Regierungen in den verschiedenen Ländern immer wieder darauf aufmerksam gemacht hätten.

Als Delegierte wurden gewählt: Hue-Essen, Waldhider-Bochum, Ehring-Rühlheim-Pohlhausen, Zöll-Waldenburg-Garbe-Halle, Krause-Lugau, Leimpeters-Saarbrücken, Joemann-Oberhausen, Liepmann-Langendreer, Karstenberg-Gelsenkirchen, Plämann-Bellinghofen.

Dann referierte Verbandssekretär Witt-Bochum über den Dresdener Gewerkschaftskongress.

Die Generalversammlung nahm sein Referat beifällig auf und wählte 28 Delegierte nach Dresden.

Bei der Vorstandswahl wurde zunächst einstimmig beschlossen, daß der alte Ludwig Schröder unter Fortbeziehung seines Gehalts dem Vorstand in Zukunft als Ehrenmitglied angehören soll. Der Beschluß wurde mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Als Beisitzer wurden gewählt: Jungesblut-Ebing, Fischer-Raar, Ehring-Rühlheim, Widen-Glabbed, Klare-Altenessen, Weber-Bochum, Rauschenberg-Wattensteind, Brinlmann-Hörde.

Als Kontrolleure: Mundsdorf-Oespel, Weder-Essen, Rauermann-Langendreer, Linke-Dorffeld, Gerichmann-Gelsenkirchen, Gerlach-Oberhausen, Plämann-Bellinghofen.

Als Redakteure: Hue-Essen, Wagner und Adamek-Bochum.

Bei der Beschlußfassung über die allgemeinen Anträge wurde bestimmt, daß nur solche Mitglieder als Delegierte zur Generalversammlung gewählt werden können, die mindestens 2 Jahre dem Verbande angehören; das gleiche gilt auch für die Mitglieder des Aktionsausschusses.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Sachse ließ sie in einem begeisterten Schlußwort Revue passieren.

Er hob die Sachlichkeit der Verhandlungen hervor und den günstigen Eindruck, den sie auch in anderer Beziehung vor den Versammlungen früherer Zeiten machten. Während in früheren Zeiten vor einem großen Teile der Delegierten das Schnapsglas stand, ist dies nicht bei einem einzigen mehr zu verzeichnen; ein Beweis, daß die Arbeiterbewegung ein Kulturfaktor in jedweder Beziehung ist.

Die nächste Generalversammlung findet über zwei Jahre in Hannover statt.

Zum Pfingstfest

haben wir uns selbst überboten, um Ihrem Verlangen nach wirklich

moderner schicker solider Kleidung

jeglicher Art für Damen und Kinder zu durchweg

ungewohnt billigen Preisen

zu genügen.



Leinen-Kostüm 23.50



Kinder-Kleidchen 3.50 Batist-Kleid 16.00

Poiet-Mantel 12.75

C. & A. Brenninkmeyer

König-Strasse 33

Sonntag, den 28. Mai, ist unser Geschäft bis 6 Uhr geöffnet.

am Alexander-Platz

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielsplan.)

Freie Volkshöhle:
Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 3 Uhr.
Thalia-Theater: 7/8. Abteilung (Gruppe 31-35): Moral.
Neues Schauspielhaus: 10. Abteilung (Gruppe 41-44): Agnes Bernauer.
Gerritsch-Theater: 11. Abteilung (Gruppe 46-48): An des Reiches Pforten.
Montag, den 29. Mai, abends 8 Uhr:
Neues Schauspielhaus: 17. (IV.) Abendabteilung: Eine Million.
Neue Freie Volkshöhle:
Sonntag, den 28. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr.
Deutsches Theater: Simson und Delila.
Kammerspiele: Götter.
Nachm. 3 Uhr:
Neues Volks-Theater: Der Vielgeprüfte.
Schiller-Theater O.: Der große Name.
Schiller-Theater Charlottenburg: Japantreich.
Neues Theater: Lartuff. — Die Geschwister.
Neues Operetten-Theater: Der Götterengel.
Metropol-Theater: Mamsell Nitouche.
Kleines Theater: Nur ein Traum.
abends 8 1/2 Uhr:
Neues Volks-Theater: Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag: Der Vielgeprüfte. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend: Roter Lampe.

Schiller-Theater O. Ballner:
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Der große Name.
Sonntag, abends 8 Uhr: Revolutionshochzeit.
Montag, abends 8 Uhr: Der große Name.
Dienstag, abends 8 Uhr: Der Traum ein Leben.

Schiller-Theater Charlottenburg:
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Zapfenstreich.
Sonntag, abends 8 Uhr: Husarenfleber.
Montag, abends 8 Uhr: König Heinrich.
Dienstag, abends 8 Uhr: Revolutionshochzeit.

Neues Theater:
Täglich:
Mein erlauchter Ahnherr.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Theater:
Abends 8 Uhr:
Hummelstudenten.
Morgen: Hummelstudenten.

Theater des Westens:
Abends 8 Uhr:
Die lustigen Abteilungen.
Sonnt. 3/4 Uhr: Ein Walzertraum.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus:
Sonntag, den 28. Mai, 8 Uhr:
Kasernenluft.
Montag: Kasernenluft.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Operndorleuß.
Mittw., Donnerstag: Kasernenluft.

Lustspielhaus:
Nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator.
Abends 8 Uhr: Meyers.

Luisen-Theater:
Nachm. 3 Uhr: Letzte Aufführung: Aus erster Ehe.
Abends 8 Uhr und Montag 8 Uhr: Letzte Aufführungen:
Ohne Mutter.
Ab 1. Juni täglich 8 Uhr: Neue Heimat.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Radmilch 3 Uhr:
Auf nach New York.
Ab. 8 Uhr: Der fremde Blick.
Vorher: Die Verlobung im Bett.
Auf der Gartenbühne täglich 5 Uhr: Theaterstück, Konzert, Spezialitäten.

Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Letzter Sonntag des großen Radprogramms.
9 1/2 Uhr: Berlin's Sensation:
Um ein Weib.
Großes amerikanisches Lustspielungs-Sensationsstück in sieben Akten.
Wie geübene Effekte.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton als Mische im Hofeuro.
Anfang heute 7 1/2 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Sonntag und Montag 8 Uhr:
Lebende Tierbilder von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag 50 Pf.
Eintritt Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Militärkonzert.
Morgen sowie täglich:
Großes Konzert.

Reise am ZOO
Geöffnet 10-5
Eintritt 1 Mk
Loose à 1 Mk

Metropol-Theater.
Nachm. 3 Uhr: Mamsell Nitouche.
Abends 8 Uhr: Rauschen gestattet.
Hohheit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von R. Freund.
Musik von Rudolf Nelson.
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.

Passage-Panoptikum
Lebend!
Hede Kosch
das Mädchen aus Steintzeit!
Das Urbild der Menschwerdung, und die anderen Schanzattraktionen.
Ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Kammerspiele der Hunde.
Ota Gygi, Violinvirtuose.
Alt-Bonner Studenten und das große Mai-Programm!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzenchen.
Liebesdrama in 3 Akten v. R. Nisch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

WINTERGARTEN
Neues Programm!
LA TORTAJADA.
The surf Bathers
eine Idylle am Meerestgastado.
De Dio
in ihren neuesten Schöpfungen von Phantasietänzen und der von Publikum und Presse glänzend beurteilte Mai-Spielplan.
— Rauchen gestattet. —

Casino-Theater
Votbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Letzter Spielmonat vor den Ferien.
Gastsp. d. berühmten Theaterregisseur: Leben und Treiben im Kaufhaus.
Dazu d. gr. Lachserfolg in dieser Saison „Zwei Wappen“.
Sonntag 3/4 Uhr: „Marianne“.
Königstadt-Kasino.
Gölnmarktstr. 72.
Sensationeller Erfolg:
Flachshaar als Erzieher.
The 3 Luisesets. Otto Bayer.
Quatt Heinrich. Anita Ravera usw.
Anfang 4 1/2 Uhr, Sonntag 4 1/2 Uhr.

Konzert-Etablissement Friedrichshain Am Königsplatz
Montag, 5. Juni (2. Pfingstfeiertag):
Grosses Doppel-Konzert
des Gesangvereins „Liberté“ (M. d. D. A. S. B.) und des Philharmonischen Blasorchesters (50 Künstler)
Dirigent: Herr Franz v. Blon.
Abschieds-Konzert vor seiner Abreise nach Schottland.
Beginn des Konzerts nachmittags 4 Uhr.
Im Saale von 6 Uhr ab: Tanz.
Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im Saale statt.
Einlaßkarten im Vorverkauf inkl. Programm 30 Pf.
sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften zu haben, im Gewerkschaftshaus Engelauer 15, Zimmer 39/40.

Neue Welt.
Amerikanischer Vergnügungspark, Hasenheide.
Große Spezialitäten-Vorstellung
„Die gute alte Zeit“
Komische Ballettpantom. v. Alfred Appolino, kgl. Ballettmeister a. D.
Großes Promenaden-Konzert.
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett, Gebirgsbahn, Cake walk u. a. — Heute Eintrittspreis 25 Pf.
Sonnabend, den 3. Juni 1911:

Moerners Blumengarten
Ober-Schöneweide.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Militär-Konzert.
Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
Pfingsttag 1. feiertag: Garde-Kürassiere.
2. u. 3. „ Garde-Füsiliere.
Avis! Empfehle meine neu und hochmodern renoviert und vornehm ausgestatteten Festsäle Koppenstraße 29 vorm. L. Keller zur Festlichkeiten jeder Art.
Auch sind einige Sonnabende und Sonntage noch zu vergeben.

Vergnügungspark Jungfernheide
Tegeler Weg 74/75. 6000 Sitzplätze.
Schönstes und größtes Vergnügungs-Etablissement Charlottenburgs.
Heute sowie jeden Sonntag: **Militär-Konzert, Feuerwerk, Gr. Ball.**
Im Sommer-Theater: **Die Spree-Athener.** Dir.: Max Zerner.
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf., Kinder frei.
Kaffeeküche, Volkabteilungen.
Vereinen, Gewerkschaften, Robriken usw. zur Abhaltung von Sommerfesten, Kinderfesten usw. bestens empfohlen.

Schwarzer Adler
Richard Arnold's Lichtenberg, Frankl. Chaussee 5
Sonntag, den 28. Mai:
Großer Ball.
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
Großes Früh-Konzert u. Spezialitäten.
Ab 1. Pfingstfeiertag täglich Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Sonntag u. Mittwoch: **Großer Ball.**

Wichtig! Teltow. Bei Anlässen nach den weltlichen Vor- und Parteinagen mein Garten-Restaurant. Bediente Regelmäßig. Möbige Preise. Spezial-Ausgang von Potsdamer Stangenbier. Gustav Rudolph, Mitgl. d. Verbandes freier Gastwirte.

Fasse partout für 4 Personen
zu der am Sonntag, 28. Mai, stattfindenden **Spezialitäten - Vorstellung** in **Neumann's Volksgarten**
früher Mente, Röderstr. 23/29, am Bahnh. Landeb. Allee.
Bitte ausschneiden!
1. Pfingstfeiertag: **Früh-Vorstellung und Konzert** des 4. Sozial. Wahlvereins.
2. Pfingstfeiertag: **Früh-Vorstellung und Konzert** d. Konsumgenossensch. Berlins u. Umg. 17. Abt.

Excelsior-Lichtspielhaus, Rixdorf, Passage, Bergstr. 151-152, Richardstr. 12.
Vom 27. Mai bis 2. Juni einschließlich:
Max und seine Schwiegermutter. Um die Fahne. Müller als Lebensversicherungsgent.
Der Unglückstag Paris-Madrid und die übrigen Neuerscheinungen.

Folies Caprice.
Nur noch wenige Tage:
III. Klasse.
Ab 1. Juni
Parisiana-Ensemble.

una-Park
Sensationelle Attraktionen!
Translatoren- und Militär-Konzerte, Gebirgsbahn, Wasser-Rutschbahn, Lachhaus, Moulin Rouge, Marionettentheater, Yanagra-Theater, Bayerndorf usw. usw. Eintrittspreis 50 Pf.
Sonnabend, den 3. Juni 1911:
ELITETAG.
Eröffnung der großen Völkerschau „Cairo“, der weltber. Lichtschau Johnstons, Untergang des Hippodroms Lehmann, Feenh. Parkbel.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Heute 2 Vorstellungen, nachmittags und abends.
Das prunkvolle Eisballott Montreal.
Die Stadt auf Schlittschuhen. 100 Mitwirkende 100 Feenhafte Ausstattung. Apachen-Tänze auf dem Eis. Einöshofer-Konzert.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassonpreise. Erstklassige Restauration. Bier- und Weinabteilung.

Voigt-Theater
Schuldrücken, Badstraße 68.
Sonntag, den 28. Mai 1911:
Letzte Vorstellung der Winterferien. Bei günstiger Witterung im Garten. **Ein vorsichtiger Mann.**
Voltsstück mit Gesang in 3 Akten von G. v. Moser und G. Jacobsohn.
Kasseneröffnung 6, Anfang 7 Uhr.

Herrnfeld Theater
Das Zeichnungs-Souper. Die Bar-Zwischer. Ein Verlobungs-Geschäft. Schluss diesjähriger Saison am 31. Mai a. e. Wiedereröffnung am 1. August a. e.

Konzert-Park
Friedrich-Wilhelmst. Schauspielhaus
Chausseestr. 30. Karl Richter.
Täglich großes Konzert.
Sonntags Anfang 5 Uhr
Wochentags 7
Eintritt 20 Pf.
Dauerkarten gelten.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Sonntag, den 28. Mai 1911:
Letzte Vorstellung:
Das verlorene Paradies
oder: Der Streik.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung:
Tanz.

Zirkus Busch
Sonntag, den 28. Mai:
2 große Gala-Vorstellungen 2 nachmittags 3 1/2 Uhr und abends 8 Uhr.
Um 3 1/2 Uhr hat jeder Erwachsene ein angehöriges Kind unter zehn Jahren auf allen Sitzplätzen frei, weitere Kinder unter 10 Jahren halbe Preise. Galerie volle Preise.
In beiden Vorstellungen:
Ein Jagdfest am Hofe Ludwig XIV.
In beiden Vorstellungen: Die Predants, Reifkünstler. Der urkomische Hans-Johann. Ermastov, der Meister indischer Kriegerwaffen. Vorführen u. Reiten der bestref. Schus, Freileits- und Springherde. Auftreten familiärer Clowns mit neuen Stücken.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brannenstraße 16.
Letzte Vorstellung vor Pfingsten!
Die Hochzeitsreise.
Lustspiel in 2 Akten von R. Benedig. Vorher: Ein bengalischer Tiger. Bei schön. Wetter Vorherg. im Garten.

Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Hasenheide 13-15.
Täglich: **Grillfische Theater** und **Spezialitäten-Vorstellungen.**
Zeitbedachter Theatergarten, bei ungünstiger Witterung Schutz bietend.
Donnerstag: **Elitetag.**

Berliner Prater-Theater
Rastanien-Allee 7-9.
Große **Spezialitäten-Vorstellung.**
Konzert, Theater und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vollständige Eröffnung der Sommerferien
am 1. Pfingstfeiertag.

Nibles Fest-Säle
Dennewitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
16076 C. Nible.

Mila-Säle
Schönhauser Allee 130.
Jeden Donnerstag und Sonntag:
Cavalier-Ball.
Entree, Garderobe u. Tanz 20 Pf.
Anf. 8 Uhr. Carl Elsner.

Burgtheater.
Festsäle und Kinematograph
vorm. Greterjan, Inhab.: Rud. Merz, Schönhauser Allee 129. Tel. 3. 9353.
Festsäle für Versammlungen, Hochzeiten u. Vereine. 4 hochsolide Kegelbahnen. Mittagstisch zu billig. Preisen.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 und 40 Pf., Kinder 10 Pf.
Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Markgrafen-Säle
34, Markgrafen-Damm 34.
An der Strolauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische Unterhaltung. Vorzügliche Küche, ff. Biere u. Weine, Billard u. Kegelbahn

Alhambra
Köllner-Theaterstraße 15.
Jeden Sonntag: **Großer Ball**
Großes Orchester. Anfang Sonntags 5 Uhr. A. Zamiatat.

Ludwig Hofmanns Parkschanke in Treptow
am Treptower Park No. 51
Ecke Karpfenteichstraße.
Beste Einkehrstelle ::

Anton Boekers Festsäle
Weberstr. 17. Tel.: Amt 7, 13414.
Empfehle keine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. Kleine und große Säle, großer Garten mit feststehender Theaterbühne sowie große Vereinszimmer stehen den größten Vereinskassen und Vereinen jederzeit zur Verfügung. Ergebenst
Anton Boeker, Weberstraße 17.

Diez' Seeterrasse
Lichtenberg, Röhberstr. 11-13,
zwischen Landsh. Allee u. Hildebrandpl.
Heute Sonntag:
Ob Regen! Ob Regen!
Gr. Konzert. Wiederauftreten der
besten Turmsell-Künstler der Welt:
The Liepelt mit neuen Tricks, The
Reros, better Kopfbalancoakt der Welt,
Clown Dolly, wunderbarer Dressirakt,
Esel, Hunde, Affen usw.
Erstklass. Spezialitäten-Vorstellung!
Bestes Programm Berlins!
Gr. Ball. 15 Ruderboote.
Volkbelustigungen. B. umgibt Wetter
Schnur für 8000 Personen. Aufg. 3 Uhr.
Entrée einschließlich Theater nur 20 Pf.
Kinder frei! 2010b

Beim Vorzeigen dieses Inserats
4% Rabatt!
Damen
sparen Geld!
Im Engros-Lager
vermittelt v. 10 Uhr ab:
„Einzelverkauf“
Aparthe
Frauen - Spitzen-
Capes u. Fichüs
10-25 M.
Schlecke
Polizei-Mäntel,
elegante Kimonos
7 bis 50 M.
Schöne Ganz-
Schnur-Mäntel
5-30 M.
Sonntag, den 28. Mai, bis abends 6 Uhr geöffnet!

Gelogenheitskauf
hochleganter Modelle
Tuch, Etamine, Paletots
Tüll, Liberty
bedeut. unter Herstellungspreis.
Spez. Extraweil. Letzter Damen.
Elegante
Frauen-Paletots
sparte Stickereien
15-50 M.
Anschliessende
Tuch-Paletots
Tailor made
in allen Größen
12-35 M.
Wister u. Haglans,
engl. Art. 6-25 M.
Loden-Paletots
126 cm lg. 6.50 M.
Kleider
Mädchen-
Paletots
3-10 M.
Hocheleg. Kostüme
blau u. Kammergrün
englische Art.
Sart und Leinen 15-60 M.
Max Mosczytz **Hein-Laden**
Berlin O.,
Landsberger Str. 59
Engros-Lager
am Alexander-Platz, 1 Teppich-
Wagen für im eigenen Interesse
auf die Gesamtsumme.

**Scherz-
Vereins-
Verlosungs- Artikel,
Papier - Mätrzen,
Lampions,
Radus - Instrumente**
in aussergewöhnlich
reicher Auswahl
Verlosung erhalten auf
die obenein schon
sehr billigen Preise
— Rabatt. —
Bernhard Keilich
Spielwarenhaus — 10 Schaufenster.
Grosse Hamburgerstrasse 21-23.

**Anzüge
Paletots
engl. Wister**
Anzahlung **5** Mark
an
wöchentlich **1** Mark
**Damen-
u. Kinder-
Konfektion**
Anzahlung **3** Mark
an
wöchentlich **1** Mark
Beamten u. ausgezahlten Kunden
Ohne Anzahlung
M. Beiser
Lothringer Str. 67
Heute bis 6 Uhr geöffnet

Ernst Höllichs Krug zum grünen Kranze (Mittelpunkt der Erde)
Ober-Schönevide, Waldstr. 74. 4452b
Stationen: Sadowa und Nieder-Schönevide.
Haltestelle der Straßenbahn Schleich Bahnh. - Köpenick.
Friede
Sonntag: **Großer Ball.** 3 veredelte Kegelbahnen.
Rüde und Keller bestens empfohlen. **M. Höllich.**

phönix Brauerei
Akt. Ges.
Berlin N 20, Hochstr. 21-24
Ringfreie
Biere nach
Pilsener - Münchener Art
in Fässern und Flaschen.
Täglich
Große Frei-Konzerte.

W. Kube's Festsäle früher Feuerstein
Alte Jakobstr. 75. Fernsprecher Amt 1 No. 867.
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten. Brauch-
voller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Einige Sonnabende und
Sonnstage noch frei.
Wirtshaus
Schloß Woltersdorf bei Erkner, Zuhweg.
Kmt
Erkner 40.
empfehl. sich den geehrten Vereinen, Fabriken usw., Gewerkschaften zur
bieljährigen Dampfer- resp. Landpartie (bei größeren Gesellschaften Kaffe-
lochen 0.50).
Ebenso empfehle ich meine Personen-Dampfer. Abfahrt Stralauer Tor,
Dachbahnstation, Stadtbahn, Städtische Straßenbahn Barshauer Brücke.
Friedrich Saewert. Bestellungen am Dampfer auch dort.
Schultheißenstr. 11. 7. 729 u. 11595.

Für Pfingst-Ausflüge gibt's kein schöneres Ziel
für alle Partei-Vereine und
Gewerkschaften als das idyllisch am Vanger See bei Grünau gelegene
Strand-Restaurant Richtershorn.
Umgeben von altem Hochwald, bietet es von den Terrassen die
entzückende Aussicht auf das wunderbare Wasser-Panorama
des Vanger Sees und der Müggelberge. Größte Naturfrischeit!
Herrliche Waldspielplätze! Von Grünau zu Fuß
auf schöner Holz- und Wasserpromenade oder per Motorboot ab Restaurant
Büschholz - Grünau bequem zu erreichen. 2000b
Besonders geeignet für Motorboot- und Dampferfahrten.
Telephon: Amt Grünau Nr. 70. **Emil Mohr.**

Sophien-Säle Sophienstraße 17/18
Quarstraße der Rosenthaler Straße —
am Hackeschen Markt
Inhaber: **Johann Heideich**
empfehl. seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Hochzeiten, Ver-
sammlungen, Vorträgen und Kunstabenden usw. Vorzügliche Akustik. Aulant.
Einigen Sommer- und Winterabende im
Großer Saal noch Sonntag abends im
September, Oktober, November und Dezember frei.

„Tipp-Topp-Rollschuhe“
aus der Berliner Rollschuh-
Fabrik G. m. b. H. Berlin
Bülow-Str. 66
im Hause von Mix & Genest
hinter der Luther-Kirche
sind die besten der Welt!
Verkauf werktäglich direkt in der Fabrik, 2. Hof rechts, im Kontor, kein
Laden, in der Zeit von 9-7 Uhr. — Reparaturen billig und sachgemäß.
Mit Kugellager schon von 5. — Mark an bis 20. — Mark.

Phonographen-Katz
Alexander-Platz
gegenüber dem Bahnhof.
Fillialen in Berlin:
Dircksenstrasse 20 am Bahnhof
Alexandersplatz
Rosenthaler Strasse 24 Ecke
Gipstr.
Andreasstrasse Ecke Blumenstrasse
Chausseestrasse 92 gegenüber dem
Kaufh. Singer.
Hocheleg. Luxus-Apparat
Gehäuse Mahagoni poliert, mit ff. Bronze verguldet, mit 20 cm
grossem Blumentrichter, Ia Werk, u. neuester Konzert-
Schalldose, kompl. mit 10 versch. Stücken nach Wahl, jetzt **28.50**
Echte Grammophon-Apparate und Platten
(man achte auf die Schutzmarke) in grösster Auswahl. — Die
grössten Künstler der Welt, wie Caruso, Scotti, Hempel, Destinn,
Farrar usw., stets ohne Kaufzwang zu hören.
Man verl. d. neuest. Plattenkatalog p. 1911 u. Must.-Nad. gratis
Enorm billiger Verkauf!
Neu eingetroffen 10 000 25 cm grosse
Doppel-Platten,
darunter die neuesten Aufnahmen
aus Polnische Wirtschaft etc.
so lange Vorrat nur **85 Pf.**
Ferner 1500 Künstler-Walzen,
nur Original-Aufnahmen. **95 Pf.**
Jetzt 3 Stück
Auf Rollschuhe bis 50%
Rabatt
mit Präzisions-Kugellager, ff. vernickelt, Ia. Qualität
Jetzt Mk. **6.50** früher Mk. 12.50
Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

MANOLI
Cigarettes
Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Gustav Blumenfeld & Co. RIXDORF
gegenüber Berliner Straße 47-48 gegenüber
d. Rathaus d. Rathaus
Heute geöffnet
von 8-10 und 12-6 Uhr.

Achtung!
100 Cigarren gratis
Sammeln Sie Prämienscheine.
BERLIN N. 28.
H. Preuß Swinowänder Str. 84.
Zigarren-, Zigaretten- u. Tabak-Fabrik
und Versand-Haus.
Engros-Preisliste kostenfrei.
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
**Gardinen-
Fabrik**
Wallstr. 13.
Gardinen, Portieren
Tüllbettdecken etc.
Teppiche
von seltener Schönheit
u. Preiswürdigkeit.
Felle, Läuferstoffe, Divan-,
Tisch- u. Steppdecken,
Gobelins etc. etc.

Beinkranke
Dr. **Strahl's**
Institut.
Operellansloße Behand-
lung ohne Berufsstörung
über 2500 Dank-
schreiben.
Prospekt gratis.
Sehr billige Kur-
kosten.
Charlottenstr. 22.
Sämtlicher bei Leipsigen und Friedrich-
strassen. Prospekt 10-12 und 1-4 Uhr.
Sonntags nur 10-12. Prospekt gratis.
Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und
Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN — Preis 1 Mark.
71es Tausend. **Verlag Max Richter** Frankfurt, Oder
Bismarckweg.

Aeltestes Spezialhaus Berlins!
F. Bergmann & Sohn
Hauptlager: O., Andraustr. 53.
2. Lager: Charlottenburg, Kiehlstr. 18.
3. Lager: Weissensee, Berliner Allee 220.
4. Lager: Wilmersdorf, Berliner Str. 34.
Moderner Kastenwagen mit Gummi-
rädern und Porzellantritt 28.00. —
Klappfahrstuhl 6.75, m. Gummirädern
9.00. — Kinderbettst. 140 X 70,
abklappb. Seitenteil, Kopfhöhung
mit Dreimaststr. 18.50. — Bett-
stellen für Erwachsene m. Zugfeder-
boden 13.00. Polsterbettstellen 4.75.
— Größere Raten Kassapredl.

Robert Baumgarten
Damen-Konfektion
Engros Export
Hausvogelplatz 11
1. Etage (kein Laden)
schrägüber Untergrundbahn
(an der Jurasalomer Straße)
verkauft
auch einzeln
Paletots
Kostüme
Kostüm-Röcke
Blusen
Kimonos
Golf-Jackets
Mädchen-
Paletots.
Bei Vorzeigung dieses In-
serates an der Kasse werden
5% Rabatt vergütet.
Auch Sonntags geöffnet.

Beeilen Sie sich
und beschaffen Sie die letzten
17 Parzellen in Bevernied,
die ich sehr billig verkaufe.
— Güte gratis. —
J. Meier, Berlin, Montardstr. 5.
Zeun & Ellrich
Berlin N. 31,
151 Brunnenstr. 151
offiziellen
Roh-Tabake
verzollt und unverzollt, zu billig-
sten Preisen, z. B.:
Java-Amblat, 100 Stk. u. 1.50
— Versand gegen Nachnahme. —
Rohtabak
Sumatra-Decke, 2 Länge,
Vollbl. schneew. Br. 3 M.
Max Jacoby, Strelitzer Str. 52.

Reste
Damenstoffe, schwarz und
farbig, Kostüm-Stoffe, neueste
Muster, Trikot-Stoffe, Seiden-
Fächer, Sammete, Seide etc.
Konfektion
Paletots, Jackets, Regen-
mäntel, Kostüme und Kostüm-
röcke in grosser Auswahl.
C. PELZ
Kottbuserstr. 5.
Fredersdorf.
Land, Wasser, 100jährige Hochwald-
parzellen von 4 St. an **Mischer,**
Charlottenburg, Danfelmännstr. 33.

Heinrich Franck
Tel.: Amt III. 4352. Brunnenstr. 22. 8-7 Uhr geöffnet.
1908er Uckermärker Tabak sehr billig!
No. 1514, groß, blattig, leicht auf der Hand,
in Brand, bester Geschmack, versteinert. **93 Pf.**
per Pfund
Bei Abnahme von 50 Pfd. an 2% Extra-Rabatt.

Ohne Anzahlung!
Lieferer an Hofmann
bei Zahlung einer Monatsrate laut Vereinbarung und
bequemster Abzahlung
Garderobe f. Herren, Damen, Kinder
auf Kredit
neueste Fassons, grösste Auswahl
Wochenrate von 1 Mk. an
Möbel
Komplette Wohnungseinrichtungen
sowie einzelne Möbelstücke, Polsterwaren, farbige
Gardinen, Lein- und
Küchen, Portieren, Teppiche, Betten, Kronen, Kinder-
wägen etc. in modernster Ausführung.
S. DORN, Alte Schönhäuser Str. 3
Ecke Linienstrasse.
Heute bis 6 Uhr geöffnet.

Riesengroße!!
Lager kompletter
Wohnungs-Einrich-
tungen, Ergänzungs-
möbel, Küchen, Pol-
sterwaren eigener
Fabrikation, Schlaf-,
Speise-, Herren-
zimmer ermöglichen es
mir, solche jetzt
zu wesentlich
herabgesetzten Preisen
direkt an Private zu ver-
kaufen. Kostenlose Lager-
ung, Transport auch nach
auswärts frei!
Besichtigung lohnend!
Möbelfabrik
M. Hirschowitz
Berlin SO.,
Skalitzer Str. 25,
an der Hochbahn.
Heute, Sonntag, bis 6 Uhr
abends geöffnet!



A. WERTHEIM

G. M. B. H.

LEIPZIGER STR. 132-37 am Leipziger Platz

ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STRASSE



Montag, Dienstag,
Mittwoch

Extra-Preise

Montag, Dienstag,
Mittwoch

Damenwäsche

Taghemden Achselschl. m. Stickerei 1.90, m. Langgotten 1.95
 Taghemden Achselschluss, mit Madras-Passen 1.95, 2.35
 Taghemden Achselschluss, mit Stickerei 2.80
 Nachtjacken mit Stickerei und Umlegekragen 2.25, 2.70
 Nachtjacken mit Stickerei, halbfrei 2.10, 2.95
 Nachthemden mit Stickerei 3.75 bis 6.40
 Beinkleider Renforcé, m. Stick. 1.70 bis 2.45
 Weiße Stickerei-Rücke mit Ein- und Ansatz 4.75 bis 8.50

Garnituren:

Taghemden Achselschl. m. Stickerei 2.85, 2.90, 4.10
 Beinkleider dazu passend 2.40, 2.90, 4.40
 Nachthemden dazu passend 6.50

Weisse Blusen

Batist-Bluse mit Stickerei 2.45
 Mull-Bluse mit Stickerei und Spitze 3.25
 Mull-Bluse mit Stickerei und Spitzen-Einsatz 3.85
 Mull-Bluse mit Stickerei-Vorderteil 4.00
 Bluse aus Stickereistoff mit Stickerei-Motiv und Spitze 4.50
 Mull-Bluse mit Stickerei-Einsatz und Spitze 5.25
 Bluse aus Stickereistoff, mit Motiv-Einsatz und Spitzen-Passe 5.75 bis 6.25

Schirme

Sonnenschirm weiss oder beige, mit Stickerei-Einsatz 3.50
 Sonnenschirm weiss Leinen, mit bestickter Kante 8.75
 Bastschirm mit Naturstock 3.90
 Sonnenschirm Busteide, mit Stickerei, 12teilig 9.75
 Sonnenschirm Seide, mit Futural, verschiedene Farben 3.50
 Sonnenschirm Seiden-Tafel, m. Futural, neue Farben 7.75
 Damen-Regenschirm Halbschirm, mit farbiger Kante und Futural 3.90

Strumpfwaren

Damenstrümpfe Fil d'Ecosse, à jour, schwarz und moderne Farben 55 Pf., 1.05
 Damenstrümpfe extrafein, Musselgewebe, Ia Qualität 1.45
 Damenstrümpfe Fil d'Ecosse fein, mit seidnem oder durchbrochenem Zwickel 1.05
 Damenstrümpfe Seide, schwarz u. moderne Farben 1.55, 2.00
 Damenstrümpfe Fil d'Ecosse, Ia französisches Fabrikat, in allen modernen Farben 3.25
 Damenstrümpfe Seide, extrafein, in allen mod. Farben 4.00
 Herrensocken Ia Mako, Qualität fein 45 Pf.
 Herrensocken Ia Mako, schwarz oder lederfarbig 55 Pf.
 Herrensocken farbig gemust. 40, lang gestreift 70 Pf.
 Herrensocken reine Seide, in modern. Farben 1.80
 Kinderstrümpfe I und II, extrafein, 35 bis 80 Pf. schwarz oder lederfarbig, für ca. 1-15 Jahre.

Ganz besonders preiswert!

Ein grosser Posten

Damen-Kleider

Kleid aus imitiertem Leinen, mit Einsätzen, weiss und farbig früher 15 Mk., jetzt 9.75,

Jackenkleid aus Halbleinen, mit Einsätzen oder Kurbel garniert, weiss und ecru 11.75

Ständiger Verkauf:

Mode-Album 35 Pf.
 grosses Fotoformat, enthaltend Abbildungen von Damen-, Knaben- und Mädchen-Garderebe, sowie Wäsche und Schürzen, nebst genauer Beschreibung zur Selbstanfertigung. Preiszusendung durch die Post nach Einsendung von 55 Pfennig. (Ausland 95 Pfennig).

Der Nachtrag über Sommer-Moden ist zur Ausgabe gelangt.

Schnittmuster Jeder Kostüm- od. Kleiderschnitt Rock u. Taille 35 Pf.
 Jeder Blusen- oder Rockschnitt 25 Pf.
 Jeder Kindergarderobeschnitt 25 Pf.
 Jeder Wäche- oder Schürzenschnitt 15 Pf.

In der Musikalien-Abteilung:

Im Preise bedeutend herabgesetzt (Restauflage):

Für frohe Kreise

Musikalisches Album, enthaltend bekannte Operettenschlager, Tänze, Kabarettlieder u. a. Band I: 224 Seiten, Band II: 208 Seiten, gebunden. Früherer Preis à 3 Mk. jetzt jeder Band 1.65

Heute Sonntag (vor Pfingsten) bleiben unsere Geschäftshäuser wie an allen Sonntagen geschlossen.

Hüte, Mützen Herrenartikel **Panama-Hüte** empfiehlt **Johann Soujon** Prenzlauer Allee 219. Ein grosser Posten billiger Strohhüte von 50 Pf. an.

Wichtig für Hausfrauen

Um die Rasenbleiche zu ersetzen, kaufen Sie sich für 15 Pfg. ein Paket „SEIFIX“. Die Wäsche wird schneeweiß u. leidet nicht im Geringsten. Ein Versuch überzeugt.

Tadellos 1 M. wöchentliche Teilzahlung liedere elegante **Herren-Moden** fertig und nach Mass Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung. **J. Kurzberg** Maß-Schneiderei Rosenthaler Str. 40-41 am Hackeschen Markt. Frankfurter Allee 104 Ecke Friedenstrasse.

Salem Gold Cigaretten Etwas für Sie! Nr. 4, 5, 6, 8, 10 Preis 4, 5, 6, 8, 10 Pfg. d. St. Orient. Tab. u. Cigaretten-Fabr. „Yenidze“ Inh. Hugo Zietz, Dresden **Spezialmarke: Salem Aleikum** Erhältlich in den Cigarrengeschäften wo dieses Plakat sichtbar ist!

Neu erschlossen Nur kurze Zeit verkaufe ich **Billige Land- und Wasserparzellen** in **Staaken** an der Heer-Strasse am Entenhof Staaken Rute von 26 Mark an **Neue Mühle** 10 Minuten vom Bahnhof Köpenick in bester Lage, herrlicher Eichen- und Nadelwald, eine der schönsten Gegenden der Mark. Verkäufer auf den Terrains **C. Schulz, Charlottenburg, Windscheidstr. 24, Amt Charl. 1002.** **Steyppdecken** in sauberster Ausführung empfiehlt sich am besten zu kaufen nur direkt in der Fabrik **Bernhard Strohmandel.** Berlin, Wallstr. 72 und Spittelmarkt, Ecke Seydolzstr. (Eingelagerung!) W., Joachimsthaler Straße 25/26. Reparaturen u. Aufarbeitungen billigst. Illustrierten Preis-Katalog grat. u. franco.

Ringels 3-Preise-System schützt jeden Herrn vor den Schäden durch viele irritierende Preise. **Schneidermeister Ringel verarbeitet garantiert haltbare Stoffe, deshalb kaufen Sie hier reelle selbstangefertigte Garderobe.** I. Preis: Ringel-Anzug 28.00 | II. Preis: Ringel-Anzug 36.00 | III. Preis: Ringel-Anzug 45.00 5⁵⁰ Hose. Ringel-Paletot | 7⁵⁰ Hose. Ringel-Paletot | 9⁵⁰ Hose. Ringel-Paletot **Obige Anzüge und Paletots nach Maß mit Zuschlag von nur 5 Mark.** **Vornehme Maß-Anfertigung unter eigener Leitung.** 31 Chausseestr. 31. Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glade, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Blumen- und Glätterarbeiter Deutschlands.

Berlin, 26. Mai 1911.

Erster Verhandlungstag.

Am Himmelfahrtstage traten die Delegierten zur kurzen Beratung im Gewerkschaftshause zusammen, um die Tagesordnung festzusetzen, das Bureau zu wählen und überhaupt die Formalitäten zu erledigen.

In warmen Worten der Anerkennung gedachte Redner der verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes, der Genossin Jhrer. Er schilderte, wie es der rastlosen Tätigkeit der Genossin Jhrer im Mai vor 10 Jahren gelang, die Blumen- und Glätterarbeiter in einer Organisation zu sammeln und sie widerstandsfähiger bei der Erlämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen.

Am Freitagmorgen wurde in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten und gab Sinn als Vorsitzender den

Rechnenschaftsbericht.

Der Wunsch der letzten Generalversammlung, daß die Mitgliederzahl der Arbeiterinnen die der Männer in Zukunft überlegen würde, hat sich insoweit erfüllt, als im 1. Quartal 1911 47 weibliche Mitglieder mehr gezählt wurden; dies sei um so erfreulicher, als die Branche vollständig mit Arbeiterinnen durchsetzt sei.

Rahmabewegungen hatte der Verband insgesamt 30, die meistens ohne Arbeitseinstellung erledigt wurden. Die internationalen Beziehungen sind gepflegt, doch sind in Frankreich keine großen Erfolge erzielt, mehr aber in Oesterreich. Dort ist die Sache so weit gediehen, daß der „Blumenarbeiter“ die böhmischen Versammlungsberichte aufnimmt und in 60 Exemplaren von den dortigen Kollegen bezogen wird.

Die Kasseneinbarung des Verbandes stellt sich wie folgt: Die gesamte Einnahme betrug vom 1. April 1908 bis 31. Dezember 1910 einschließlich des Kassenschatzes vom 31. März 1908 insgesamt 24 883,52 M., dem steht eine Ausgabe von 16 219,29 M. gegenüber;

danach betrug der Ueberschuß am 31. Dezember 1910 8714,23 M. Von den Ausgaben seien folgende Hauptposten genannt: Für Krankenunterstützung M. 2023,90 An Streifenunterstützung 3075,80 An Gemüthselnunterstützung 362,60 An Agitation 907,95 Für den „Blumenarbeiter“ 1691,05 Für Zeitschriften und Broschüren 337,43 Für den Besuch der Gewerkschaftsschule 332,— An Verwaltungskosten, persönl. u. sachl., insgesamt 1289,19 Procente an die Ortsvereinigungen 3944,42 Die

Debatte über den Geschäftsbericht

wird von Reichold-Sebnitz eröffnet. Zunächst will er wissen, ob die einzelnen Zahlstellen berechtigt sind, Zeitungen lokalen Charakters herauszugeben, wie dies in Dresden geschehen ist. Er betont, glücklicherweise sei das Blättchen, das nach seiner Meinung ziemlich wertlos gewesen sei, eingegangen. Um aber Wiederholungen zu vermeiden, bringe er die Sache zur Sprache. Zur Frage der Grenzstreitigkeiten übergehend, schildert er, wie in Sebnitz auch solche mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern vorkommen. Diese Arbeiter seien während der Wintermonate sehr stark in der Blumenindustrie beschäftigt, um die Organisation der Blumenarbeiter aber kümmerten sie sich durchaus nicht. Die Erhebung eines Lokalaufschlages von 10 Pf. zugunsten der Blumenarbeiter sei früher einmal Brauch gewesen, aber wieder abgeschafft, weil die betreffenden Auch-Kollegen sich des öfteren weigerten, diesen zu zahlen. Zur Agitation in Sebnitz empfiehlt er die Herausgabe von Flugblättern in tschechischer Sprache, da Sebnitz stark mit den böhmischen Grenzorten zu rechnen hat.

Die Delegierten aus Dresden, Ruhe, Frau Ruhe und Dide, rechtfertigen das Vorgehen betreffs der Zeitung. Sie plädieren für Freiheit der Zahlstellen, sich nötigenfalls Agitationsblätter zur Bekanntgabe von Versammlungen usw. den Bedürfnissen gemäß zu schaffen.

Reichold- und Ehrlich-Sebnitz plädieren des weiteren für die Beibehaltung der „Arbeiter-Jugend“; speziell in Sebnitz brauche man die „Arbeiter-Jugend“ im Kampfe gegen die christlichen Junglingsvereine.

Auf Antrag des Revisors Scheuing-Berlin wird dem Vorstand einstimmig Decharge erteilt.

Rechlüsse zu diesem Punkte werden folgende gefaßt: Der Vorstand soll auch ferner das Recht haben, die Gewerkschaftsschule zu beschließen. Die „Arbeiter-Jugend“ soll den Zahlstellen auf Kosten des Vorstandes geliefert werden. Die persönlichen Kosten, die durch die Agitation in den Heimarbeitsgebieten erwachsen, sollen in Zukunft vom Hauptvorstand getragen werden.

Zur Verschmelzungsfrage

mit dem Verband der Hutmacher machte der Vorsitzende Sinn kurze Ausführungen über die Wege, die bisher zur Verwirklichung des Projektes eingeschlagen worden sind.

Reichold-Sebnitz legt dar, welche Motive für die Sebnitzer zunächst maßgebend für die Verschmelzung sind. Es liegt ihnen vor allem daran, sich mit einem größeren Verbands zu vereinigen, um dadurch ihre Interessen wirksamer vertreten zu können. Von einem Teil der dortigen Kollegen werde der Anschluß an den Fabrikarbeiterverband als am praktischsten angesehen. Er persönlich, wie der Vorstand überhaupt, seien jedoch für Anschluß an den Hutmacherverband; er warne jedoch vor Uebereilung in dieser Frage. Ruhe-Dresden will dagegen die Verschmelzungsfrage möglichst schnell gefördert sehen.

Reichold, Vertreter der Hutmacher, betont, daß die Entwidlung in der Hut- und Blumenbranche die Grenzen der Orga-

nisation verwische und daher eine Verschmelzung für beide Organisationen praktisch und vorteilhaft sei. Seine weiteren Ausführungen begründen nachstehende Verschmelzungsbedingungen:

- 1. Der Verband der Blumenarbeiter tritt mit allen Aktiven und Passiven zum Hutmacherverband über.
2. Die zur Unterstützung berechtigten Mitglieder des Blumenarbeiterverbandes erhalten im Verband der Hutmacher die Unterstützung der Beitragsklasse, zu welcher sie Beiträge zahlen. Bereits bezogene Unterstützungen werden in Anrechnung gebracht.
3. Die zurzeit des Uebertritts zur Unterstützung berechtigten Mitglieder des Blumenarbeiterverbandes können Unterstützung beziehen, nachdem sie die an den Kassenbeiträgen des Hutmacherverbandes noch fehlenden Beiträge entrichtet haben. Dasselbe gilt auch für ausgesteuerte Mitglieder des Blumenarbeiterverbandes.
4. Die Mitglieder der Zahlstellen des Blumenarbeiterverbandes treten mit eventueller Lokalkasse zu den Zahlstellen des Hutmacherverbandes über. Den Mitgliedern des Blumenarbeiterverbandes resp. Berufsgenossen, die gegenwärtig und künftig in der Blumen-, Glätter- und Federbranche arbeiten, steht es nach dem Uebertritt frei, zur Behandlung reiner Branchenangelegenheiten örtliche Sektionen zu bilden. Im übrigen gilt das Statut des Hutmacherverbandes.
5. Wird der Anschluß perfekt, kann der Name des Verbandes einen Zusatz erhalten, der auch den Blumenarbeitern Rechnung trägt. Dasselbe kann auch mit dem Namen des Verbandsorganes geschehen.
6. Für die Blumenarbeiter kann im Organ eine besondere Rubrik zur Besprechung ihrer Angelegenheiten eingerichtet werden. Nachdem noch Fräulein Knobbe-Berlin, das Vorstandsmitglied Sinn und Gen. Ruhe, Vertreter der Generalkommission, zu dieser Frage gesprochen haben, wird im Prinzip die Verschmelzung mit dem Hutmacherverband einstimmig angenommen. Der Vorstand wird beauftragt, die weiteren Verhandlungen zu führen. Der nächste Verbandstag soll zu gleicher Zeit und am gleichen Ort mit der Generalversammlung der Hutmacher stattfinden und dort der Uebertritt vollzogen werden. Die Sitzung wird dann auf Sonnabend vertagt.

Marktpreise von Berlin am 26. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Vollgeldepräsidiums. Markthallenpreise (Kleinhandel). 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße 30,00—50,00. Linsen 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,20—2,00. Aale 1,40—3,00. Zander 1,40—3,80. Hechte 1,20 bis 2,90. Forelle 0,80—2,00. Schlei 1,20—3,40. Meie 0,80—1,60. 60 Stück Stroh 2,00—3,00.

Witterungsübersicht vom 27. Mai 1911.

Table with 12 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C, Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in Grad C. Rows include Schwetznitz, Damburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Capranza, Petersburg, Sella, Obersee, and Caris.

Wetterprognose für Sonntag, den 28. Mai 1911.

Ein wenig kühler, bei mäßigen nördlichen Winden und veränderlicher Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Gegründet 1867



Zentrale und Versand: Jerusalemer Str. 38-39

Potsdamer Strasse 2
Friedrich-Strasse 75
Tautenzien-Strasse 19a
König-Strasse 25-26
Schöneberg, Hauptstr. 146
Rixdorf, Berg-Str. 25-26
Rosenthaler Strasse 5

Tautenzien-Strasse 7b
Mark 12.50 Spezial-Verkauf

Neu eröffnet: Charlottenburg
Wilmsdorfer Strasse 45
Ecke Schiller-Strasse

Reich illustrierter Haupt-Katalog gratis

Braune Schuhe und Stiefel

Unsere Auswahl in farbigen Schuhwaren ist noch nie so gross gewesen wie in der diesjährigen Saison

Neue Farben - Neue Modelle - Neue Fassons
Aparte Halbschuh-Neuheiten für Damen

Pumps

Ausgeschnittene Strassen-Schuhe, mit breiter Krawattenschleife, in Lack, Samt, Seide, Chevreau, schwarz und braun, Samtkalb und Leinen in allen Modefarben.

Oxfords

Derby-Schnürschuhe mit hochsteh. Lasche, breit Seidenbändern, ganz Lack sowie Lack mit aparten Stoff- und Leder-Einsätzen. Samt, Seide, Leinen, Chevreau, schwarz und braun, Samtkalb in allen Modefarben.

Schnürschuhe

Neuheiten für die Stadt, Reise und Promenade. Einfache und elegante Ausführungen in Lack, Chevreau schwarz u. braun, Samtkalb sowie Leinenstoff in allen Modefarben.

Leinen-Stiefel und Leinen-Schuhe für Herren, Damen und Kinder in weiss, grau und mode
Ledergeflochtene Stiefel und Schuhe
Berg-, Touren- und Jagd-Stiefel in besonders grosser Auswahl

Haus-, Garten- und Reise-Schuhe für Herren, Damen und Kinder

Haupt-Preislagen für Herren- und Damen-Stiefel

8.75 10.50 12.50 15.50 18.00

Naturgemäße Kinder-Stiefel in vielen Preislagen
Heute, Sonntag, bis 6 Uhr abends geöffnet.

Oeffentliche politische

Volks-Versammlungen

am Dienstag, den 30. Mai, abends 8 Uhr.

1. Kreis:

Dräsel's Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

2. Kreis:

Bock-Bräuerei, Tempelhofer Berg.

3. Kreis:

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59.

4. Kreis:

Fitzin, Memeler Str. 67.
Elysiun, Landsberger Allee 40/41.
Borgmanns Festsäle, Andreasstr. 21.
Graumann, Raunynstr. 27.
Markgrafensäle, Markgrafendamm 34.

5. Kreis:

Königsäle, Neue Königstr. 26 (Eing. Badzeckstr.).

6. Kreis:

Puhlmanns Theater, Schönhauser Allee 147.
Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.
Pharusäle, Müllerstr. 142.
Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Bock-Bräuerei, Abt. II, Chausseest. 64.

Teltow-Beeskow:

Adlershof, Wöllsteins Lustgarten.
Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3.
Köpenick, Stadt-Theater.
Johannisthal-Niederschöneweide, Rest. Kyllhäuser

Niedorf, Hoppes Festsäle, Hermannstr. 48/49.
Schöneberg-Friedenau, Neue Rathaussäle,
Weininger Str. 8.

Steglitz-Güdende, Birkenwäldchen.
Treprow, Sport-Restaurant, Eisenstr. 115/116.
Wilmerdorf, Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112

Nieder-Barnim:

Friedrichsfelde, Bube, Prinzen-Allee 30.
Fichtenberg, Gebr. Arnhold, Frankf. Chaussee 5/6
Pankow, Zum Kurfürsten, Berliner Str. 102.
Reinickendorf-West, Müllers Festsäle, Schornweberstr. 14.
Kummelsburg, Café Bellevue, Hauptstr. 2.
Stralau, Markgrafensäle, Markgrafendamm 34
Tegel-Borsigwalde, Trapps Festsäle, Bahnhofstr. 1
Waidmannslust, Schweizerhaus, am Bahnhof.
Spandau, Köpnick's Restaurant, Bicheltdorfer Straße 39.

Tages-Ordnung:

Bäckerstreik und Konsumenten.

Freie Diskussion.

Referenten: Bauer, Clara Bohm-Schuch, Brückner, Davidsohn, Martha Demming, Dittmer, Ewald jun., Fendel, Gehrman, Handke, Hartmann, Hesse, Hildebrandt, Martha Jeetze, Marie Juchacz, Wilhelmine Kähler, Anna Kiesel, Friedr. Kunze, Hermann Kunze, Berta Lungwitz, Peterhansel, Poetzsch, Ritter, Siering, Georg Schmidt, Frida Schulte, Schütte, Stoermer, Ucko, Weise, Clara Weyl, Frida Wulff, Luise Zietz.

Alle Konsumenten Groß-Berlins, besonders aber die Frauen, werden dringend zum Besuch der Versammlungen eingeladen.

Genossen und Genossinnen, agitiert für Massenbesuch!

Für die Einberufer: Eugen Ernst, Biesenstr. 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungshalle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Achtung! Kollegen Achtung! der Gelbmetall-Industrie!

Montag, den 29. Mai 1911, abends 6 Uhr:

Versammlung

aller in der Gelb- u. Weißmetall-Industrie Berlins beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108/114:

Tages-Ordnung:

Wie die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten versucht, sich eine gelbe Streikbrechertruppe zu schaffen. Referent: Adolf Cohen.

Kollegen und Kolleginnen!

Zu letzter Zeit haben wir es in verschiedenen Betrieben der Metallindustrie ermöglichen können, die Lohn- und Arbeitsbedingungen ein wenig aufzubessern. Trotz alledem sind in der Gelbmetallindustrie immer noch die Löhne und Verdienste niedriger als in anderen Zweigen der Metallindustrie. Anstatt daß nun die Fabrikanten sich mit der Tatsache abfinden, daß ein Ausbleiben stattfinden muß, suchen sie sich gegen diese Stimmung zu wehren und glauben mit Schaffung einer gelben Unternehmerschutztruppe (Coulour Vertus) einen Schutzdamm errichten zu können.

Zu diesem arbeitserfindlichen Tun gilt es Stellung zu nehmen und ist deshalb das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen in der oben angezeigten Versammlung notwendig.

Achtung! Erwerbslose (Kranke)! Achtung!

Wegen der Pfingstfeiertage findet die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung (Kranke) wie folgt statt:

für den 3. und 4. Juni am Freitag, den 2. Juni,
" " 5. " 6. " " Sonnabend, den 3. Juni,
bis 12 Uhr. — Nachmittags geschlossen.

Am 3. Feiertag (6. Juni) bleibt das Bureau geschlossen.

117/17

Die Ortsverwaltung.

Restaurant Bellevue, × Woltersdorfer Schleuse.

Dampferstation. × Reederei Nobiling u. Eisner.

Schöner Garten. Großer Saal, 800 Personen fassend, nebst Halle, passend für Vereine und Gewerkschaften. — Vorzügliche Küche, auch Kaffeehäuser. Wohlgepflegte Biere, empfiehlt 19725 Emil Schmitz.

Achtung! Mühlenarbeiter. Achtung!

In der Dampfmühle von E. Goldacker, Inhaber: Großbäckereibesitzer Eduard Goldacker, Brunnenstraße 129/130, haben sämtliche Mühlenarbeiter wegen Nichtbewilligung der eingereichten Forderungen die Arbeit niedergelegt.

Die Dampfmühle des Großbäckereibesitzers Eduard Goldacker ist somit für organisierte Mühlenarbeiter gesperrt.

Zugang ist strengstens fernzuhalten.
Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.
Ortsverwaltung Berlin. — Fernspr. Amt 3, 4518.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Geschirrsattler.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Branchen-Versammlung.

Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Branchen-Versammlung.

Reiseartikel- und Portefeullerbranche.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Vertrauensmänner-Sitzung.

157/3. Vollständiges Erscheinen dringend notwendig. Die Brancheneinungen.

Zentralverband der Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis: Alsenstr. 73. — Telefon: Amt III, 9714.

Mittwoch, den 31. Mai 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Becker, Weberstraße 17:

Oeffentliche Versammlung der Innungskollegen.

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Anfrage. 2. Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen. 176/14*
Für Innungskollegen haben Zutritt. — Kollegen! Wir erwarten pünktlichen Besuch! Erscheint in Massen! Die Ortsverwaltung.

Wandlitz!
Gesellschaftshaus von Georg Bahan.
Erstes freies Lokal der Umgegend.
Großer Saal und Garten. Regelmäßig und Fremdenlogis. 17285*



Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung
elegante
Herren-Moden
fertig und nach Mass.
feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Herren-Schneiderei
Frankf. Allee 75, 1.
Ringanz Tüftler Str.

Kennen Sie sie?

Wenn nicht, dann beschließen Sie die Villenkolonie Karow, die ausdichtreichste Gartenliebhaber a. d. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt. 300-500 Pf. Anz. genügt. Bäder gratis. J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 8.

med. Karl Reinhardt's Spezial-Arztliche Institute für
Dr. Geschlechtskrankheiten
Haut- und Harnleiden.
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
Sprechst. 5-7 Uhr.
Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße 11-2 Uhr
und 1/2 bis 1/10 Uhr abends. ■ ■ ■ ■ ■
Für Frauen von 3 bis 1/2 5 Uhr,
Sonntags 11-12 Uhr.
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren. Nachweislich
unerreichte Dauererfolge in verhältnismäßig kurzer Zeit.
Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen,
verlange man ausführl. Broschüre „B“ in meinen Instituten
oder durch die Post (verschl. Kuvert) gratis und franko.
EHRlich-HATA-
Behandlung ohne Berufsstörung.
Der nächste Herren-Vortrag
findet statt am Donnerstag, den 1. Juni, abends 1/10 Uhr,
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59, über das
neue Heilmittel
Ehrlich-Hata 606 u. Harnröhrenleiden
sowie über kurpfuscherhafte Behandlungsweise,
mit Demonstrationen von naturgetreuen Wachsmoellen.
Eintritt freil. Fragenbeantwortung. 244/11

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Montag, den 29. Mai (gleich nach Feierabend):

Mitglieder-Versammlungen in sämtlichen Bezirken und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der Anträge zur Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Versammlungsorte:

Tischler.

Südwesten in Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
Süden: 5 Uhr im Märkischen Hof, Admiraistr. 18a.
Südosten I: 5 Uhr in den Rannys-Gehäusen, Rannysstr. 6.
Südosten II: 5 Uhr in den Reichenberger Hallen, Reichenberger Straße 147.
Osten I: 5 1/2 Uhr bei Merkowitz, Andreasstr. 26.
Osten II: 5 1/2 Uhr bei Lissa, Remler Str. 67.
Osten III: 5 1/2 Uhr in den Prachtställen des Ostend, Frankfurter Allee 151.
Östliche Vororte: abends 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Schwarzen Adler, Frankfurter Chaussee 5/6.
Nordosten: 5 1/2 Uhr bei Boeker, Weberstr. 17.
Norden: 5 1/2 Uhr bei Obiglio, Schwedter Straße 23.
Nordwesten, Wedding und Moabit: 6 Uhr bei Kaczarowski, Kavenstr. 6.
Weißensee: 6 1/2 Uhr im Prälaten, Lehderstr. 122.
Rixdorf: 5 1/2 Uhr bei Krümke, Reichelstr. 8 (Ideal-Passage).

Bautischler.

Bezirk 1: Südosten, Süden, Südwesten 6 Uhr bei Raabe, Rixd. 29.
Bezirk 2: Osten, Nordosten, östliche Vororte bei Zick, Warkauer Straße 61.
Bezirk 3: 6 Uhr bei Glesche, Koppenhager Str. 74.
Bezirk 4: 6 Uhr bei Schappan, Kolberger Str. 23.
Bezirk Rixdorf: 5 1/2 Uhr bei Goype, Hermannstr. 49.
Laden-, Kontormöbelbranche um 6 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a. Vortrag des Kollegen König über: Alte und neue Formen im Rohbau.

Küchenmöbelbranche um 6 Uhr im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27a.

Maschinenarbeiter um 8 Uhr abends in den Andreas-Gehäusen, Andreasstr. 21.

Möbelpolierer, Beizer und Magazinarbeiter.
Südosten: 5 Uhr (gleich nach Feierabend) im Märkischen Hof, Admiraistr. 18a.

Osten: 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) im Ost-Rosino, Frankfurter Allee 106.

Norden: 6 Uhr (gleich nach Feierabend) im Zwinnmünder Gefellschaftshaus, Zwinnmünder Str. 42.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbel-Branche um 8 Uhr abends bei Boeker, Weberstraße 17. Vortrag: Das Problem der Arbeitslosenversicherung in den Gewerkschaften, im Staat und in der Kommune. Referent: Arbeitersekretär Genosse Ritter.

Klavierarbeiter sämtlich 5 1/2 Uhr im Märkischen Hof, Admiraistr. 18a.

Modell- und fabriktschler sämtlich 8 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12.

Korbmacher um 8 Uhr bei Volkshäuser, Kollbergstr. 21: Neuwahl des Obmannes und der Branchenteilung.

Perlmutter- und Knopfarbeiter um 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 10.

Einfetzer. Dienstag abend 6 Uhr bei Merkowitz, Andreasstr. 26.

Bodenleger. Mittwoch abend 6 Uhr: Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftshaus.

In den Mitgliederversammlungen müssen sämtliche Delegierten anwesend sein, da die Präsenzlisten verlesen und die Delegiertenkarten ausgegeben werden.

Donnerstag, den 1. Juni, abends 8 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Ortsverwaltung. 2. Kassenbericht. 3. Wahl eines unbefoldeten Mitgliedes zum Hauptvorstand. 4. Anträge.

Delegiertenkarte und Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Wasserparzellen

Neu! von 200 M. an. Neu! Abwärts gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See, Wald, Flöß- u. Landparzellen spottbillig. Pläne gratis. Berlin, J. Rieger, Gontardstr. 5.



Ohne Anzahlung! Herren-, Damenuhren Spezial-Uhren-Werkhaus. Geschäft 25 Jahre. Trauringe. R. Hartmann Brücken-Str. 13. Reparaturen spottbillig. Vorzeiger dieses 5 Proz. Rab.

Prack-Verleih-Institut

Friedrichstr. 118/1, a. Draßg. Tor. Geg. Rad. Gebroch. 1.50. Heft 1.00, Heft 50 Pf.

Herren-Garderobe liefert nach Maß auf Teilzahlung von 10 M. an monatlich, Anzahlung 1/2, bis zur Lieferung sehr billige Preise, Anzahlung von 55 M. an, Paletot von 48 M. an, feinste tadellose Ausführung.

J. Tomporowski, Schneidermeister, Lindenstraße 110. Amt IV 6293. — Auch englische Damenkostüme und Paletots, wer Stoff hat, billige Kaschpreise.

Hütet Euch

vor jeder Nachahmung der echten Steckenpferd-Toerschwefel-Selbe von Bergmann & Co., Radebeul.

dem nur letztere beseitigt alle Krusten von Hautausschlägen und Hautunreinigkeiten, wie Milchkrusten, Bläschen, Pimpeln, Geschwüre. 3 Stück 50 Pf. Ferner macht der Cream „Dada“ (flüssig-Cream) rote und spröde Haut in einer Nacht weiß und sammetweich. Tube 50 Pf., überall zu haben.

Bereits in 4. Auflage erschienen ist die Schrift: „Kindersegnen und Arbeiterkassen“ über: „Wie schützt man sich vor starkem Familienwachs?“ auf gelbde. Art. — Preis 30 Pf. Zu beziehen durch den Verlag W. Leißner, Jena Ost oder durch die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 58. 20135. Gegen Voreinsendung von 35 Pf. in Briefmarken portofrei ins Haus.

Laferme REDOUTE Cigaretten

2-5 Pfennig
Vorzügliche Qualitäten.

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!

Viele Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen Blut, deshalb reinigt man sein Blut mit Reichels Wacholder-Extrakt „Medico“

einem vielseitig anerkannten, natürlichen Blutreinigungsmittel von speziell harntreibender, Urreinigender, aussehender Eigenschaften. Er wirkt, die Natur unterstützend, nach vielen Richtungen hin auf die inneren Organe in wohltätiger, erleich. runder Weise ein und überzeugt man sich selbst durch einen Versuch von der vielseitigen Wirkung. Niemals auszuweichen, garantiert rein und frisch, und nur in Originalpackungen mit Marke „Medico“ à R. 0.75, 1.50 und 2.50. In den meisten Drogerien, auch Apotheken erhältlich, wo nicht, zu beziehen durch:

Otto Reichel, Glendabulstr. 4, Berlin 43. P-Endstelle IV 4751, 4752, 4753. Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls andere Sorten.

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kann die ganze Familie Florians Zahnpflege-Kasten, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.—. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8.50, 24 Stück M. 18.— franko Nachnahme durch Arthur Wasservogel, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die Chemischen Werke Florian & Co., Britz-Berlin.

Gesangverein „Liberté“
BERLIN
M. d. D. A.-S.-B.
Chormstr. Herr P. A. Joseph.
Unser Übungslokal befindet sich jetzt im 61/2

Gewerkschaftshaus,
Engelauer 15, Saal I.
Übungsstunden jeden Freitag von 9-11 Uhr abends. — Sänger jederzeit willkommen.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet, zweifelhaft. F.M. durch wissenschaftl. Untersuchung. (samt; beagl. Harn- (bes. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Rogenstraße), L. 8724. Verf. Rixd. distr. u. festent. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

J. Baer
Ecke Badstr. 28 Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleganz
Paletots u. Pelorien.
:: Großes Stofflager :: zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Noch ist es Zeit
Barzellen aus erster Hand, 1 R. v. 6 R. an, 20 Pf. Lour, 6 Win. u. Bahnd. Geringe Ein- u. Abzahlung. Lagerl. 228 Postamt 21. 104/8

Zum Pfingstkuchen
empfehle meine seit 15 Jahren als vorzüglich erprobten Mehle sowie sämtliche Zutaten zu billigsten Preisen.

Hermann Halff
Mehl-Handlung
Berlin — Rixdorf.

1. Geschäft Grüner Weg 36
2. „ Invalidenstr. 160
3. „ Koppenstr. 95
4. „ Hermannstr. 227
5. „ Berliner Str. 95
6. „ Hermannstr. 156.

Landwirtsch. 2. Dora, 2 J. Pl. 3. Hind. Wolf Gebüch. Br. 16 500. Ang. 4000 M. Viel Rebenweiden. Gashof, 30 Hekt. Reue Gebüch. Br. 29 000. Ang. 60 000 M. vert. Rantow, Stettin, Schilg. v. gartenstr. 3.

Vorwärts! Wer aufgepaßt!!!
In der Prinzen-Pfandleihe, Prinzenstr. 3 & 1 kauft man vorfallene Pfänder und auf Auktion zurückgekauften Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, Lusterjackets, Livewas, Hosen für jede Figur passend.
Uhren, Ketten, Ringe usw. zu noch niedrigeren Preisen.

Travergold (feinste Pflanzen-Zuckerbutter (veget. Margarine) 100 Gramm 1/2 Stück à 1 Pf. portofrei unter Nachn. M. 6.75 per Sendef. Otto Boecker, Berlin S., Oranienstr. 57.

Gartenstadt Hohen-Neuendorf
Hoh. (Nordbahn) Halter. Am Schützenhaus, billige, schöne Gebäude und im Berlin. Reichster Grund eines Eigenbes. Herrlicher Hochwald, Sandbänke, Str. am Hgl. Nord. (Rute 15 M. an. 10-jährige Amortisation. — Sommer-Ferienhäuser 300 M. — Eigenhäuser 800 M. an. Illust. Broschüre gratis!
Wollenberg, Berlin, Neus. Königstr. 71. Fernspr. VII, 3038.

Verkehrslokal der Parteigenossen
in belebtester Straße, SO, Umrah 26/2, Ragerler, viel Platz, viele 2400 Kart. Ist wegen Todesfall sehr preiswert zu verkaufen. Bräuerhilfe, Kuchent bei Dahlenburg, Rastauer Str. 54. 44554

Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden
Rosenthaler Str. 70.
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Enorm billig!
Vorjährige feinste Ulster-Anzüge von 25-60 M.
Billige Hosenwoche.
Versandhaus Germania
Unter den Linden 21. 79/9
Sonntag bis abends geöffnet.

Mahlsdorf,
Ca.-R. von 8 M. an, 20 Pf. Fahrt.
J. Rieger, Gontardstr. 5.
Abessinier-Druck
zum Selbststellen für 3 m Tiefe (don v. 12 R. an; Hespumpen, Garten- und Drumpumpen usw. 5 Jahre Garantie. Zähler, Ventile gratis, Koblank & Co., Pump. Fab. Berlin N., Reinholdenferstr. 95

Gneisenastraße 10,
S. Grau, billigste u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art.
Kasse und Teilzahlung.

Spezialität!
!! Von 40 M. an !!
Herrenanzug oder Paletot nach Maß, neueste Muster, gute Stoffe, auf Hochhaar gearbeitet, 2 Anpr. Berücksichtigung am Lager erbeten, ohne Anzahlung. Reue Musterverlauf.
Wer-Stoff-hat
sicher Herrenanzug od. Paletot von 20 M. an, feinste Gut. Zum Nehmen bitte um Ihren Besuch.
Für guten Sitz bekam gold. Medaille
Ein Besuch führt zu dauernder Kundsch. Ludw. Engel, Gontardstr. 28, II (Alexanderplatz). Gebr. 1892. 80/10

Wundervoll gestickte ab-gepaßte Portieren
(Uebergardinen für Fenster und Türen)
in Qualität: M. pro Fenster:
Kuztuch . . . 3,35 bis 10,50
Naturleinen . . 5,35 „ 20,00
Velvetplüsch . . 6,35 „ 75,00
Persisch (dopp. seitig) 10,50 „ 35,00
in hell. seidnart Empire 10,35 „ 48,00
Kochleinen . . 13,50 „ 60,00
Pa. reinw. Tuch 16,50 „ 150,00
Nach Künstler-Entwürfen!
Nach auswärts per Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.
Unterhalte nirgends Filialen!
Spezial-Katalog
mit etwa 600 Abbildungen in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis- und franko.

Mieter!
Wer gesund, modern und billig wohnen will, der besichtige die Wohnungen an der Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Niederschönhausen
4 Zimmer v. 750 M., 3 Zimmer v. 620 M., 2 Zimmer v. 400 M. an. Für 10 Pfennig direkt zu erreichen mit der Elektr. Vorortbahn (Ziel Pankow-Feinersdorf), mit der Siemensbahn von der Mittelstraße sowie der Linie 49. In die Nähe führen noch mit Zugang durch den Schloßpark Linie 47, 47a und 57. Rühres Niedererschönhausen. Schloß-Allee 40. Fernspr. Amt Pankow Nr. 300. 69/10*

W. Zapel
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131
Größtes Spezial-Geschäft für Seiden- und Filzhüte.
Lager in Schirmen und Mützen.

Charlottenburg.
S. Hoffmann, Wilmsdorfer Straße 12
empfehlen sein reichhaltiges Lager von
guten Sommer-Anzügen und Paletots selbstangefertigten für Herren und Knaben zu sehr soliden Preisen.
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45 M. an in eigener Betriebswerkstätte. 42511*

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Alliancestrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

Heute Sonntag von 12-6 Uhr geöffnet

Grosser Pfingst-Verkauf in allen Abteilungen

Die herrlichste Ferienzeit
verlebt man in

Falkenhagen West

direkte Bahnf. Seegefeld, das
Dorado einer Gartenstadt
20 Min. von Charlotten-
burg ab Bahnhof Jung-
fernheide, 30 Minuten ab
Lehrter Bahnhof (Hamburger
Bahn) ☐ Rate von 10 Mark
an. Kleinste Anzahlung.
Amortisation - Hypothek bis
1920. - Sommerhäuschen von
700, 1100, 1500 Mark, schlüssel-
fertig, sofort besiehbar ::



Sie gewährt mit ihren be-
waldeten Höhenlagen ein
wunderschönes Landschafts-
bild und schliesst sich an den
schönsten und grössten Laub-
und Nadelwald, ca. 3 mal so
gross wie der Grunewald,
an. „Der Brieselang“, einzig
schön, wird von Tausenden
von Ausflüglern besucht.
Direkter Stadtbahn-Verkehr
steht in naher Aussicht. Die
Döberitzer Heerstrasse liegt in
nähester Nähe. Daher grosse
:: Wertsteigerung! ::

Nieschalke & Nitsche

Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16, Fernspr. Amt VII, 6376



Feiner
Gesamtd

Reibers
Arbeits

| | |
|---------|--------|
| Leuco | 2 Pf |
| Dux | } 3 Pf |
| Cato | |
| Leo | 4 Pf |
| Mazeppa | 5 Pf |

Engelhardt-Cigaretten
Leopold Engelhardt, GmbH, Cairo-Bremen

Was ist für den Käufer der echte Grimm & Triepel?



Spezialität:
Kau-Tabak.

Ein bei der Kälte erwärmendes,
Bei Hitze durststillendes u. Appetit anregendes,
Stets wohlbekömmliches, nicht zu ersetzendes
Und unentbehrliches Allheilmittel!

Fabrik von
Grimm & Triepel
in Nordhausen

Nordhäuser
Kau-Tabak.



Moderne Herren-Anzüge

in den neuesten grauen
und braunen Farbentönen
ein- u. zweireihig

Enorme Auswahl

Billige Preise

15 19 23 26 29

33 36 39 43

46 49 54

Besichtigen Sie bitte
meine Schaufenster.

D. Perleberg

BERLIN N., Chaussee-Strasse 63

Ecke Liesen-Strasse

Sonntag bis
6 Uhr geöffnet

MIT EINEM AUGE

erkennen Sie die unberechenbaren
Vorteile, welche Ihnen beim Einkauf von
Garderobe auf Credit
in dem seit über 30 Jahren bestehenden und in
allen Kreisen als streng reell und überaus bekannt
anerkanntesten Credithaus

Julius Glogau
geboten werden.

| | | | | |
|------------------|----------|---|-------------------|----------|
| Anzahlung von | 3 | Neueste Moden in Herren-Anzügen, Ullstern, Paletots Damen-Kostümen, Blusen Röcken, Kleidern, Paletots | Wochenrate von | 1 |
| Mark an | | Möbel-Einrichtungen | Mark an | |

Achten Sie aber im eigenen Interesse auf die alle Firmen

Julius Glogau
G. m. b. H.

| | |
|---|---|
| Im Süden: Oranien-Str. 145-146 am Moritzplatz | Im Osten: Gr. Frankfurter Str. 137 zwischen Frucht- u. Koppenstr. |
|---|---|

Wertvolle Gratis-Zugaben

Abgeordnetenhaus.

85. Sitzung, Sonnabend, den 27. Mai, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Troitz zu Solz.

Zunächst wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Beschulung blinder und taubstummer Kinder fortgesetzt.

Ein Antrag Hirsch (Soz.), wonach die durch die Beschulung solcher Kinder entstehenden Kosten vom Staate zu tragen sind befürwortet.

Abg. Hoffmann (Soz.) legt als eine Forderung der Humanität. Der Antrag wird abgelehnt, die Vorlage wird in der Kommissionsfassung angenommen. Weiter wird eine Resolution der Kommission angenommen, wodurch die Regierung ersucht wird, sobald sich die Ausbildungsmethode der Taubstummblieden im allgemeinen bewährt hat, auch für diese die Verpflichtung zum Schulbesuch in ähnlicher Weise festzusetzen, und ebenso eine weitere Resolution auf Erhöhung der Staatsdotationen an Provinzialverbände auf dem Gebiete der Fürsorge für Irre, Idioten, Epileptiker, Taubstumme, Blinde und Stiehe.

Darauf wird das Gesetz auch in dritter Lesung erledigt und in der Gesamtsitzung einstimmig angenommen. Ein Gesetz über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgen Petitionen.

Eine Petition des Preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht in Berlin verlangt Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter.

Die Kommission (Berichterstatter Abg. Gronowski (Z.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Antrag Hirsch (Soz.) wünscht Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung, ein Antrag Rosenow (Op.) Ueberweisung als Material.

Abg. Deinert (Soz.):

Es ist sehr eigenartig, daß die Kommission diese Petition materiell gar nicht behandelt hat. Das entspricht durchaus nicht der Bedeutung der Sache. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In verschiedenen Staaten besteht das Frauenwahlrecht, z. B. in Amerika, in Dänemark, in Norwegen für die Gemeinden. Angesichts der Tatsache, daß in Preußen jetzt fast ein Drittel der Erwerbstätigen Frauen sind, über 5 Millionen, bedauere ich den Mut der Kommission über diese Forderung des Frauenstimmrechts einfach zur Tagesordnung überzugehen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das beweist die Wertschätzung, die die Mehrheit dieses Hauses für die Frauen hat. (Unruhe rechts. Sehr richtig! b. d. Soz.) In dem verjüngerten Preußen haben die Frauen sich ja erst ganz allmählich politische Rechte erkämpfen müssen. Noch 1902 sagte der Minister des Innern von Hammerstein: „Es wäre traurig aus um unseren preussischen Staat, wenn die leichte Erregbarkeit der Frauen gerade in öffentlichen Versammlungen das Volk bewegen sollte.“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Der rüstständige Standpunkt, daß die Frau sich nicht mit Politik beschäftigen darf, ist ja auch noch in der bekannten Kaiserrede zum Ausdruck gekommen, die dann im Reichstag von fast allen Parteien zurückgewiesen wurde. Ich würde mich ja nicht wundern, wenn die Mehrheit dieses Hauses beantragen würde, die Frauen überhaupt für immer vom Wahlrecht auszuschließen. (Sehr richtig! rechts.) Nun, Sie werden gezwungen sein, einmal zum Frauenwahlrecht zu greifen, wenn Ihnen das Wasser bis an die Kehle reicht,

wenn die Mehrheit der Männer sozialdemokratisch wählt, aber dann wird es Ihnen nicht mehr nützen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In dem sehr wenig ausführlichen Bericht des Herrn Gronowski wird gesagt, daß bei der Beratung der letzten Wahlrechtsvorlage der Beweis erbracht sei, daß die Mehrheit dieses Hauses gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts ist. Es ist da die Rede von „der“ Wahlrechtsvorlage, nicht „einer“ Wahlrechtsvorlage. Soll das etwa heißen, daß damit die Sache überhaupt erledigt ist, daß eine neue Vorlage nicht zu erwarten sei und daß deshalb Uebergang zur Tagesordnung über diese Petition beschloffen sei. Auf jeden Fall sehen Sie sich mit einem solchen Beschluß in Widerspruch mit der Verbilligung. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Es gibt ja kein Parlament mit Ausnahme der russischen Duma, das sich in so kraffem Gegensatz zu den Anschauungen der Mehrheit der Bevölkerung befindet, wie das preussische Abgeordnetenhaus. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ueber 57 Prozent der Wähler, die des Zentrums, das sich vor den Wahlen auch für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat, eingeschlossen, sind für das allgemeine Wahlrecht. Die jetzige Zusammensetzung des Parlaments ist also eine direkte Fälligkeit des Volkswillens.

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Uebrigens wäre das geheime und direkte Wahlrecht bei der letzten Wahlrechtsvorlage angenommen worden, wenn nicht das Zentrum elenden Verrat geübt hätte. Dazu kommt, daß sich inzwischen die politischen Verhältnisse verändert haben. Wenn nicht ein ganz triviales Spiel getrieben wird, muß sich eine Mehrheit in diesem Hause für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht finden, nachdem im Reichstag die Linke, das Zentrum, sogar die Freikonservativen und drei konservative bis Wahlrecht Elfaß-Lothringen eingezählt haben. Insbesondere an die Nationalliberalen möchte ich die Frage richten: entspricht es Ihrem Patriotismus, daß diejenigen Preußen, die vor 1871 die Reichsländer im Krieg haben miterobern helfen, jetzt Deutsche zweiter Klasse sein sollen und ein schlechteres Wahlrecht als die Reichsländer selbst genießen sollen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ich bin ja überzeugt, daß Sie unseren Antrag auf Berücksichtigung der Petition ablehnen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe nie geglaubt, daß die konservative Partei in diesem Hause Recht und Gerechtigkeit walten läßt. Wenn Sie unseren Antrag ablehnen, werden wir für den freisinnigen Antrag stimmen. Diesem Antrag werden sich jedenfalls die Parteien anschließen müssen, die im Reichstag für das allgemeine, gleiche Wahlrecht für Elfaß-Lothringen gestimmt haben. Doch wir sind es ja gewöhnt, daß die Mehrheit dieses Hauses über das Verlangen von neuen Fortschritten mit Hohn zur Tagesordnung übergeht. Aber die Zeit wird kommen, wo das Volk auch über diese Karikatur einer Volksvertretung zur Tagesordnung übergehen wird. (Bravo! b. d. Soz. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Krause: Wegen dieser Beleidigung des Hauses rufe ich Sie zur Ordnung.

Abg. Rosenow (Op.): Ich muß Herrn Deinert darin zustimmen, daß es für die preussischen Wähler eine Herabsetzung bedeutet, daß sie das allgemeine Wahlrecht nicht haben sollen, während man es einem neu erworbenen Bundesstaat zubilligt. Bezüglich des Frauenstimmrechts kann sich Herr Deinert aber nicht auf Elfaß-Lothringen berufen. Meine Freunde legen den Hauptwert darauf, zunächst einmal das allgemeine Wahlrecht für die Wähler zu erkämpfen, dann werden wir auch daran denken können, die Rechte der Frauen weiter auszubauen.

Abg. Gronowski (Z.): Für Preußen macht nicht der Reichstag das Wahlrecht, sondern der preussische Landtag im Verein mit dem Herrenhaus und der Regierung. Also es kommt nicht allein auf die Haltung der Parteien hier im Hause an. Bei der letzten Wahlrechtsvorlage haben konservative, freikonservative und Nationalliberale beschloffen, gegen das allgemeine, gleiche, direkte und ge-

heime Wahlrecht zu stimmen. Da kann man dem Zentrum unmöglich allein die Schuld beimessen, daß das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht eingeführt ist. Die Mehrheit gegen das aktive und passive Frauenwahlrecht würde sicher noch größer sein. Wir sehen die Hauptaufgabe der Frau in ihrer Betätigung im Hause. Die Mehrheit der deutschen Frauen ist sicher nicht für die Petition. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Herr Deinert, der uns Verrat wegen unserer Haltung vorwarf, bezweifle ich darauf, daß die sozialdemokratische Fraktion in Karlsruhe für ein Klassenwahlrecht für die Kommunen gestimmt hat. (Abg. Hirsch (Soz.): Sagen Sie doch ausnahmsweise einmal die Wahrheit! Unruhe im Zentrum und rechts.) Wenn wir anderer Meinung sind, wird uns immer Unwahrscheinlichkeit vorgeworfen; die Sozialdemokraten können eben eine andere Meinung nicht respektieren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Also in Karlsruhe haben Ihre Freunde einem verbesserten Klassenwahlrecht zugestimmt, und wenn das Zentrum hier daselbe tut, so werfen Sie uns Verrat vor. Durch die Form Ihrer Wahlrechtsagitiation haben Sie schon manche Freunde des Reichstagswahlrechts kopfschüttelnd gemacht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir sind Realpolitiker genug, um nicht Phantasereien nachzugehen, daher bitte ich Sie, dem Beschluß der Kommission zuzustimmen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Erffa (L.): Wir halten die Zeit dieses Hauses für zu kostbar, um auf diese Petition materiell einzugehen. Wir haben nicht die Absicht, die Verbeugung der Freunde des Herrn Rosenow vor der Sozialdemokratie mitzumachen. (Unruhe links) und werden für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Deinert (Soz.):

Der Abgeordnete Gronowski hat meine Worte, wie üblich, verdreht. Ich weiß nicht, ist er so dumm oder stellt er sich so dumm. (Große Unruhe rechts. Vizepräsident Krause ruft den Redner zur Ordnung.) Das Wahlrecht in Karlsruhe ist geschaffen worden gegen das Zentrum. Wir haben nicht für ein Klassenwahlrecht gestimmt, sondern für eine Abschwächung des Klassenwahlrechts, die das Zentrum abgelehnt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Erffa hielt es für eine Weitergebildung, sich hier mit Rechten des Volkes zu beschäftigen. Wir werden uns aber niemals nehmen lassen, die Rechte des Volkes von dieser Tribüne aus zu vertreten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hüpling (Op.) weist die Bemerkung des Abgeordneten v. Erffa, seine Freunde hätten eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie gemacht, als Verdächtigung und Ueberhebung zurück.

Abg. Schiffer (nall.) erklärt, daß seine Freunde für den Kommissionsantrag stimmen würden.

Damit schließt die Debatte.

Abg. Gronowski (Z.) persönlich: Auf die persönliche Beleidigung aus den Reihen der Sozialdemokraten gehe ich nicht ein, weil ich weiß, daß die Sozialdemokraten ein Produkt ihrer Erziehung und Umgebung sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Kommission auf Uebergang zur Tagesordnung wird hierauf angenommen.

Es folgt eine Petition um Anstellung von Gewerbeaufsichtsbeamten aus dem Gehilfenstande. Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Die Abgg. Hirsch (Soz.) u. Gen. beantragen Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. Hirsch (Soz.):

Die Kommission hat wunderbare Weise einstimmig Uebergang zur Tagesordnung beschloffen, zum Teil aus formalen Gründen. Und kommt es aber allein auf die Sache an und sachlich ist die Forderung der Petenten durchaus berechtigt. Wir haben selbst vor zwei Jahren einen Antrag in dieser Richtung gestellt. Der Regierungsvorreiber hat in der Kommission betont, die Arbeiter hätten ja die Gewerbeaufsichtsbeamten auf Mühsal aufmerksam machen. Es ist aber bekannt, daß Arbeiter, die sich an Gewerbeinspektoren wenden, gemahregelt, ja auf die schwarze Liste gesetzt werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch die Behauptung, der einzelne Arbeiter könne nur einen Betrieb und habe deshalb nicht genügend Erfahrung, trifft bei der großen Fluktuation der Arbeiter nicht zu. Die Auswahl der betreffenden Arbeiter soll schwierig sein. Der wahre Grund ist aber eingestandenemachen die Fernhaltung sozialdemokratisch Gesinnter. Also nicht sachliche, sondern parteipolitische Gründe! (Hört! hört! b. d. Soz.) Nur in einem solchen Hause, das alle Märchen über die Sozialdemokratie, mögen sie noch so albern und töricht sein, glaubt, ist das Argument denkbar, daß die Arbeiter zu nicht-sozialdemokratischen Inspektoren kein Vertrauen haben würden. Und dabei handelt es sich um eine Forderung der gesamten Arbeiterklasse! Natürlich kommt zuerst die Rücksicht auf die „Arbeitgeber“, die zunächst Vertrauen haben müssen zur Inspektion. Aber die Gewerbeinspektion ist nicht für die Unternehmer, sondern doch für die Arbeiter geschaffen. Die Gewerbeinspektion soll heute genügen; freilich, den Unternehmern genügt sie! (Sehr gut! b. d. Soz.) Aus den Berichten geht doch hervor, wie wenig Betriebe die Inspektion erfährt. In Preußen haben wir eben keine Sozialpolitik zu erwarten, aber notwendige Fortschritte sehen sich gegen die Maßgebenden durch. Auch die ungeliebtesten Nachteile von der Einführung der Sicherheitsmänner im Bergbau sind nicht eingetreten. Die Forderung der Petition ist berechtigt. Mögen Sie darüber zur Tagesordnung übergehen und unsere Anträge ablehnen. Sie haben die Frauen zur Gewerbeinspektion heranziehen müssen und werden auch die Arbeiter heranziehen müssen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Sauerermann (Z.): Unsere grundsätzliche Stellung zu dieser Frage bleibt die alte.

Der Antrag Hirsch (Berücksichtigung) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, auch das Zentrum stimmt dagegen. Ueber die Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Eine Petition um Zulassung der Lehrer zu dem Amt eines Schöffen und Geschworenen wird auf Antrag Peltzohn (Op.) gegen die Stimmen der Konservativen der Regierung in dem Sinne zur Berücksichtigung überwiesen, daß sie bei der bevorstehenden Reform der Strafprozedur ihre Stimme im Bundesrat im Sinne der Petenten abgeben möge. Eine Reihe weiterer Petitionen wird ohne Debatte erledigt.

Es folgt die Beratung eines Antrages v. Wenden (kons.) betreffend die

Bekämpfung der Animierkneipen.

Abg. v. Wenden (kons.) begründet den Antrag, der im Hinblick auf die Tatsache, daß die zur Bekämpfung des Animierkneipenwesens bisher beschrittenen Wege sich nicht als zum Ziele führend erwiesen haben, nun weitere Maßnahmen verlangt, die geeignet sind, die Animierkneipen innerhalb Preußens verschwinden zu lassen. Das Verteilen von gedruckten Einladungen zum Besuch solcher Animierkneipen auf der Straße hat noch immer nicht aufgehört; sie geht selbst in der Umgebung des Schlosses vor sich. Redner verliest solche Fettel. In der „Arbeitszeitung“ steht heute ein Artikel über das Freibad bei Wannsee. (Zuruf b. d. Soz.: Animierkneipen!) Wenn Sie den Artikel kennen, würden Sie wissen, daß ein loser Zusammenhang doch vorhanden ist. Ich bitte die Regierung, auch darauf ihr Augenmerk zu richten. Wenn es ernst ist mit der Fürsorge für unsere Jugend, der muß dafür einwirken, daß hier mit eigenem Wesen geteilt wird. (Bravo! rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Das Animierkneipenwesen ist zweifellos eine böse und häßliche Erscheinung, und es wäre sicher ein Glück, wenn all die unglückseligen Existenzen verschwinden würden, die in diesem Sumpfboden gedeihen. Zu einem großen sittlichen Kathos gegen die Inhaber dieser Kneipen haben wir aber keinen Anlaß, denn sie sind ebenso eine Folge der heutigen Gesellschaftsordnung wie die Prostitution. Uebrigens sind es nicht Arbeiter, sondern in der Hauptsache die Jugend der besseren Stände, die diesen Kneipen die Weiterexistenz ermöglichen. Viel zu weit gehen würde es, überhaupt gegen das Kneipenwesen vorzugehen. Es gibt anständige Frauen und Mädchen in Halle und Hülse, die in diesem Beruf, der ja den Frauen sehr nahe liegt, ihre Existenz finden. Die heutigen Mittel zur Bekämpfung der Unsitlichkeiten in den Animierkneipen reichen durchaus aus, aber sie werden nicht durchgeführt und können es aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Die

Entlohnung der Kneipeninnen

in solchen Kneipen ist so gering, daß sie ohne zu animieren gar nicht existieren können. Diese Mädchen befinden sich vielfach in traurigster Abhängigkeit von den Inhabern der Lokale. Wir ist ein Fall bekannt, wo ein solches Mädchen in hochschwangerem Zustande sich bis zum Tage vor der Entbindung noch den Gästen hingeben mußte. (Hört! hört!). Es muß hier die soziale Fürsorge vor allem eingreifen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Unfug mit den Fitteln ist übrigens viel geringer geworden und die Zahl der Animierkneipen in Berlin überhaupt kolossal zurückgegangen. Ebenso wie gegen die Animierkneipen sollte man auch vorgehen gegen die vornehmen Tanzsalons, die ja besonders besucht sein sollen zur Zeit gewisser Tagungen von Vereinen, die einer Partei dieses Hauses recht nahe stehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Hauptsache ist hier die Selbsthilfe des Volkes, an einer gesund und zum Idealismus erzogenen Jugend prallen solche Versuchungen wirkungslos ab. Sehr bedauerlich ist, daß der Vorredner diese Gelegenheit benutzt hat, einen

Vorstoß gegen das Freibad Wannsee

zu machen. Warum soll nicht in Wannsee für das Volk ein Freibad bestehen, wie es in allen fashionablen Badeorten von den oberen Jahntausend frequentiert wird? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn uns konkrete Vorschläge zur Verbesserung der auch von uns zugegebenen Mängel auf dem Gebiete des Animierkneipenwesens gemacht werden, werden wir sie prüfen. Aber in der Allgemeinheit des Antrages können wir nicht zustimmen, daß die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen. Wir halten es nicht für nötig, hier gleich die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung zu setzen, und werden deshalb gegen den Antrag stimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Heine (nall.) erklärt, daß seine Freunde für den Antrag stimmen würden.

Abg. Schupp (Op.): Die Zahl der Animierkneipen ist zweifellos sehr zurückgegangen. Polizeiverordnungen zu ihrer Bekämpfung halten auch wir für geboten, aber daneben darf die soziale Fürsorge nicht vernachlässigt werden.

Abg. Stroffer (L.): Es ist nicht immer nur Kollage, die die Kneipeninnen in solche Kneipen treibt, sondern auch bodenloser Reichtum. Daß die Verhältnisse in Berlin wesentlich besser geworden sind, gebe ich zu, aber es müßte auch die letzte Animierkneipe verschwinden. Nach dem ersten Teil seiner Ausführungen hätte man annehmen müssen, daß auch Herr Liebknecht für den Antrag stimmen würde.

Abg. Schmedding (Z.) spricht den bringenden Wunsch aus, daß die Regierung bald dem Antrage Rechnung tragen möge.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir stimmen deshalb gegen den Antrag, weil für die Polizei, besonders die preussische, nicht als die geeignete Stelle zur Bekämpfung des Animierkneipenwesens anzu sehen, hier muß von unten aus eingegriffen werden. Uebrigens ist es nicht die Jugend, die diese Kneipen hauptsächlich frequentiert, sondern ältere, verheiratete Herren. Sie werden wissen, in welchen Kreisen die Leute zu suchen sind, die am Vor- und Nachmittag nichts zu tun haben und sich in solchen Kneipen aufhalten. Die Fittel werden meist nur Leuten in die Hand gedrückt, die das Aussehen eines Provinzials haben. (Weiterkeit.) Wir werden auch sehr zufrieden sein, wenn die letzte Animierkneipe verschwindet. Sorgen Sie nur dafür, daß diese Kneipen und auch die Ballfale ihre Kundschaft verlieren. Aber es ist ja bekannt, daß die großen Ballfale gerade in der landwirtschaftlichen Woche besondere Trübs anwenden, weil sie wissen, dann kommt Geld nach Berlin. (Weiterkeit.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. v. Wenden (L.): Ich möchte zum Schluß nur ausdrücken, daß ich es nicht für eine glückliche Vorbedeutung für meinen Antrag halte, daß die Regierung sich in Schweigen hält.

Der Antrag wird angenommen. Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Montag, 11 Uhr. (Enthaltung des Oberverwaltungsgerichtshof, Landesgesellschaften.)

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Das allgemeine Frauenwahlrecht und die Verfassungsrevision auf Island.

Das Alting, das Parlament des kaum 80 000 Einwohner zählenden Inselreiches Island, hat in seiner nun beendeten Session eine neue Verfassung beschloffen, die unter anderen demokratischen Reformen auch das allgemeine und gleiche staatsbürgerliche Frauenwahlrecht bringt. Das Alting, das bisher aus 28 Mitgliedern bestand, von denen 6 der König von Dänemark zu ernennen hatte, soll in Zukunft aus 40 Mitgliedern bestehen, und zwar 20, die in Wahlkreisen auf 6 Jahre und 10 Abgeordnete, die durch Verhältniswahl vom ganzen Lande auf 12 Jahre zu wählen sind. Diese 10 Vertreter, dazu 4 von den in Wahlkreisen gewählten Abgeordneten, bilden das Oberhaus, die übrigen das Unterhaus des Altings. Wahlrecht zu den allgemeinen Wahlen haben alle mindestens 25 Jahre alten, zur Verhältniswahl alle mindestens 30 Jahre alten unbescholtenen Männer und Frauen, die im Lande geboren oder seit mindestens 5 Jahren dort ansässig sind. Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die nicht Untertanen eines anderen Staates sind oder in eines anderen Staates Dienst stehen. Das Alting tritt alle zwei Jahre zusammen, und zwar auf 4 Monate. Ferner hat das Alting ein Gesetz angenommen, das den Frauen beim Unbefähigtstadium, bei Verlesung von Stipendien sowie bei der Besetzung von Ämtern die gleichen Rechte gibt, wie sie die Männer besitzen. Danach ist es also nicht ausgeschlossen, daß auf Island eine Frau unter anderem auch Minister wird. Uebrigens soll das Land in Zukunft drei Minister haben, statt den einen, der bisher die Geschäfte des Landes leitete.

Besehene.

Johannisthal. Montag, den 29. Mai, 8 1/2 Uhr, im „Lindenhof“, Friedeichstraße 61, Vortrag über: „Heinrich Heine“.

Gerichts-Zeitung.

Epheleien bei der Leipziger Straßenbahn.

Als die Angestellten der Großen Leipziger Straßenbahn voriges Jahr die Korbzeilungen zu einer Lohnbewegung trafen, wagten

Die Einleitung, daß die Direktion die Versammlungen der Angestellten befehligte, und daß infolge der Spitzelarbeiten mehrere Angestellte, die sich als Mitglieder des Transportarbeiterverbandes in den Versammlungen und in der Bewegung bemerkbar machten, entlassen wurden. Gegen dies System mußten sich natürlich die organisierten Angestellten wehren. Zu diesem Zweck erschien in ihrem Verbandsorgan „Der Straßenbahner“ ein Artikel, der das von der Direktion gepflegte Spitzelsystem kennzeichnete und den Schaffner Brauer der Spitzelarbeit beschuldigte. Gleichzeitig wurde auch das Bild Brauers veröffentlicht. Auf Grund dieses Artikels stellte die Direktion der Großen Leipziger Straßenbahn Strafantrag wegen Beleidigung ihrer Mitglieder und veranlaßte auch, daß Brauer Strafantrag wegen Beleidigung seiner Person stellte. Der Strafantrag richtet sich gegen den verantwortlichen Redakteur des „Straßenbahner“, Hermann Rathmann in Berlin. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage, die am Montag vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I Berlin verhandelt wurde. Hier wurde durch die Zeugenvernehmung folgendes festgestellt:

Während der Lohnbewegung der Straßenbahner schickte der Bahnhofsverwalter Höring im Auftrage der Direktion Schaffner, die auf Seite der letzteren standen, in die vom Transportarbeiterverbande einberufenen Versammlungen der Angestellten. Diese „Vertrauensleute der Direktion“, wie sie der Bahnhofsverwalter nennt, hatten den Auftrag, der Direktion zu hinterbringen, was in der Versammlung vorging und vor von den Angestellten sich als Redner betätigte. Für diese „Vertrauensdienste“, die von den Arbeitern mit Recht als Spitzelarbeit bezeichnet werden, erhielt der „Vertrauensmann der Direktion“ jedesmal die splendide Belohnung von einer Mark. — Eines Tages, als wieder eine Versammlung stattfinden sollte, fragte der Bahnhofsverwalter Höring den als Direktionsstreue bekannten Schaffner Brauer, ob er in die Versammlung gehe. Brauer bejahte und Höring bemerkte darauf: „Es ist gut, daß Sie hingehen, dann erfahre ich doch auch, was da los ist.“ — Brauer ging also in die Versammlung, erstattete dem Bahnhofsverwalter Bericht und teilte ihm mit, daß viele der Angestellten da waren. Eine Mark hat Brauer für diesen Dienst nicht bekommen. Er hat sich anscheinend freiwillig und gern als Vertrauensmann der Direktion betätigt.

Am Tage nach der Versammlung soll der Schaffner Wünsche, wie Brauer behauptet, Wünsche aber bestreitet, zu Brauer gesagt haben: „Den Spitzeln, die den Wagen besteigen, müßten die Augen mit Steinen ausgeworfen werden.“ — Brauer will darüber sehr erregt gewesen sein. Als er gleich darauf den Wagenmeister Krefte traf, sagte er zu diesem: „Ich hätte nicht gedacht, daß der junge Wünsche so rot ist.“ Der Wagenmeister machte hiervon dem Verwalter und dieser der Direktion Mitteilung. Wünsche wurde daraufhin, ohne daß ihm Gelegenheit gegeben war, sich zu verantworten, sofort entlassen. — Wünsche hat eine Schadenersatzklage gegen Brauer angestrengt, weil dieser durch unwahre Angaben die Entlassung Wünsche verursacht habe. Im Vergleichsweg hat Brauer die Hälfte der eingeklagten Summe an Wünsche gezahlt, nachdem die Zeugenvernehmung zuungunsten Brauers ausgefallen war. — Diese Tatsachen sind es, die der Veröffentlichung des Artikels zugrunde liegen.

Eine Beleidigung der Direktion hielt selbst der Staatsanwalt nicht für vorliegend, doch meinte er, der Schaffner Brauer sei zweifellos beleidigt und mit Boykott bedroht worden, weil er nicht Verbandsmitglied sei. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Wochen.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, beantragte

Freisprechung, weil weder die Direktion, die ja, wie festgestellt wurde, ein Spitzelsystem unterhalten habe, noch Brauer beleidigt sei und weil dem Angeklagten der Schutz des § 103 zur Seite stehe, denn er habe als Angestellter des Verbandes den Artikel veröffentlicht, nicht zum Zwecke des Boykotts, wie der Staatsanwalt sagte, sondern um die Verbandsmitglieder zu schützen vor der unsauberen Tätigkeit der Spitzel.

In dem Urteil, welches Landgerichtsdirektor Speittfänger verkündete, wird gesagt, daß die Direktion durch den Artikel nicht beleidigt sei. Dagegen sei der Schaffner Brauer ohne jeden Grund in der schwersten Weise beleidigt. An sich stehe dem Angeklagten der Schutz des § 103 zur Seite, aber aus den Umständen sei die Absicht der Beleidigung zu erkennen. Auf Grund der Aussage Brauers kam das Gericht zu der Ansicht, daß Brauer nicht, wie der Artikel sage, durch Verrat, Verleumdung und unwahre Angaben Wünsche aus Lohn und Brot gebracht habe. Das Gericht hielt die Beleidigung für so schwer, daß es den noch unbestraften Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilte.

Aus aller Welt. Positives Christentum.

Der bekannte Forscher Ernst Haedel in Jena ist kürzlich von einem Unfall betroffen worden, der den hochbetagten Mann längere Zeit an das Krankenlager fesseln wird. Ernst Haedel, der erst jüngst wieder seine Gegnerschaft zum Sozialismus öffentlich bekundet hat, ist den Frommen im Lande längst ein Dorn im Auge, weil das Ergebnis seiner Forschungen sich mit dem Bibelglauben durchaus nicht in Einklang bringen läßt. Einer dieser Frommen hat es nun fertig gebracht, dem Professor folgenden Brief zu schreiben:

Berlin, den 22. Mai 1911.

Sehr geehrter Herr Professor!
Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher, so heißt es in einem alten Sprichwort. Endlich, endlich hat der ewige, gerechte Gott, dessen unsagbare Barmherzigkeit und Geduld Ihnen gegenüber geradezu anbetungswürdig ist, Ihnen sich offenbart! Es ist Gottes, ja wohl des lebendigen Gottes Hand gewesen, die Sie jetzt noch in so hohem Alter geschlagen hat! Mit unerbittlicher Freude und Zerknürung haben wir positiven Christen davon gehört, daß Sie nun hoffentlich zu dauerndem Siechtum verurteilt sind. Mögen Sie auf Ihrem Schmerzenslager zu dem Bewußtsein kommen, daß Gott sich nicht spotten läßt, und mögen Sie vielleicht doch noch der Erfahrung teilhaftig werden, daß es besser ist, ein Gottesbekenner als ein Gottesverleugner und Abtrünniger der Kirche zu werden. Kurz nachdem Sie aus der Kirche ausgetreten sind, hat Sie der lebendige Gott von Ihrer Ueberhebung herabgestürzt! Vielleicht hilft Ihnen nun der Gott der Affen! Sie selbst sehen allerdings einem Affen ähnlicher als einem Menschen.

Mit dem Wunsche, daß Ihnen der lebendige Gott noch viele Zeichen seiner Allmacht in Gestalt von Schmerzen und Siechtum geben möge, daß Sie sich krümmen unter Schmerzen, daß Sie nie wieder ganz geheilt werden mögen.

Im Auftrage vieler positiver Christen, die sich über die gerechte Strafe Gottes freuen.

Prof. Dr. v. W.

Kalträglich hat der Vriesschreiber, wie es bei derartigen Gesindel üblich ist, es nicht gewagt, seine frommen Wünsche mit seinem wirklichen Namen zu deden.

Die Flugwettbewerbe.

Der Rheinische Zuverlässigkeitsflug hat mit der am Sonnabend zurückgelegten Strecke Frankfurt—Offenbach—Darmstadt—Frankfurt

sein Ende erreicht. Da der Strich-Pilot Pilot Sirks auch diese siebente und letzte Etappe der 670 Kilometer betragenden Flugstrecke glatt zurücklegte, wurde er zum Sieger erklärt. Er erhielt den ersten Zuverlässigkeitspreis von 35 000 M. und den Preis des Kriegsministeriums von 5000 M. Durch weitere Etappenpreise erhöht sich der Betrag auf rund 50 000 bis 60 000 M. Außerdem hat sich das Kriegsministerium verpflichtet, dem Sieger einen Apparat für 25 000 Mark abzugeben.

Beim Sachsenrundflug wurde die zweite Etappe Dresden-Leipzig bisher von Lindpaintner, Laitsch, Wächner und Kahnt in ununterbrochenem Fluge zurückgelegt. Zur Zurücklegung der 100 Kilometer weiten Strecke gebraucht Lindpaintner 55 Minuten, Laitsch eine Stunde eine Minute, Wächner eine Stunde und Kahnt eine Stunde 14 Minuten.

Zum Fernflug Paris-Rom-Turin soll morgen bei Paris der Start stattfinden. Auch der Sieger des Fernfluges Paris-Madrid, der Moranz-Pilot Bedrine, beabsichtigt sich an dieser neuen Konkurrenz, die über 2100 Kilometer geht zu beteiligen.

Vergeltliches Mischen.

In der Nummer 110 der „Hohenzollernischen Wälder“ findet sich folgende Notiz: Heute früh fand in der Josefskapelle auf dem zu den fürstlichen Besitzungen gehörenden Josefsberg ein Gottesdienst statt für den heute zur Beurteilung durch das Schwurgericht kommenden Rechnungsrat Wesener.

Die frommen Gebete — freilich ohne Wirkung — wurden von Priestern der katholischen Kirche gesprochen für einen Mann, der in 158 Fällen das Geld kleiner Leute unterschlagen hat. Die Gesamtsumme der von dem frommen Gauer trotz sorgfältigen Ausnommens unterschlagenen Gelder beträgt 8076 M. Das Schwurgericht in Gehingen verurteilte Wesener zu einer Gefängnisstrafe von 3 Jahren und 4 Monaten.

Der russische Anglistall.

Seit Jahren ist eine Kontrollkommission des russischen Senates damit beschäftigt, die von Offizieren und Beamten während des russisch-japanischen Krieges begangenen Unterschleife festzustellen. Jetzt liegt der Bericht der Kommission vor, wonach die wahrgenommenen Betrüge mehr als 12 Millionen Rubel betragen. Wie die Kommission erklärt, ist die wirkliche Summe der unterschlagenen Gelder erheblich größer; genau aber wird sie sich nie feststellen lassen. Eine große Zahl Offiziere und Armeebesamte ist durch die Untersuchung bloßgestellt worden.

Kleine Notizen.

Folgschwerer Hausseinbruch. Durch einen Vergrüß wurde gestern vormittag im badischen Dorfe Fischetten ein Wohnhaus zum Einsturz gebracht. Der Besitzer des Hauses und ein Kind wurden durch die Trümmer erschlagen, zwei Kinder erlitten schwere Verletzungen.

Polizeiagent und Mörder. Wegen des Verdachts, an der Ermordung und Verraubung einer reichen Hausbesitzerin beteiligt zu sein, wurde in Kralau der Polizist Naidt verhaftet.

Ein elfjähriger Selbstmörder. Wegen eines Verweises hat in der ungarischen Stadt Debreczin der elfjährige Schulknabe Gabriel vor den Augen seiner Eltern sich eine Revolverkugel in den Kopf gejagt und tödlich verletzt.

Explosion in einem Schmelzwerk. Freitag abend erfolgte in Philadelphia in einem Schmelzwerk eine Explosion, wobei ein Arbeiter getötet und sechs schwer verwundet wurden. Eine Feuersbrunst zerstörte die Anlagen. Einer der Verletzten ist gestorben.

Todes-Anzeigen

Heute nachmittag starb plötzlich am Gehirnschlag unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter
Frau Rosine Paradies
geb. Mayer
im 64. Lebensjahre.
Berlin, den 27. Mai 1911.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Julia Liebknecht geb. Paradies.
Willi Paradies.
Dr. K. Liebknecht.
Die Zeit der Beerdigung wird noch angezeigt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 21. Mai verstarb unser Genosse, der Schankwirt
Albert Fischer
Stettiner Str. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, mittags 12 Uhr, am Rudolf-Bräuhof, Krankenhaus aus nach dem Sophien-Kirchhof, Friedenwalder Straße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 27. Mai verstarb unser Genosse, der Zigarrenhändler
Franz Schubert
Reue Hofstr. 15.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes, Neuer Friedhof, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Donnerstag, den 25. Mai, früh 9 Uhr, meine innig geliebte Frau, meine herzensgute, treuergebende Mutter, unsere liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante
Marie Feuerhelm
geb. Grunke
im Alter von 86 Jahren nach kurzem, aber schweren Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt am
August Feuerhelm
Rigter Straße 25, nebst Tochter, Eltern und Geschwistern.
Die Beerdigung findet Montag, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Paul Bock
am 25. d. Mts. durch Freitod gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes, Neuer Friedhof, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
117/18 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 25. Mai, verschied nach langen, schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin
Martha Müller
geb. Hildebrandt.
Dies zeigen tiefbetrübt am
David Müller nebst Kindern, Berlichingstr. 15.
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes in Widensee aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 25. Mai verstarb unsere Genossin Frau
Martha Müller
Berlichingstr. 15.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hellands-Kirchhofes, Widensee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
227/15 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Parteigenosse
Friedrich Bergmann
Güterstr. 76 (14. Bez.)
am 26. d. Mts. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Schlechte Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Am Freitag verstarb unser lieber Mitarbeiter, der Schriftsetzer
Otto Decker
im Alter von 29 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt.
Das Personal der Buchdruckerei
H. S. Hermann. 20355

Sozialdemokratischer Wahlverein
Treptow-Baumshulenberg.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Sattler
Max Döhnert
Gräbstr. 4 (Bez. 12)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Treptower Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Nachruf.
Am 21. d. M. verstarb unser Genosse, der Zigarrenhändler
Ernst Storde
Eisenstr. 110 (Bez. 6).
Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.
Ehre seinem Andenken!
202/15 Der Vorstand.

Freie Turnerschaft
Rixdorf-Brütz.
Mitgl. d. Arb.-T.-B.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Turngenosse
Otto Decker
am Freitag, den 26. Mai, nachmittags 6 1/2 Uhr, nach langen, schweren Leiden verstorben ist.
Wir werden seiner stets gedenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Mitglieder veranlassen sich 8 1/2 Uhr im Lokale von J. C. H. Knebelstraße.
Pöhlzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet
291/19 Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen herzlichsten Teilnahme und reichen Spenden bei der Beerdigung meines lieben unerblicklichen Mannes und Vaters
Franz Ulrich
sage ich allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere dem 4. Berliner Reichstagswahlkreis, den Genossen des 302. Bezirks, dem Verbande der Zimmerer, Kattstelle Berlin, und den Mitgliedern des Hauses Wetzlarweg 41 meinen herzlichsten Dank.
Anna Ulrich nebst Tochter.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droßkeller
Friedrich Zander
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus nach dem neuen St. Michaels-Kirchhofe statt.
Um rege Beteiligung ersucht
69/6 Die Bezirksverwaltung.

Allen Teilnehmern bei der Beerdigung meines herzensguten, treuergebenden Sohnes und Bruders
Hermann Rabe, sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. 20155
Witwe Rabe und Tochter.
Dankfagung.
Für die zahlreichste Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, Bruders und Schwagers
Fritz Schlicht
sagen wir allen Bekannten und Verwandten sowie dem Kolonnenhändlerverein „Südost“ und dem Verein „Allgemeinheit“ unseren besten Dank.
Die trauernden Kinder, Schwester und Schwager.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Hautleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4
Hermann Fischers billigste Särge
Berlin, Urbanstr. 111, Ecke Nollendorfstr., über Rixdorf. Tel.: Amt IV, 19459.

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andronstraße).
Schr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handtaschen, Schürzen etc. v. einfachsten bis zum hochfeinsten Genre. Anfertigung niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Unserem Bezirksgenossen
Reinhold Frode und Frau
zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche
Die Genossin des 5. Bezirks
Pankow. 44512

Unserem Freund u. Genossen
Reinhold Frode
nebst seiner Gattin
Genossin Frode die herzlichsten Glückwünsche zur Silbernen Hochzeit. 44512
Die Funktionäre des Bezirks
Pankow
Kreis Nieder-Barnim.

Die besten Glückwünsche
Franz Valerius und Frau
zur
Silber-Hochzeit.
Mehrere Freunde.

Der Herr Regierungspräsident hat mit Schreiben vom 18. Mai 1911 verfügt, daß die
Apotheke in Grünau
wie früher zur Arznei- und Heilmittellieferung wieder zugelassen sei.
Wir bringen diese Verfügung hiermit zur Kenntnis unserer Kollegen.
276/13
Adlershof, den 26. Mai 1911.
Der Vorstand

der Gemeinamen Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend.
Hax Knappe, Vorsitzender.

Ich habe mich
Motzstraße 75, part.
(am Nollendorf-Platz)
niedergelassen. 79/11
Telephon: Amt VI 3808.
Werner Freudenberg,
prakt. Zahnarzt.
Blumen- und Franzbinderei
von Robert Meyer,
am Mariannen-Straße 2.

Josef

ADMIRAL

Die neue Marke

Beste 4 Pfg. Cigarette.



Jede Dame erhält **Kredit** bei 1 Mark wöchentlicher od. 4 M. monatl. Abzahl.

Chique Kostüme & Kleider
 M. 140, 105, 80, 60 (Anzahl v. 10 M. an)
 M. 54, 40, 32, 22 (Anzahlung v. 5 M. an)

Modernste Paletots
 M. 90, 75, 60, 52 (Anzahlung v. 8 M. an)
 M. 48, 42, 36, 24, 16 (Anzahl v. 4 M. an)

Elegante Röcke & Blusen
 M. 48, 44, 40, 35 (Anzahlung v. 6 M. an)
 M. 30, 24, 18, 15, 12 (Anzahl v. 3 M. an)

Jeder Herr erhält **Kredit** bei 1 Mark wöchentlicher od. 4 M. monatl. Abzahl.

Herren-Anzüge
 M. 75, 68, 62, 58 (Anzahlung v. 10 M. an)
 M. 48, 40, 32, 24 (Anzahlung v. 6 M. an)

Paletots & Westen
 M. 65, 54, 48, 42 (Anzahlung v. 8 M. an)
 M. 40, 32, 24, 18 (Anzahlung v. 5 M. an)

Knaben- & Burschen Confect

In allen Größen und Preislagen
 Anzahlung von 3 Mark an

Bis **Pfingsten** erhält jeder Herr einen eleganten Sicherheits-Rasier-Apparat gratis.

Max Friedeberg G.m.b.H.

Bülowstrasse 24 an der Potsdamer Str. (Hochbahn-Station)

Möbel auf Kredit

- Einzelne Gegenstände Anzahlung von 3 M. an
- Komplette Zimmer Anzahlung von 10 M. an
- Solide 2 Zimmer-Wohnung Anzahlung von 25 M. an
- Ganze Einrichtung Anzahlung von 40 M. an
- Eleg. Wohnungs-Einrichtung Anzahlung von 80 M. an

Monatsraten nach Wunsch des Käufers.

10000 M. Strafe

verpflichten wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgenommenen neuen Maß-Anzüge und Paletots ab, die wir 33% bis 50 pCt. unter Preis abgeben, damit wir unsere guten Sachen nicht zu verramschen brauchen. Andere Sachen kommen mit zum Verkauf. Anzüge aus englischen und deutschen Stoffen, von unseren Maß-Schneidern in der stillen Zeit angefertigt, zu spottbilligen Preisen.

Sonntags während der Verkaufszeit geöffnet.
Gebr. Heinemann, Engl. Herren-Moden
 Behrenstr. 26a, vis-à-vis der Passage, ^{Kein Laden}
 Bitte, ausschneiden und bei Bedarf nachfragen.

Artikel für **Kinder-, Sommer- und Vereinsfeste!**
 Zügelaternen, Stocklaternen etc.
 Ballonlaternen, Girlanden etc.
 Artikel f. Tombola, Artikel f. Laubkolonien.
 Verlangen Sie Sommerkatalog 1911.
 Billigste Bezugsquelle! Resonanzwahl!
Versandhaus M. Liemann
 Berlin C. 25, Prenzlauer Straße 46 V. *

Anerkannt sehr leistungsfähig **BRILLANT**
 ist die Weltfirma **FABRIK-MARKE**

Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen
 Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges.
 Versand direkt an Private.

Nachstehende Uhrkette versenden wir **30 Tage zur Probe!**

Herren-Nickel-Uhrkette mit Kautschukstempel
 Elegant und modern, billig und gut.

Nr. 1830. Feine kräftige Panzer-Uhrkette aus Nickel, bester Qualität, unter Garantie stets weiß bleibend, 28 cm lang, mit schönem Medaillon-Anhänger, fein vernickelt, mit Photographie; der Anhänger enthält lewendig einen herausnehmbaren Kautschukstempel, welcher mit beliebiger Inschrift nach Angabe eines jeden Käufers extra angefertigt wird. Der Stempel kann die volle Adresse des Bestellers enthalten und ist, da an der Uhrkette getragen, stets zur Hand, um Briefe, Kuverts, Karten, Bücher etc. stempelein zu können.



Preis der Uhrkette einschließlich Medaillon mit fertigem Stempel, Stempelfarbe und Pinsel

nur **1.60 Mk.**
 Umsonst und portofrei versenden wir auf Wunsch an jedermann unseren großen illustrierten



Pracht-Katalog, welcher ca. 10000 Gegenstände aller Waren-gattungen in größter Auswahl enthält.

Versand unter Nachnahme oder gegen Voranzahlung des Betrages.

Garantieschein: Nicht-gefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um od. zahlen Betrag zurück.

Der **Weltruf** unserer Firma bürgt dafür, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.

Tausende Anerkennungs-schreiben loben die Güte und Qualität unserer Waren. Bei Sammel-Aufträgen Extra-Vergünstigungen.

„Zünftigste Goldschmelze 'Königinn'! Die größte, weil bei Königinn-Melze"

„Vorwärts“-Lesern 5%
5% Nach beendeter Saison-Verkauf
 zu außergewöhnlich billigen Preisen
Gelegenheitskäufe!!!
Großer Posten Teppiche
 zurückgesetzte Muster
 Sofagröße 875, Zimmergröße 1450, Salongröße 2275.
 Ganz bedeutend im Preise herabgesetzt sind:
Gardinen-Restbestände
 1-4 Fenster 1,95, 2,25, 4,75.
Plüsch- u. Tuch-Portieren
 wundervolle Dessins, Garnitur 2,95, 6,25, 9,75.
 Riesige Auswahl in **Plüsch Tischdecken**
 6,25, 9,50, 12,75.
Diwanddecken, Bettvorlagen, Felle, Läuferstoff-Reste
 zu kolossal billigen Preisen!
Teppichhaus Georg Lange
Chausseestr. 73/74.

5% Die reellsten und billigsten Möbel
 und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger Straße 5.
 64L*

„Hoffnung“
 Berliner Schneiderei-Genossenschaft
 E. G. m. b. H.
 Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185** Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr.
 Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.
 Empfiehlt sich allen **Arbeitern, Parteigenossen und Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter
Herren- u. Knabengarderobe
 Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
 Große Auswahl in **Sommer-Paletots, Wäster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen** in allen Größen und Preislagen sowie **Arbeiter-Berufs-Kleidung.**
 Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.
 Lieferanten 100/1* der **Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend, des Charlottenburger Konsum-Vereins** sowie des **Arbeiter-Radfahrerbundes.**
 NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.
Heute Sonntag bis 6 Uhr geöffnet.

Bettfedern-Fabrik
 BERLIN S. 100
 Prinzenstraße 46-47
Gustav Lustig
 Größtes Spezial-Geschäft Deutschlands für **Bettfedern, Daunen**
Fertige Betten, Bett-Inlette
Metall-Bettstellen, Matratzen
 Daunen-Steppdecken und alle anderen **Bett-Artikel**
 Beste Bettenfüllung **Monopol-Daunen**
 (zusätzl. gesch.)
 Pfd. 2.85 M. 3-4 Pfd. zum großen Oberbett.

Kadda
 CIGARETTES
 SCHUTZ-MARKE
 Spezialmarke: Kadda Gold, beste 2 Pig.-Cigarette
Cigarettenfabrik „Kadda“
 Berlin N. 37.

B. Feder
 Brunnenstrasse 1
 Frankfurter Allee 89
 Kottbuser Damm 103
Auf Teilzahlung
Damen-Konfektion
Herren-Konfektion
Kinder-Konfektion
 Damen-Hüte
 Herren-Artikel
 Schuhe
 Manufakturwaren
Möbel und Polsterwaren
 Klein- resp. keine Anzahlung.
Wichtig für Annoncen-Leser
 Besichtigen Sie meine Auswahl und stellen Sie Vergleiche an! Sie werden finden, dass meine Waren-Lager denen allererster Spezial-Geschäfte gleichen.
Gratis: Hut, Stock, Schirm, Jabot, Handtasche, Gürtel.
 Fein Preis-Auswahl.
Heute bis 6 Uhr geöffnet.



Wenn einer einen raten soll, mit was er putzt, sagt er:
Blendol.
 Der beste flüssige Metallputz
FABRIKURBAN & LEMM, CHARLOTTENBURG
 In Glasfl. zu 10, 15 u. 25 Pf., Blechfl. zu 20, 30 u. 50 Pf. überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Auf Teilzahlung
 wöchentlich nur 1 Mark
Grammophone
 mit und ohne Nadel zu spielen.
 Harmoniums, Zithern auf unterlegbaren Noten, Mandolinen, Gitarren, Gelgen, Wiener Handharmonikas usw.
M. Juhre's Musikspezialgeschäfte
 I. Geschäft: Brunnenstr. 117, II. Geschäft: Moabit, Gotskowskystr. 31, III. Geschäft: Woldenberger Str. 2, an Greifwalder Str.



Selbstgepflücktes Obst im eigenen Garten
 Ist frischer, gesünder und schmeckt viel besser als vom Händler im Laden gekauftes. — Im eigenen Heim und Garten verleiht man die schönste Ferienzeit und spart die leuere und unbequeme Sommerreise.
 Wir verkaufen Grundstücke mit fertig angelegten **Obstgärten und Ferienhäusern** sehr billig in:
Biesdorf Station der Ostbahn
 Rute von 20 Mark an
Neu-Sadowa Stat. Sadowa, s. d. Strassen, Biesdorf
 Rute von 15 Mark an
Kaulsdorf am Bahnhof
 Rute von 12 Mark an
Stienitzburg Station Friedersdorf s. d. Ostbahn
 Rute von 4 Mark an
 Kleinste Anzahlung. Auch 10jährige Amortisations-Hypothek. Verkaufsteile auf den Geländen und Bahnhöfen
Nieschalke & Nitsche
 Berlin NO 43, Neue Königstrasse 16.
 Fernsprecher: Amt VII, 8170.

Rauchertrost
 in
 schweren Zeiten.
Monti-Zigarette
10 Stück 15 Pf.
Hervorragende Qualität.
 Nur in den reellen Zigarrengeschäften.

1 MARK
 wöchentliche Teilzahlungen
Herren-Garderobe
 Ersatz für Mann Anzug, s. Mann Tadellus-Ausflüß.
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankfurter Str. 37, II. Eingang Strausberger Platz
 II. Geschäft: **Turm-Strasse 18**
 nur erste Etage
 kein Laden!

Die Konsumgenossenschaft im eigenen Heim.

Weit draußen im Osten von Berlin, in der Rittergutstraße in Lichtenberg ist es gelegen: das eigene Heim der Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend. Das Grundstück, das für die Zwecke der Konsumgenossenschaft erworben worden ist, hat die stattliche Größe von 12 310 Quadratmeter; für eine eventuell sich nötig machende Erweiterung ist das Verkaufrecht auf das Nachbargrundstück vorgelegen. Auf diesem Grundstück sind in verhältnismäßig kurzer Zeit eine Anzahl Gebäude errichtet worden, die den verschiedensten Zwecken dienen werden. Umfangreiche Lagerräume sind für das Zentrallager bestimmt und so angelegt, daß von der einen Seite die Lastwagen, von der anderen die Eisenbahnwagen soweit heranzufahren können, um bequem entladen werden zu können. Lichtvolle Räume sind für das Kontor hergerichtet. Besondere Wert ist auf die Eigenproduktion gelegt. In erster Linie kommt hier die Bäckerei in Frage, die seit Anfang April im Betriebe ist. Mit allen technischen Einrichtungen der Neuzeit ausgestattet, ist es ermöglicht worden, daß bei Zubereitung der Backwaren fast ausschließlich Maschinen verwendet werden. Die innere Einrichtung dieser Bäckerei wird unseren Lesern in Kürze imilde in einer der nächsten Nummern der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“ veranschaulicht werden. Die Kaffeerösterei ist soeben in Betrieb gesetzt worden. In Kürze werden die Selterwasserfabrik, die Eismaschine und die Kühlräume in Benutzung genommen werden. Nicht unerwähnt bleiben soll, daß Kraft und Licht für die gesamte Anlage selbst erzeugt wird. Auch Automobile haben Unterkunft gefunden, um den Verkehr zwischen dem Zentrallager und den Verkaufsstellen aufs reichste zu bewältigen. Nach der Vorderfront zu wird die gesamte Anlage abgeschlossen durch Wohnhäuser, die für Wohnungen für Angestellte bestimmt sind, und denen der Architekt eine hübsche Fassade gegeben hat. Die Verwaltung ist bemüht gewesen, die gesamten inneren Einrichtungen auf das praktischste einzurichten und anderswo gemachte Erfahrungen zu berücksichtigen.

Was wir hier in der Rittergutstraße sehen, tritt uns als Folgeerscheinung der Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in Berlin vor Augen. So lange in Berlin diese Bewegung zerstückelt war, ging es nicht recht vorwärts, wozu kam, daß auch manche Erfahrung gesammelt werden mußte und auch gewisse Mißerfolge nicht ausblieben. Erst als im Jahre 1908 die Verschmelzung des Berliner Konsumvereins mit der Konsumgenossenschaft erfolgte, begann für die Konsumvereinsbewegung in Berlin eine neue Ära. Die Reibungsflächen waren beseitigt und es war viel leichter als bisher möglich, weitere Kreise der Berliner Arbeiterschaft von der Notwendigkeit, auch auf dem Gebiete des Konsums sich zusammenzuschließen, zu überzeugen. Und gestützt auf die nunmehr einsetzende erfreuliche Entwicklung, faßte die Generalversammlung der Konsumgenossenschaft bereits am 27. September 1908 den Beschluß auf Herausgabe von Hausanteilen in Höhe von einer halben Million Mark. Am 30. Juni 1909 wurde das Grundstück in der Rittergutstraße erworben und im Februar 1910 wurde bereits mit dem Bau begonnen. Die Grundsteinlegung erfolgte am 29. Mai 1910 und Anfang April dieses Jahres konnte ein Teil der Räume in Benutzung genommen werden. Der Bau ist in einer Weise gefördert worden, daß manche Behörde sich daran ein Beispiel nehmen sollte. Und was das erfreuliche ist, es ist während der Bauzeit kein nennenswerter Unfall vorgekommen.

Zu gestern hatte die Verwaltung eine Anzahl Einladungen an Behörden, Genossenschaftler, Vertreter der Gewerkschaften und der Partei ergeben lassen, um dem Werke die offizielle Weihe zu geben. In einem schlichten — sonst anderen Zwecken dienenden — großen Saal begrüßte im Namen des Vorstandes der Geschäftsführer Herr Junger die Gäste. Er warf einen Rückblick auf die Entwicklung des Konsumvereinswesens, besonders in Berlin, zeigte die Schwierigkeiten, gedachte der Verschmelzung der Vereine und des sich daran knüpfenden Aufstieges bis zur Gegenwart. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Konsumgenossenschaft in dieser Weise sich weiter entwickeln möge. Im Anschluß daran überbrachten Vertreter der Groß-Einkaufsgesellschaft in Hamburg, vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, vom Konsumverband der Provinz Brandenburg Größe und Glückwünsche. Frau v. Dessau zog einen Vergleich der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung in kleinen Orten mit der in großen Städten. Es sei auffallend, daß in den großen Städten die Konsumvereinsbewegung schwächer sei als in kleinen Orten. Das zeige sich in Dänemark und Schweden, selbst in England und Frankreich. Er hoffe, daß die Errichtung des eigenen Heims in Berlin gute Wirkungen im Lande hervorrufen werde. A k t e n s t e i n feierte die neue Einrichtung als den Beginn einer neuen Zeit.

Dann wurde ein Rundgang angetreten, der allgemein befriedigte. Bezeichnend ist die Tatsache, daß der Magistrat von Lichtenberg abgelehnt hatte, zu erscheinen, obwohl er bei der kürzlich erfolgten Einweihung der Berliner Fleischermeistern gehörigen Margarinefabrik sehr zahlreich vertreten war. Aber die Verwaltung wird sich zu trösten wissen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung in Berlin und Umgegend wird sich soeben und allem vorwärts entwickeln. Sie wird um so schneller vorwärts kommen, wenn sie sich fernhält von der phantastischen Übertreibung der Bedeutung der Genossenschaftsbewegung innerhalb der Arbeiterbewegung und wenn sie sich in dem Rahmen hält, den der letzte Parteitag in Magdeburg näher umgrenzt hat.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlin und Umgegend.

Auf die in der heutigen Annonce angezeigten Versammlungen in Sachen des Wählerstreiks machen wir besonders aufmerksam und ersuchen die Genossen und Genossinnen für regen Besuch der am

Dienstag

stattfindenden Zusammenkünfte zu agieren.

Die Berliner Versammlungen sind durch das Infetat angemeldet. Für die Anmeldung der Vorortversammlungen

haben die Wahlvereinsvorstände in der üblichen Weise Sorge zu tragen.

Der Zentralvorstand.

Steglitz. Wegen der am Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Birkenwäldchen“ stattfindenden Volksversammlung fällt die Mitgliederversammlung des Wahlvereins aus.

Der Vorstand.

Lankwitz. Am Mittwoch, den 31. Mai, im Restaurant Ebel, Mühlentstraße: Sitzung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Schütte: „Antike, klassische und moderne Kunst.“ 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Abrechnung von der Maisfeier. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes.

Schmargendorf. Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Wirtshaus Schmargendorf, Barnimänder Straße 6: Mitgliederversammlung des Genossen Unger, Brunenwald: Schule, Kaserne und Presse.

Johannisthal. Die Genossen und Genossinnen treffen sich Dienstag abends 7 1/2 Uhr bei Artner, Kaiser-Wilhelm-Str. 48, und besuchen die Versammlung in Rieder-Schönweide.

Stralau. Die Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 31. Mai fällt aus. Am Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Markgrafensälen, Markgrafendamm 34: Desseintliche Versammlung. Die Bezirksleitung.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 31. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in „Perches Bürgerläden“, Friedrichstr. 112. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Niederschönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im „Lindengarten“, Lindenstr. 48: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Wanderungen durch die Mark Brandenburg. Referent: Genosse Heinrich. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-Ost. Dienstag, den 30. Mai, abends 8 Uhr, in den „Hubertusläden“, Provinzstr. 77/79: Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Groger: „Die politischen Parteien und ihre Programme“. 2. Unsere Stellungnahme zum Wählerstreik. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Die Tage der Rosen.

Nach den Tagen der Kastanien und des Flieders die Tage der Rosen. Noch immer ist die Rose die gefeiertste unter allen Blumen. Modeblumen kommen und gehen, die Rose aber überdauert sie schon durch die Jahrtausende, und sie wird kaum jemals einer Mode weichen. In unseren Breiten hat sie schon der alte Theophrastus als die letzte der Frühlingsblumen gefeiert. Mit dem Erschließen ihrer Blüten und mit ihrer Blanzzeit flingt das Frühjahr aus wie in eine Verherrlichung derjenigen Schmuckpflanze, die im Wettbewerb alle anderen weit hinter sich gelassen hat.

Wir meinen, wenn wir von der Rose sprechen, immer die gefüllten Blüten unserer Gärten und nicht die einfach blühenden Rosen unserer Büsche und Gassen. Diesen Unterschied macht auch das Volk. Obwohl bei uns mehrere Rosen wild wachsen (schon in der Jungferheide), so nennt das Volk sie doch gemächlich nur Gagebutten, aber nicht Rosen. Die alten Botaniker haben den Zusammenhang sogar so wenig gekannt, daß sie unsere wilden Rosen noch als „wilde Gagebutte“ mit den Brombeeren zu den „Dornbüschen“ stellten. Man muß aber auch zugeben, daß, so hübsch ein mit weißen oder rötlichen Blüten überdeckter wilder Rosenstrauch auch aussieht, die wilde Rose doch nur ein Äschenbrödel bleibt; erst unter der Hand des gartenbauenden Menschen und mit ihm hat sie sich zu bewundernden Prachtformen entwickelt.

Die zahlreichen Rosen von heute kann auch der Spezialist oft nur schwierig nach Nam und Art unterscheiden. Sie stammen nicht von einer, sondern von vielen wilden Rosenarten, und von manchen wissen wir nicht mehr, wo sie einst als Wildfang heimisch gewesen sein mögen. Schon in sehr alten Zeiten muß der Mensch an ihnen Gefallen gefunden und sie in seine Gärten verlegt haben, wo die Rosen dann in fruchtbarer Erde und sorgfältiger Pflege in Form und Farbe, Wuchs und Wohlgeruch zu immer neuen Bildungen angefeht haben, von deren Ende noch nichts zu bemerken ist.

Wer nachzudenken gewohnt ist über Rousseausche Wildwidheit und die engende Kultur des Menschen, die sich so schlecht miteinander zu vertragen scheinen, der wird nicht vorbeistehen können an dem Beispiele, das die vom Menschen gezogene Pracht der Rosen ihm gibt: ein Bild strahlender Schönheit und Vollkommenheit, aus hübschen aber dürrigen Bildlingen durch die Kultur des Menschen und mit ihr erst erstanden!

Von den Geschäftsklaffen mancher Versicherungsagenten

teilen wir kürzlich eine bedenkliche Probe mit. In Rixdorf hatte bei einem Parteigenossen W., der gegen Feuerfahnen versichert ist, ein Agent mit einem Begleiter dadurch Zutritt erhalten, daß er angab, er wolle die Versicherungspolice prüfen. Hinterher suchte er W. zum Abschluß auch einer Lebensversicherung zu animieren, wobei er eine andere Versicherungsgesellschaft nannte (deren Firma W. nicht genau verstand) und zu ihrer Empfehlung allerlei Nebenarten über die sozialdemokratische Partei sowie über unseren Genossen Bebel machte. Der Agent wies auch auf W.'s Parteizugehörigkeit hin und forschte nach der Adresse des Bezirksführers, von dem er sich die Adressen noch anderer Genossen verschaffen wolle, um sie gleichfalls aufsuchen zu können.

Infolge unserer Mitteilungen über das Bedauern dieser beiden Besucher haben wir aus Rixdorf noch einige Zuschriften erhalten, die Ähnliches melden. Uebereinstimmend wird berichtet, daß immer zwei Agenten zusammen arbeiteten, von denen der eine das Wort führte. Doch hat sich bisher nicht mit Sicherheit ermitteln lassen, ob es sich immer um dasselbe Paar handelt oder mehrere Paare tätig gewesen sind. Einem Parteigenossen W. stellten zwei Besucher sich als Vertreter einer Versicherungsgesellschaft vor, die ihren Sitz in Bremen habe. Um sie zu empfehlen, erzählte der eine, auch Bebel habe bei dieser Gesellschaft eine Lebensversicherung. W. antwortete, ihm sei gleichgültig, wo Bebel sich versichert habe. Obwohl sie ihm ihre Gesellschaft als eine Arbeiterversicherung anpriesen, ließ er sich auf nichts ein und lehnte auch ab, sein Kind zu versichern. Mehr Erfolg hatten bei einem Parteigenossen S. zwei Herren, die er nach ihrem Auftreten zunächst für Angestellte der Feuerversicherungsgesellschaft hielt, bei der er versichert ist. Der eine fragte, ob schon die Prämie für dieses Jahr bezahlt sei, und bezahlte sich die

Quittung, die ihm vorgelesen wurde. Dann kam er auf Lebensversicherung zu sprechen, auch auf Kinderversicherung, nannte die „Bremen-Hannoversche Lebensversicherungsgesellschaft“ und berief sich auf Bebel, um zu zeigen, welches Vertrauen diese Gesellschaft verdiene. S. verstand, daß Bebel im Ausschicht sei. Der Agent fragte auch, ob S. dem Wahlverein angehöre, und äußerte, daß er sich gern noch Adressen von Parteigenossen verschaffen möchte. S. und seine Frau haben beide schon eine Lebensversicherung, erklärten sich aber schließlich bereit, auch mit dieser Gesellschaft noch eine Lebensversicherung abzuschließen. Sie zahlten 1,50 M. Aufnahmegebühr, worüber ihnen eine mit „Direktionsbeamter A. Woschitzky, Potsdamer Straße 97“ unterzeichnete Quittung ausgestellt wurde. Von derselben Versicherungsgesellschaft fanden sich auch bei einer Parteigenossin S. zwei Herren ein. Sie sprachen von der Partei und erzählten, daß bei ihrer Gesellschaft auch Bebel schon seit 17 Jahren versichert sei. Der Oberbürgermeister von Rixdorf gehörte, fügten sie hinzu, gleichfalls zu ihren Versicherten. Die Herren hatten mit ihrem Werben keinen Erfolg. Als Frau S. die Adresse der Agenten forderte, schrieb ihr der eine auf einen Zettel: „R. Walke und F. Herbst, Bremen-Hannoversche Lebensversicherungsgesellschaft, Berlin, Potsdamer Straße 97.“

Genosse Bebel teilt uns auf unsere Anfrage mit, daß er vor 36 Jahren sich bei der genannten Gesellschaft durch Vermittlung eines Bekannten, der dort Agent war, versichert hat. Daß Bebel nicht in ihrem Ausschicht ist und ihm niemals angehört hat, war von vornherein selbstverständlich. Wir empfehlen, ohne weiteres jedem Agenten die Tür zu zeigen, der etwa solchen Schwindel vorbringt, um das Vertrauen zu seiner Gesellschaft zu steigern. Aber auch die Manier, die bloße Mitgliedschaft Bebels als Köder zu benutzen, wird von unserem Genossen Bebel als Ungehörigkeit empfunden. Wir nehmen an, daß Versicherungsgesellschaften, die sich durch ihre Leistungen zu empfehlen vermögen, ihren Agenten unterlagen werden, mit solchen Mitteln zu werden. Parteigenossen sollten gerade diejenigen Agenten abweisen, die dreist auf Bebel sich zu berufen versuchen.

Die Wünsche der Lehrer über ihre rechtliche Stellung in Staat und Gemeinde.

Folgende Forderungen stellte der Berliner Lehrerverein im Anschluß an einen Vortrag des Herrn Rechtsanwalt Abramczyk und des Lehrers Herrn Otto Pausch auf:

- I. Es ist gesetzlich festzulegen, a) ob der Lehrer im unmittelbaren Staatsdienst oder im unmittelbaren Dienst des Schulverbandes steht, bei dem er angestellt ist; b) ob der Lehrer unmittelbarer oder mittelbarer Staatsbeamter ist.
- II. Die Vorschriften der §§ 1—3 des preussischen Gesetzes vom 1. August 1909 finden auf die Lehrer und Lehrerinnen eines Schullehrerbandes Anwendung.
- III. 1. Die Beschränkung in der Wahl des Wohnsitzes außerhalb der Amtsgemeinde ist aufzuheben (§ 93 des Allgemeinen Landrechts, Teil II, Titel 10). 2. Die Beschränkungen, die hinsichtlich des Wahlrechtes der Volksschullehrer zu Mitgliedern des Magistrats, zu Stadtvorverordneten, Gemeindeverordneten, Mitgliedern des Kreisausschusses, Schöffen und Geschworenen bestehen, werden aufgehoben.
- IV. 1. In der Bestimmung seiner politischen Bestimmung und seiner Ständezugehörigkeit ist der Beamte nur insofern beständig, als er dadurch gegen die allgemeinen Strafgesetze vertritt oder die bestehende Staatsform bekämpft. 2. Im Beschwerdeverfahren darf nicht eher eine Entscheidung gefällt werden, als bis dem Beamten Gelegenheit gegeben worden ist, die gesamten Ermittlungen kennen zu lernen und sich darüber zu äußern. 3. Der Beamte ist jederzeit berechtigt, die Eröffnung des formellen Disziplinarverfahrens zu fordern. 4. Die Personalakten einschließlich der Berichte über die dienstliche Tätigkeit sind dem Beamten jederzeit zugänglich. 5. Für Disziplinarverfahren sind besondere Disziplinarakten und Disziplinarhöfe einzusetzen, in denen auch Beamte der Kategorie des Angeklagten, niemals aber dessen direkte Vorgesetzte Sitz und Stimme haben. 6. Die Voruntersuchung findet in Gegenwart des Angeklagten und seines Verteidigers statt. Auf Antrag des Angeklagten sind auch in der Hauptverhandlung Zeugen zu hören und andere Beweise zu erheben. 7. Die mit Zuchthaus bedrohten Straftaten unterliegen hinsichtlich des Disziplinarverfahrens keiner Verjährung. Im übrigen finden die allgemeinen Bestimmungen über die Verjährung Anwendung. Verurteilungen, die in den allgemeinen Strafgesetzen nicht mit Strafe bedroht sind, verjähren in drei Jahren. 8. Das Wiedernahmeverfahren zu Gunsten und Ungunsten des Angeklagten, sowie die Entschädigung unfauldisziplinierter Beamten muß für das Disziplinarverfahren gesetzlich geregelt werden. 9. Im Falle einer Suspension darf eine Gerabsetzung des Gehalts nicht eintreten. 10. Der Erlaß des Beamtengesetzes als Ausführung des Art. 98 der preussischen Verfassung, sowie der Erlaß eines Schulgesetzes ist dringend zu wünschen.

In der Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten vom 24. d. Mts. wurde wiederholt von den günstigen Auserfolgten Kenntnis genommen, welche fortlaufend mit der Pflege der Kinder in den städtischen Heimstätten erzielt werden. Die Beschäftigung der Kinder in der bisherigen Weise durch Spiele unter Anleitung der Kinderpflegerinnen und bei Bewahrung möglicher Freiheit unter Berücksichtigung der Eigenart der Kinder wurde gebilligt. Für ihre Beschäftigung bei schlechter Witterung sowie für den Winter sollen noch einige Frühlingsspiele beschafft werden. Die Beratung über den Erweiterungsbau der Heimstätte für Brustkranke zu Buch wurde auf längere Zeit verlagert, da ein dringendes Bedürfnis gegenwärtig nicht anerkannt werden konnte.

Eine dreiwertständige Störung im Straßenbahnbetriebe, die durch ein fremdes Fahrzeug herbeigeführt wurde, ereignete sich am Freitag am Kriminalgericht. Dort war einem beladenen Wagen der Gerüstbauanstalt Altmann aus Charlottenburg das rechte Hinterrad gebrochen und das Gefährt sperrte die Straßenbahnlinien in der Richtung nach der Gohlisstraße. Durch den Rettungsarbeiten der Straßenbahn wurde das Hindernis beseitigt. Während der Dauer der Störung von 9 Uhr bis 9 Uhr 50 abends wurden die Wagen der Linien 10, 14, Q und W durch die Rathenower und Turmstraße abgelenkt.

Erzürigtes Nachspiel zum Moabiter Kravallprozess. Der Schlosser Paul Bod, der im ersten Moabiter Kravallprozess von der Liebertammer zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, hat in seiner Zelle im Moabiter Untersuchungsgefängnis seinem Leben durch Erhängen ein freiwilliges Ende bereitet. Ein Gefängnisausseher fand Bod am frühen Morgen tot in seiner Zelle vor. Er hatte sich mit seinem Taschentuch an dem Heizungsrohr erhängt. Wie vor wenigen Tagen berichtet, hatte das Reichsgericht die Revision Bod's

gegen das Urteil zurückgewiesen. Bereits im Verlaufe des Moabiters Kriminalprozesses waren von dem Verteidiger Voss Gedanken gegen die Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten erhoben worden, sie wurden aber von den Sachverständigen als unbegründet bezeichnet. Man nimmt an, daß Voss, der zum mindesten als geistig minderwertiger Mensch angesehen werden muß, in einem Fall von Geistessträubung und vor allem aus Verzweiflung über die Zurückweisung der Revision den Selbstmord verübt hat. Er war, wie erinnerlich, derjenige von den Angeklagten im Moabiters Kriminalprozess, der die höchste Strafe erhielt. Voss war beschuldigt, einem Schutzmann einen Messerstich in den Unterleib versetzt zu haben. Er gab die Tat zu, erklärte aber, daß er in Notwehr gehandelt habe. Diese Angaben fanden aber nicht die Anerkennung des Gerichtshofes.

Das Deutsche Opernhaus wird die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung in einer außerordentlichen Sitzung am Dienstag beschließen. Der Ausschuss hat mit großer Mehrheit der Errichtung des Deutschen Opernhauses zugestimmt. Als Bauplatz ist das vom Magistrat vorgeschlagene Terrain in der Bismarckstraße zwischen der Feschenheimer und Krümmen Straße gewählt worden. Es werden jedoch in der Krümmen Straße nur das Grundstück an der Bismarckstraße und vier weitere Grundstücke angekauft. Auf den Ankauf zweier noch vom Magistrat vorgeschlagener Grundstücke in der Krümmen Straße wird verzichtet. Die Gesamtsumme ist auf 3 Millionen Mark bemessen. Das Opernhaus soll ungefähr 2300 Plätze erhalten, die sich auf das Parterre und 3 Ränge verteilen. Die Opernhaus-Betriebs-Gesellschaft übernimmt das Opernhaus auf 30 Jahre in Pacht zu einem jährlichen Pachtzins von 250 000 M. Die Preise der Plätze betragen im Abonnement im Orchesterstich 3,80 M., im 1. Parterre 3,30 M., im 2. Parterre 2,80 M., im 1. Rang 4,80 M., im 2. Rang 2,30 M. und im 3. Rang 1,20 M.

Von einem Hunde zerfleischt wurde am Donnerstagabend ein Passagier in einem Wagen der Straßenbahnlinie 36. In dem Anhängewagen hatte ein Kaufmann Rengel, Wilmstraße 17, mit zwei Hunden Platz genommen. Als ein Herr Hoffmann, Gilschiner Straße 67, den Wagen verlassen wollte, trat er unachtsamerweise in der Dunkelheit einem Hunde auf den Schwanz, worauf das Tier auf Herrn Hoffmann zusprang und ihm den Oberschenkel vollständig zerfleischte. Das wütende Tier konnte nur durch Zureden der Besatzung von weiterem Unheil abgehalten werden. Der Schmerzlekte mußte im Krankenhaus am Urban verbunden werden. Der Besitzer des Hundes dürfte für den Schaden verantwortlich zu machen sein.

Unter dem Pferde begraben. Auf eigenartige Weise ist am Freitag der 23jährige Arbeiter Leo Janowski aus der Puschelstraße 5 schwer verunglückt. Auf dem Grundstück Neue Grünstr. 11 war ein der Drogenhandlung Brüdner, Lampe u. Co. gehöriges Pferd gestürzt und z. B. der bei dieser Firma angestellt ist, war dabei beifällig, das Tier anzuführen. Es gelang auch schließlich, das Pferd in die Höhe zu bringen, doch kam es wiederum zu Fall und stürzte auf den Arbeiter Janowski, den es unter sich begrub. Als der Verunglückte unter der schweren Last hervorgezogen worden war, wurde festgestellt, daß er einen komplizierten Bruch des linken Unterschenkels und anscheinend auch innere Verletzungen erlitten hatte. Er wurde nach der Unfallstation am Spittelmarkt gebracht, wo ihm die erste Hilfe zuteil wurde, und von dort nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt.

Der Jugungsamtstag, der sich am 6. Februar bei Baumschulweg ereignete, wird am Montag die 2. Strafkammer des Landgerichts II in einer Tages Sitzung beschäftigen. Am 6. Februar, frühmorgens kurz vor 8 Uhr, fuhr ein vom Potsdamer Bahnhof kommender Vorortzug in einen von Niederschöneweide-Johannisthal nach Berlin-Stadtdamm ausfahrenden Zug. Die Maschine und vier Wagen entgleisten, zwei Personenwagen wurden mit solcher Wucht aus dem Gleise geschleudert, daß sie die Bahnhofsgebäude zertrümmerten und sich dabei überschlugen. Der eine davon, ein Wagen zweiter Klasse, war leer, dagegen war der zweite, ein Wagen dritter Klasse, ziemlich stark besetzt. Bei dem Unglücksfall sind sechs Personen schwer und elf leichter verletzt worden. Die Schuld an dem Unfall wird dem Führer des von Nixdorf herankommenden Zuges, dem Lokomotivführer Heine aus Lichtenberg, aufgebürdet, der das für seinen Zug geltende „Halt“-Signal übersehen und mit einem auf „Freie Fahrt“ stehenden Signal verwechselt haben soll, das für einen Zug Treptow-Baumschulweg bestimmt war. Heine ist schon 20 Jahre im Eisenbahndienst und hat sich vielfach als sehr umsichtiger Beamter bewährt. Dieser behauptet, daß der Unglücksfall auf mangelhafte Beleuchtung der zu jener Zeit in Frage kommenden Weiche zurückzuführen sei. Er hat in dieser Beziehung durch die Rechtsanwälte Sonnensfeld und Dr. Herbert Franke eine Reihe von Zeugen zu seiner Entlastung vorladen lassen. Im ganzen sind circa 40 Zeugen und mehrere Sachverständige vorgeladen worden.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SO., Abalbertstr. 41. Geöffnet werktäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 2—6 Uhr. In dem Lesesaal liegen zurzeit 649 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Verloren wurde am Dinnelstichtage in Erkner im Restaurant Fiebert ein schwarzes Portemonnaie mit 40 M. Der eheliche Finder wird höflichst erucht, dasselbe gegen Belohnung an F. Fiebert, Berlin, Skalitzer Straße 18, 3 Tsp., abzugeben.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Bei dem Gewerbegericht zu Charlottenburg sind 1910 1602 neue Streitigkeiten gegen 1704 im Vorjahre (1539 i. V. 1908) anhängig gemacht worden. An dem geringfügigen Rückgang (5,99 Proz.) ist allein das Baugewerbe und Bauhandwerk beteiligt. Trotzdem mußten infolge Zunahme der rechtlich schwierig liegenden Streitigkeiten 38 Termine mehr als im Vorjahre angesetzt werden. Von sämtlichen Streitigkeiten entfielen auf das Bauhandwerk und Baugewerbe 466 (57,0 i. V. 1909), auf Fabriken aller Art 161 (15,3), auf das übrige Handwerk und Gewerbe 963 (95,3). Der Wert des Streitgegenstandes betrug von 1—20 M. in 660, mehr als 20—50 M. in 398, mehr als 50—100 M. in 301 und mehr als 100 M. in 210 Fällen. Der höchste Streitgegenstand betrug 7500 (1829) M. Durch Zurücknahme wurden 243, durch Anerkennung 36, durch Vergleich 585, durch rechtskräftiges Versäumnisurteil 208, durch Endurteil 158, durch Rücklassungen des Prozesses und Abweisung wegen Unzuständigkeit 394 Klagen erledigt. Es wurden 183 (145) Terminstage abgehalten und zwar 142 (103) vor dem Vorstehenden allein und 41 (42) vor dem Spruchgericht. Die Durchschnittszahl der in einem Vergleichstermine angehängten Streitigkeiten wurde von 16 auf 12 herabgesetzt. Auch die Verschleppung der Rechtspflege — ein Hauptgrund für gewerbegerichtlicher Rechtsprechung — hat wieder erheblich zugenommen. Statt 60,07 Proz. im Vorjahre wurden 69,7, also fast 70 Proz. aller Streitigkeiten, in einer Woche erledigt. (48,9 Proz. 1908). Bei 33 berufsgerichtlichen Urteilen ist Berufung nur in neun Fällen eingelegt, von denen erst eine Sache und zwar durch Bestätigung des Urteils erster Instanz erledigt ist. Von den schriftlich eingereichten Klagen war ein nicht geringer Teil von Rechtskonsulenten und zumeist derart mangelhaft abgefaßt, daß entweder das angerufene

Gericht sie wegen Unzuständigkeit oder zur notwendigen Ergänzung zurückreichen mußte. Im eigenen Interesse müssen die Rechtsuchenden darauf hingewiesen werden, sich in Streitfällen an die Gerichtsschreiberei oder an die gemeinnützigen Rechtsanwaltsstellen oder an das Arbeitersekretariat zu wenden, wo sie kostenfrei sachgemäße Rechtsauskunft erhalten und ihre Klagen und Schriftsätze richtig und unentgeltlich aufgenommen werden. Eine erhebliche Anzahl von Klagen liegen sich vermeiden, wenn die Arbeitgeber in Gewerbebetrieben, wo noch keine Tarifverträge gelten und Arbeitsordnungen nicht erlassen sind, sich entschließen würden, gedruckte Dienstverträge mit klaren, dem Gesetz entsprechenden Bestimmungen über Kündigung und Arbeitsbedingung bei Abschluß der Verträge mit ihren Angestellten zu verwenden. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Tätigkeit getreten. Gutachten sind nicht erfordert, Anträge nicht gestellt worden.

Wilmersdorf-Palensee.

Heute, Sonntag, den 28. Mai, findet von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr die Gewerbeversammlung statt. Wir ersuchen die Parteigenossen und Gewerkschafts-Kollegen, von ihrem Wahlrecht unbedingt Gebrauch zu machen.

Die am Mittwoch stattgefundenen Wahlen der Arbeitgeber haben gegenüber den früheren Wahlen eine starke Beteiligung gezeigt. Dasselbe erwarten wir von den Arbeitnehmern.

Vornehmlich an die außerhalb wohnenden, aber am Orte arbeitenden Kollegen sei die Mahnung gerichtet, sich vollständig an der Wahl zu beteiligen. Die Gewerkschafts-Unterkommission.

Nixdorf.

Versprengungsversuche mit Despreparaten sind, wie in der Deputation für das Feuerlöschwesen mitgeteilt wurde, in den außerhalb des geschlossenen Stadtteils gelegenen Straßen gemacht worden. Die Versprengung mit Bestrumit hat keine Wirkung gehabt, während die Versprengungsversuche mit Coberit noch nicht abgeschlossen sind. Die endgültige Beschlußfassung über die Art der Versprengung soll später erfolgen. — Ueber das Verhalten der Krankentransporteurs bei eintretender Lebensgefahr des Kranken und über die Mitnahme von Personen auf der Rückfahrt nach der Hauptfeuerwache ist eine Anweisung erlassen worden.

Die Einführung der Reichsversicherungsordnung durch Reichsgesetz will der Magistrat auf dem Deutschen Städtetage bei Beratung der Arbeitslosenversicherung anregen. Ob der Magistrat bei der Mehrheit des Städtetages das genügende Verständnis mit seinen Anregungen antreffen wird, ist allerdings eine andere Frage.

Dem Beschluß der Schuldeputation, während der Sommerferien die Schulsäle als Spielplätze dem Publikum zur Verfügung zu stellen, ist der Magistrat in seiner letzten Sitzung beigetreten.

Friedenau.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitagmittag am Friedrich-Wilhelm-Platz, wo von einem Straßenbahnwagen der Linie F der Beiwagen abgelassen werden sollte. Bei dieser Arbeit geriet der Schaffner Gabel zwischen den Motor- und Anhängewagen und erlitt eine Quetschung der Brust. Der Verunglückte wurde nach dem Kreis-Krankenhaus in Groß-Lichterfelde übergeführt.

Rummelsburg.

Die Gewerbegerichtswahlen

für die Arbeitnehmer finden am Montag, den 29. Mai, in der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt. Alle Wähler mit dem Anfangsbuchstaben A bis G wählen im Restaurant Stern, Türschmidstraße 45, von H bis P im Lokal Anaple (früher Carlin), Hauptstraße 83, von Q bis Z im Lokal Beher (früher Hofstad), Hauptstraße 85.

Wahlberechtigt sind alle Arbeiter, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben und in dem Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder, falls sie außerhalb in Arbeit stehen, am Ort wohnen.

Wir ersuchen die Parteigenossen und Gewerkschaftskollegen, in eine rege Agitation für diese Wahl einzutreten. Jeder in Betracht kommende Arbeiter hat von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Nicht darauf kommt es allein an, daß die Kandidaten der Gewerkschaften gewählt werden, sondern hinter denselben muß auch die übergroße Mehrzahl der Wähler stehen.

Versäume daher niemand die Wahl.

Die Gewerkschafts-Unterkommission Lichtenberg-Rummelsburg.

Zehlendorf (Wanneseebahn).

In der gut besuchten Wahlvereinsversammlung hielt Gen. U & Co einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Unsere Berufung“. Dem Vortrage folgte eine Diskussion, an der sich mehrere Genossen beteiligten. Mitgeteilt wurde, daß die hiesige Polizei bei dem Turnwirt Nachfrage gehalten habe, ob eine Lehrlingsabteilung bestehe. Man scheint also auch hier die Jugend-Aspiration zu betreiben. In den Wahlverein wurden 8 neue Mitglieder aufgenommen.

Der „Zehlendorfer Anzeiger“ wird immer noch von einer großen Anzahl hiesiger Arbeiter gelesen. Belehrung aus diesem Spießbürgerblättchen zu schöpfen über alle die großen Fragen, die die Arbeiterschaft bewegen, ist selbst bei den allerbedeutsamsten Ansprüchen nicht möglich. Dagegen erlebt man es sehr häufig, daß die Vertreterin der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, in der gehässigsten Weise angegriffen wird. Zur vollständigen Charakterisierung dieses Blattes diene noch folgendes: In einigen Nummern desselben werden im Inzeratenteil Streifbretter nach Hamburg gesucht, und zwar so offen, daß ein Zweifel gar nicht möglich ist. Unter der Überschrift: „Wegen Arbeitsniederlegung“ werden Tischler gesucht, die für den horrenden Lohn von 60 Pf. pro Stunde, in Hamburg Klausierbedienten leisten sollen. Hoffentlich fallen keine Zehlendorfer Tischler auf diese Annonce herein. Aber daran sollten die Zehlendorfer Arbeiter wieder einmal erkennen, daß es Zeit ist, die Spießbürgerpresse aus ihren Wohnungen zu verbannen und die Arbeiterpresse zu abonnieren, die ihre Interessen vertritt und ihnen auf allen Gebieten Belehrung bringt.

Weißensee.

Aus dem Bericht des Schulrates für 1910/11 ist erwähnenswert, daß der Gesundheitszustand der Schulkinder im Berichtsjahre im allgemeinen zufriedenstellend war. Das Einvernehmen zwischen Arzt und Schule war ein gutes, und die große Zahl der von den Kindern gemachten Beratungen in der Schule hat bewiesen, daß die Kinder zum Schulrat Vertrauen hatten und gern seinen Rat eingeholt haben. Außer mündlichen Beratungen wurden auch Rezepte verabschiedet und eine große Anzahl zur Spezialbehandlung den betreffenden Polikliniken überwiesen. Bei den Oktober- und Aprilerziehungen wurden in den sieben Schulen 798 Kinder untersucht, davon befanden sich 265 Kinder in gutem, 360 in mittlerem, 173 in schlechtem Gesundheitszustand. Zurückstellungen von Unterricht waren in 18 Fällen erforderlich. Wie der Arzt behauptet, sei von den Beratungen in der Schule sogar manchmal unnötigerweise Gebrauch gemacht worden; im ganzen wurde 2017 mal ärztlicher Rat erteilt. Einer ganz besonderen Aufmerksamkeit wurde der Leistungs- und Hilfsleistung gewidmet, die jetzt schon fünf Klassen ausweist. Die Epilepsie der bedürftigen Kinder in der Volksschule und die Verabreichung des warmen Frühstücks in der Schule hat sich als recht segensreich erwiesen. Ueber den Sport äußert sich der Schulrat wie folgt: „Dem Jugendsport wird noch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Turnen und Schwimmen müßten auch bei den Mädchen noch mehr erfordert werden. Durch häufig nicht stichhaltige Klagen

versuchen es leider viele Eltern, ihre Kinder dem Turnen zu entziehen, nach meiner Ansicht dürften nur Lungentuberculose und körperliche Mängel davon ganz befreien. Dem Schwimmunterricht, dieser der Kräftigung der Körpermuskulatur außerordentlich förderlichen Betätigung, wurden eine Anzahl Knaben, die ich als geeignet ausgewählt, auch in diesem Jahre zugeführt. Für ganz ungeeignet halte ich für Schulkinder den mit sehr unhygienisch und unästhetisch erscheinenden Fußballsport, dem man zu seinem großen Berge häufig sogar auf den Gehbahnen und den Straßen der Gemeinde begegnet. Wenn sich schon Erwachsene durchaus die Knaben dabei zerschlagen und andere Schädigungen zuziehen müssen, so sollte man dies Schulkindern absolut verbieten, was allerdings in erster Reihe Sache der Eltern wäre.“ Die Neuerrichtung der Nachschule wird vom Schulrat lebhaft begrüßt, glaubt er doch eine Schar von tüchtigen Hausfrauen und Mädchen heranzubilden, die insstande sind, der „Nagenfrage“ in der ihr gebührenden Weise nachzutreten.

Reinickendorf.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich gestern vormittag gegen 10 Uhr in Reinickendorf. Dort wollte der dreijährige Sohn Georg des Kaufmanns Freund, Provinzstraße 106 wohnhaft, vor dem Hause 101 der genannten Straße vor einem in der Richtung nach Berlin fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 36 über das Gleis laufen, wurde jedoch, obwohl der Fahrer die Fußbremse anwandte, umgestoßen und geriet mit der linken Körperhälfte unter den Schuttrahmen. Mittels mitgeführter Binden wurde der Wagon angehoben und der Kleine in einigen Minuten hervorgezogen. Auf dem Wege zu einem in der Nähe wohnenden Arzt verstarb leider das Kind an den Folgen der erlittenen schweren inneren Verletzungen.

Rosenthal, Wilhelmshagen, Nordend.

Unter geradezu skandalösen Wohnungsverhältnissen haben die bei den hiesigen Straßenbauten beschäftigten polnischen Saisonarbeiter zu leiden. Die Gemeindeverwaltung hat die Arbeiter, die zu einer besseren Straßenverbindung notwendig sind, der Firma Galand u. Plakow in Schönberg übertragen. Obwohl möglichst hiesige Arbeiter beschäftigt werden sollten, werden meist polnische und galizische Saisonarbeiter herangezogen, jedenfalls, weil die Firma in letztere billigere Arbeitskräfte zu haben glaubt. Hierbei sei mitgeteilt, daß auch bei der Höherlegung der Nordbahn, die die Firma Straußel-Berlin ausführt, Frauen mit Sand- und Steinebeladen beschäftigt werden, trotzdem männliche Arbeitskräfte genügend vorhanden sind.

Ein Teil der polnischen Arbeiter wohnt in Nordend. Vor einigen Tagen wurde nun von unseren Genossen eine Kroschürenverbreitung an diese Arbeiter vorgenommen. Hierbei zeigte sich, daß jene auf niedriger Kulturstufe stehenden, von den Unternehmern aber gerade bevorzugten Arbeiter in Wohnungen leben müssen, die alle Erwartungen auf diesem Gebiete übertreffen. Einer der Genossen teilt uns folgendes mit: Wir kamen zunächst in das Haus Kastanien-Allee 2. Hier sind verhältnismäßig kleine Wohnungen, die zeitweise von 6—10 Mann belegt waren; nur in einem Raum war ein Bett vorhanden, sonst findet man als einziges Möbel die Arbeitsgeräte der Arbeiter, sowie Kisten, Körbe, Koffer und vollgestopfte Säcke. Als Lagerstätte dient auf dem Fußboden ausgebreiteter Stroh; auch Frauen sah man hier, jedoch konnte nicht festgestellt werden, ob diese mit den Männern in gemeinsamen Räumen schlafen. In dem einstöckigen Hause Kastanien-Allee 32 sind, wie uns mitgeteilt wurde, circa 30 Mann, teilweise sogar auf dem Boden untergebracht. Geradezu skandalöse Zustände herrschen im Hause Schönhauserstr. 4. Hier ist ein Seitenflügel vom Keller bis unter das Dach von diesen anspruchlosen Proleten bewohnt. In den weißen Fenstern fehlen die Scheiben. Da die Arbeiter sich vielfach auf dem Spirituslöcher das Essen zubereiten, besteht sogar eine ständige Feuergefahr. Lebensgefahr birgt ein von den Arbeitern bewohnter unterkellertes Stall, dessen Decke von Mäusen und Ratten vollständig unterwühlt ist. Ähnliche Zustände konnte man im Hause Kastanien-Allee 23 beobachten, wo gleichfalls Arbeiter untergebracht sind. Zu verwundern ist, daß die sonst um allerlei Dinge besorgte Polizei von solchen unhaltbaren Verhältnissen bisher keine Kenntnis erhalten hat. Hier könnte eine äußerst fruchtbringende Tätigkeit von ihr entfaltet werden.

Jenen armen, nur auf niedriger Kulturstufe befindlichen Arbeitern kann man es nicht verübeln, daß sie so menschenunwürdig wohnen, in der Nähe der Reichshauptstadt ist es jedoch Pflicht der Behörden, darauf zu achten, daß die bescheidensten Ansprüche an das menschliche Dasein erfüllt werden.

Gerichts-Zeitung.

Ein Akt unerlaubter Selbsthilfe. Zu dem unter Vorstehender Überschrift in unserer Nummer vom 24. Mai gebrachten Gerichtsbericht erhalten wir mit der Bitte um Aufnahme von dem Bandmesser Krüger folgende Zuschrift: „Es wird so dargestellt, als ob Follies u. Hoppe von mir bedeutend, um circa 750 M., geschädigt worden wären. Durch die Verhandlung ist festgestellt worden: 1. daß Follies u. Hoppe die Arbeit nicht vollendet hatten; 2. daß Follies u. Hoppe bis zum Abbruch der Beziehungen Woche für Woche je nach Leistung bezahlt worden sind; 3. daß Follies u. Hoppe speziell mich als Eigentümer nie um Zahlung gemahnt oder verklagt haben; 4. daß die Fertigstellung der Glasarbeiten durch einen anderen Meister, einschließlich der an Follies u. Hoppe gezahlten 2300 M., über 3100 M. gekostet hatte, während mit Follies u. Hoppe ein Anschaffungspreis von 3100 M. für die ganze Arbeit ausgemacht war; 5. daß ich nach Fortnahme der Fenster durch Follies u. Hoppe der Firma 750 M. hinterlegen wollte, bis zum gerichtlichen Austrag der Sache, daß Follies u. Hoppe aber Auszahlung verlangten. Hierauf konnte ich wiederum nicht eingehen.“

Der Tischlerstreik in Henningsdorf wurde durch eine Verhandlung vor dem Spandauer Schöffengericht noch einmal aufgerollt. Unter der Beschuldigung des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung und wegen Verleumdung hatten sich die Tischler Paul Arndt und Paul Wosgen zu verantworten. Beide sollten am 8. März zwei Arbeitswillige durch Drohungen zur Teilnahme am Streik bewegt und beleidigt haben. Die Angeklagten, denen Rechtsanwalt Theodor Liebkecht als Verteidiger zur Seite stand, meinten, daß es sich bei dieser Anklage nur um einen Racheakt des Werkmeisters Rhode handeln könne, dessen Entfernung aus dem Betriebe von Conrad gefordert und deshalb gestreift worden sei. Die Belastungszeugen Tischler Bohnnagel und Friedrich suchten darzulegen, daß sie von den Angeklagten belästigt worden seien. Ramentlich Bohnnagel betonte, daß er sich an die Polizei gewandt habe, die dann auch jeden Tag zwei Beamte in Zivil mitgeführt habe. Vom Verteidiger befragt, ob die Beamten Anlaß zum Einschreiten gehabt hätten, suchte sich der Zeuge um diese Frage herumzudrücken. Auf weiteres Eindringen des Verteidigers in das Verleben dieses Belastungszeugen stellte sich heraus, daß derselbe bereits wegen Bedrohung mit 3 Monate Gefängnis bestraft worden ist. Positive Angaben vermochten beide Zeugen nicht zu machen. Der erste kurze Zeit dem Schöffengericht vorstehende Richter Hans nahm in der Verhandlung insofern eine recht sonderbare Haltung ein, als er einem Entlastungszeugen gegenüber betonte: „Sie waren doch auch einer von den Streikbrüdern!“ Der Amtsanwalt beantragte wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in Idealkonkurrenz mit § 165 des Strafgesetzbuchs 1 Monat Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch nur wegen Verleumdung auf je 50 M. Geldstrafe. Von der Anklage des Vergehens gegen § 153 wurden die Angeklagten freigesprochen.

Nur M. 10 kostet unsere
Patent-Anker-Remontoir-Kavaller-Stahl-Uhr
Modell 1011.
Mit versilbertem Zifferblatt
Mark 12
Mit Sprungdeckel
Mark 18.



Eine gleiche Uhr kostet im Silbergehäuse, Bassinform, 800/1000 Reichstempel, 20 Mark, desgl. mit Sprungdeckel 28 M. in Tala-Silber. . . 35 M.

Für jede Uhr dreijährige schriftliche Garantie.

Belmonte

& Co., Juweliere.

Ateliers für Juwelenschmuck und Kunstarbeiten
Königstr. 46 und Leipziger Str. 97

Ecke Hoher Steinweg an der Charlottenstraße

Heute, Sonntag, sind unsere beiden Geschäfte bis 6 Uhr geöffnet.

Kaufen Sie nur noch
fugenlose Trauringe
Marke Belmonte.
Wir haben die technisch vollkommenste mechanische Einrichtung für die Herstellung von fugenlosen Trauringen.

Hochaparte
Damen-Uhren
mit Brillanten und Edelsteinen verziert
v. 40-500 Mark.
Ohne Edelsteine, aber mit feiner Emaille-Dekoration von 18 M. an.

Grösste Auswahl in **Kolliern**

mit modernen Anhängern, Brillanten, Perlen u. Edelsteinen gefasst
von 17 M. an bis zu den höchsten Preislagen. In gold-plattiert von 7-15 M.

Central-Leihhaus

nur allein

Jägerstr. 71
Ecke Kanonierstraße

Abt. I: Hochelegante Monatsgarderoben, teils in prima Seide, jetzt zum Pfingstfest.

Elegante Monatsgarderoben, welche in vornehmen Werkstätten nach Maß hergestellt sind, werden als Gelegenheitskäufe zu billigsten Preisen zum Verkauf gestellt, und ist die Auswahl gerade in diesen wenig gebrauchten Maßgarderoben jetzt eine sehr große, da bei dem Saisonwechsel ein starkes Lager vorhanden.

Frühjahrs-Paletots und Ulster teils in wenig gebr. Monatspaletots **9, 10, 12, 15, 20, 25.**
guter Seide Maßgarderoben: für M.

Eleg. Herren-Jackett und Rock-Anzüge gebrauchte Monatsanzüge **9, 10, 12, 15, 20, 25.**
Maß-Anzüge: für M.

Abt. II: Täglicher Verkauf von neuen eleganten, modernen Anzügen u. Paletots in engl. Mustern u. Fassons zu billigsten Preisen; Kammgarnanzüge, Hochzeits- sowie Jünglings- u. Knaben-Anzüge. Tausende eleganter Herrengarderoben sind zum Verkauf gestellt, auch selbst für die korpulentesten Herren passend, alles äußerst preiswert. Knabenanzüge und Paletots von 4 M. an. Jünglingsanzüge und Paletots. Schuhwaren und Teppiche sehr billig.

Helle leichte Sommergarderobe. Helle leichte Anzüge.

Heute Sonntag vor Pfingsten bis 6 Uhr abends geöffnet.

Gesunder Schlaf

Zu haben in allen besseren Möbel- und Bettgeschäften aus den Fabriken von

Schickler, Bohe & Co., G.m.b.H.
Elberfeld, Berlin-Tempelhof, Breslau, Frankfurt a. M., Hamburg.

Unübertroffen an Elastizität und Dauerhaftigkeit, mit und ohne federnde Seitenkanten

„Schiboco“-Matratzen

Jede Matratze trägt diese Schutzmarke

Phänomen-Gold

Feinste Cigarette **Stk. 2, 3, 4, 5 Pf.**
Überall zu haben

IS. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. Mai 1911, vormittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
81 116 20 415 92 822 1095 359 218 23 76 419 95 99
807 60 90 810 40 [500] 953 72 [1000] 2740 51 66 327 447
524 406 [1000] 32 919 3045 229 317 19 22 75 400 65 561
678 426 4590 248 92 433 617 [1000] 769 519 42 990 5030
[500] 91 560 94 211 794 818 6012 80 [1000] 190 94 729 407
535 644 719 21 95 506 7038 49 123 48 243 339 494 529
27 72 650 [1000] 2007 37 [10000] 149 274 444 509 [1000]
67 699 740 424 64 75 79 919 37 9299 371 475 535 608 785 90
10700 29 213 95 451 627 733 [500] 827 40 954 [500]
72 11015 127 229 324 507 59 634 53 722 500 81 94 323
12327 415 445 49 131819 21 654 14070 173 208 533 79 83
690 720 899 15284 54 [10000] 170 508 31 437 354 59 94 408
944 16405 47 17010 181 325 417 523 97 607 67 737 [1000]
78 26 18173 36 247 321 444 411 919 21 65 84 95 19280 234
424 [1000] 527 625 716 41 823 954
20128 221 430 847 [1000] 81 89 901 21150 74 523 77
663 92 741 77 [500] 825 27027 49 80 210 65 [500] 403 515
74 94 704 503 23053 64 [1000] 137 [1000] 43 318 59 82
416 582 25 797 809 71 800 [1000] 49 92 24024 197 99 389
444 40 725 25016 [500] 83 121 28 358 76 31 696 731 668
26023 359 41 811 34 151 70 519 [1000] 711 994 27028 122
65 106 [1000] 443 607 448 28406 127 749 300 67 496 95
692 801 74 91 [1000] 918 29015 90 93 111 249 90 339 64
492 [500] 904 928 967
30043 74 130 210 58 [1000] 567 69 639 721 807 31151
[500] 321 422 53 1371 429 849 747 657 42056 375 324 412
501 94 845 343 37 989 [1000] 47 82 43010 147 90 567 608
48 784 82 64 844 5 44624 55 128 223 415 [1000] 659 722
815 213 48 [1000] 38 45584 94 92 148 325 92 905 70 929
46 40887 31 47 367 344 427 404 83 677 751 47159 375
481 589 90 782 45280 309 448 421 40089 311 612 51 [500]
791 844
50868 421 821 72 87 872 51142 44 204 85 587 89
[1000] 428 918 [1000] 784 52047 138 77 297 300 582 427
62 53188 [1000] 455 [1000] 506 918 [1000] 54155 [1000]
723 529 42 222 744 911 [500] 49 78 939 55064 [500] 77
206 45 [1000] 423 71 [1000] 707 705 1010 58300 463 79
84 541 742 808 57119 89 323 413 30 60 602 607 715 82 707
924 58232 119 29 81 242 475 661 [1000] 5 [500] 330 75
1000] 91 929 24 50925 221 191 221 894 623 47 [1000] 714 90
60180 944 419 707 [1000] 70 [1000] 664 941 78 61015
[1000] 141 91 390 41 404 75 87 85 661 [1000] 84 790 917
62907 425 541 929 37 69 875 957 63149 356 [1000] 95
629 714 62 64020 47 142 95 732 857 905 65029 173 314
45 408 28 617 748 447 60547 405 67005 299 450 95 309
67 817 48 41 [1000] 69122 244 77 513 89 323 [1000] 969 73
70281 324 50 322 422 545 406 962 71130 433 286 93
750 929 72047 [500] 100 34 30 121 77 89 201 7 711 73281
442 611 138 74011 24 263 426 555 [500] 694 621 517
72520 223 47 628 721 809 926 95 78031 40 115 204 [1000]
811 21 [1000] 928 748 807 77080 326 463 7 733 [500] 89
78922 314 72 618 808 [1000] 72 927 93 79061 139 63
345 85 295 [1000] 90 484 919 87 624
80122 416 507 622 45 73 91 81808 936 85 82048 174
[1000] 232 412 49 600 83008 87 171 208 403 70 320 835 69
603 522 84 61 710 421 49 527 805 [1000] 27 95 930 97
85026 [1000] 114 50 214 [1000] 91 412 514 878 736 981
86112 236 96 427 43 71 902 720 878 50 312 51 54 87023
150 225 215 927 [500] 648 704 75 83 807 49 84 90 917 85320
88 91 77 413 592 [1000] 692 47 907 89248 323 30 329 37 39
90021 23 192 27 225 340 67 779 806 [1000] 10 929 57
91024 280 [1000] 210 644 709 571 92001 [1000] 90 169
[500] 240 385 427 40 79 [1000] 597 648 [500] 74 79 [1000]
64 869 93024 228 [1000] 247 428 200 327 90 908 94183 71

18. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 27. Mai 1911, nachmittags.
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose beider Abteilungen.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)
189 82 209 27 420 34 520 708 825 932 1061 [500]
135 92 639 44 48 717 25 36 82 819 51 91 96 2042 84 144
77 803 [1000] 405 33 883 976 [316 [1000] 410 564 645
82 877 4054 164 75 237 328 422 522 750 805 84 582 5000
63 91 86 399 88 375 [1000] 388 436 609 909 6242 89 [1000]
267 587 [1000] 632 733 801 76 904 7008 274 47 507 623
36 74 83 775 8186 [500] 519 791 28 74 947 9119 43 88
283 89 89 302 13 467 519 24 35 [500] 730 65 908 77
10085 68 119 235 [1000] 417 568 82 757 11009 218
77 421 68 621 45 80 784 43 910 57 12210 47 [1000] 204
408 22 76 84 716 809 243 91 [1000] 13022 68 119 81 91
829 705 14 34 963 992 89 14179 300 430 32 55 510 43
[1000] 54 640 704 814 22 55 15005 260 519 62 65 876
979 16009 114 44 258 422 632 [500] 811 925 17202 [500]
47 409 11 27 35 58 512 39 710 83 12003 329 [1000] 300
643 702 861 66 19042 174 200 340 91 98 509 76 828 109
803 910 38
20014 498 585 606 96 832 70 21328 105 368 83 542
731 876 506 32 22004 941 409 [1000] 69 737 909 47 73
23115 24 82 223 638 774 [1000] 921 62 89 312 19 24063
[1000] 120 25 423 [1000] 880 25001 442 729 [1000] 826
28021 89 202 [1000] 316 37 [1000] 47 450 59 74 811 58
59 67 27119 779 [1000] 416 95 [1000] 552 618 27 737 850
28016 132 68 67 364 69 457 86 546 67 828 95 923 54
29215 [1000] 61 363 464 [1000] 70 324 706 85
30089 47 82 [1000] 103 250 327 79 412 [1000] 614
791 11 42 417 97 31107 21 289 72 224 71 772 873
32086 223 93 680 805 87 812 60 33027 138 200 59 313
44 444 63 883 924 44 [1000] 34241 418 10 528 56 85
711 18 909 35983 289 495 41 512 57 746 607 62 36047
128 204 92 420 349 937 [1000] 43 39 37104 427 54 70
80 655 74 720 38099 119 84 742 323 410 61 89 406 812
803 928 39214 472 500 550 600
40222 413 519 809 818 37 41705 173 280 429 523
754 90 92 821 915 62 63 [1000] 62129 [1000] 328 425 504
754 [500] 872 4376 [500] 214 24 42 90 311 43 41 449
89 867 82 [1000] 718 21 400 44029 135 215 205 64 114 584
95 787 74 45044 249 641 81 40919 225 409 323 709 90
919 [1000] 78 47015 61 409 590 89 40 47 923 48043 217
25 70 329 419 47 [1000] 528 39 [1000] 41 603 75 42 859
[1000] 49914 69 444 614 47 704
50055 101 20 32 45 266 365 419 831 501 47 51129
594 434 74 [1000] 921 52917 81 329 456 503 419 95 708
54 170 200 324 46 89 96 448 823 25 674 743 68 828 44
53142 210 43 225 512 91 505 55044 200 343 320 821
738 991 56028 228 [1000] 917 57405 45 [500] 618 92
261 304 44 609 63 722 854 52328 91 279 425 71 [1000]
54 318 14 18 021 118 027 [1000] 59280 [1000] 674 325
60011 137 [1000] 243 465 822 50 819 34 52 90 968
61014 59 170 204 284 419 719 [1000] 819 25 62210 11
506 426 29 40 512 025 [1000] 729 816 977 63121 329 29
74 506 613 715 908 [1000] 52 64129 309 645 62 722
[1000] 65 65003 242 352 416 31 32 81 612 736 461 925
66011 31 419 27 384 026 67259 449 561 769 895 970
68004 [1000] 22 318 423 [1000] 564 653 828 [1000]
68005 181 201 423 51 502 10 615 66 99 745 843
70078 514 27 717 607 354 [1000] 55 86 71967 114
82020 29 50 73 313 31 70 413 613 700 21 808 72029 90
82 101 [1000] 254 322 39 412 89 536 624 [1000] 29 942
73129 83 229 21 40 62 87 413 25 46 310 642 92 412
60 74347 [1000] 75 80 [1000] 322 260 301 82 65 413
67 906 29 21 674 [1000] 778 [1000] 524 94 913 750 763
222 48 [1000] 218 405 854 76313 441 599 607 [1000] 618 96
77308 56 68 628 54 78034 234 [1000] 78 450 523 627
814 44 45 70 825 55 79000 323 429 520 638 [1000] 618 96
80070 82 233 475 821 55 81200 295 205 719 [1000]
82019 229 [1000] 425 87 83072 26 46 119 216 300 88
[1000] 512 31 741 848 65513 [1000] 45 67 344 75 520 26
86073 136 54 844 456 [1000] 723 87110 61 251 [1000]
419 24 621 722 [1000] 828 89008 19 205 61 240 43 472
500 643 69 61 85 827 43 292

90180 600 21 33 48 841 53 71 72 90 91225 908
92940 87 158 [1000] 87 804 689 87 721 93048 106 229
28 329 686 94049 300 [500] 417 46 568 84 836 [500] 61
793 95284 312 61 427 64 609 613 702 [500] 732 83
90016 24 109 18 200 65 92 85 494 778 833 63 86 912
[500] 97053 150 237 517 708 874 98077 217 479 247 28
628 27 99063 127 225 41 541 879 872 973
100174 289 300 60 563 618 101045 160 241 214 77
457 80 518 217 61 102036 87 496 508 117 40 897 103127
290 546 637 872 [1000] 501 [1000] 97 104000 14 606 73
[500] 730 60 80 91 862 963 105088 [1000] 23 57 124 205
87 835 513 75 609 827 54 105271 318 29 83 [1000] 419
675 799 815 70 107108 811 39 [1000] 78 407 611 25 727
827 74 97 919 108100 83 709 65 805 800 109062 109
207 14 861 427 544 64 878 901
110343 574 616 790 58 [1000] 111101 70 375 519
47 779 82 94 431 60 112050 139 376 430 [1000] 597 [1000]
700 38 818 201 50 113044 [1000] 36 72 [1000] 32 189
277 [1000] 443 636 748 893 114124 32 59 577 61 609 708
813 [1000] 96 [1000] 115046 310 320 [1000] 478 55 507
[1000] 609 828 81 97 116027 265 602 650 76 106 117070
268 874 90 497 [500] 764 919 65 65 118074 132 336 39
442 84 429 812 76 972 [1000] 50 119163 272 94 491 141
741 86 309 85
120034 173 250 457 509 121060 301 420 61 584 871
919 122128 287 284 [1000] 47 448 71 520 89 618 784
[1000] 403 12 58 840 123127 254 [1000] 476 [1000] 510
610 31 958 505 124121 242 426 513 59 61 80 748 814
125032 163 204 71 [1000] 356 963 89 126067 112 31 812
900 127920 100 38 433 509 606 137 45 128061 [1000]
99 100 327 326 73 77 463 501 10 607 26 743 911 129078
180 424 505 679 779 99 833
130003 179 238 54 479 611 27 73 763 806 95 843 79
131214 422 45 66 [1000] 354 619 750 905 132267 81 324
720 20 814 25 [500] 360 133244 201 421 703 870 83 933
70 134180 481 [1000] 529 604 624 632 135063 424 40 91
501 45 628 45 80 700 48 806 19 136117 31 369 506 608
79 749 816 812 89 137384 600 879 [1000] 900 81 94
138091 33 546 [1000] 623 743 420 50 644 139001 9 [1000]
67 85 181 84 60 213 17 19 80 442 86 [1000] 508 826 703
919 50
140004 90 145 85 283 478 549 640 81 739 860 911
141128 43 824 440 549 682 79 92 142130 77 264 10
216 94 443 [1000] 364 96 660 710 91 143124 26 300 966
[1000] 490 743 [1000] 970 77 144018 197 87 87 265 71
295 44 448 92 513 43 702 87 142150 208 89 376 [1000]
98 734 906 146649 224 312 [500] 762 548 65 [500] 878 84
[500] 85 [1000] 147113 20 329 50 396 97 412 542 91 909
[1000] 85 148089 106 226 47 744 840 447 149029 [1000]
129 82 [1000] 225 [500] 672 780 90
150171 247 479 814 22 151222 456 214 71 874 810
25 152150 282 300 97 413 153126 97 435 87 527 87
672 94 844 51 154028 97 227 51 212 429 327 923 155019
124 43 847 [1000] 41 745 619 42 90 690 156181 [1000] 303
72 521 90 631 791 157068 82 131 41 256 72 864 77 722
158052 81 90 129 558 91 641 70 819 29 39 111 159004
200 200 424 90 509 47 619 42 774
160079 167 317 62 602 730 81 842 161179 [500]
345 327 605 97 526 721 959 [1000] 102048 436 58 6

10. Generalversammlung der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Jimenu, 28. Mai.

Fünfter Verhandlungstag.

Ueber den nächsten Gewerkschaftskongress sprach Wirbig... Der Punkt Agitation unter den fremdsprachigen Arbeitern sei besonders wichtig.

Den dänischen Kollegen, die sich im Streit befinden, wird eine Unterstützung von 1000 M. gewährt.

Briefkasten der Redaktion.

Die kritische Besprechung findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen... G. H. 111. 1. An die Kaiserdeputation, alle Jakobstr. 33/35.

PAUL HANKES Brotbäckereien

Liefen das größte im Geschmack vorzüglichste Roggenbrot

Bäckereien in allen Stadtteilen Berlins und Umgegend.

Die Firma hat die Forderungen der Gesellen bewilligt.

Beglaubigt Karl Hetschold.

Jedes Wort 10 Pfennig.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (Kardeneier) Gelegenheitsverkauf... Jedes Wort 10 Pfennig.

Es lohnt nur bei Max Beth 47, Große Frankfurterstraße 87, altbekannte Firma, zu kaufen.

Das Grundbegriffe der Wirtschaftstheorie... Eine populäre Einführung von Julius Vordardt.

Salontypische! Umzugs- Ausnahmepreise! Große Kosten zurückgegriffen.

Kinderwagen, wenig gebraucht, billig zu verkaufen... Klappstuhlwagen, Kinderwagen.

Damenkleider mit gestreifter Stoffe... Kleider, Hüte, Accessoires.

Gerrengerarderobe ohne Geld bei keiner Anzahlung... Vorwärtsleiter erhalten zum Preis von 100 Mark.

Wunderschöne, Valetots, große Auswähl, speziell für Karle Figuren... Kleider, Hüte, Accessoires.

Bekanntmachung! Dumboldleibhaus... Bekanntheit, Bekanntheit, Bekanntheit.

Billig, billig, billig! Monatsanfrage, wenig getragene... Kleider, Hüte, Accessoires.

Extrahüte! Nur Springers... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Teppiche, Teppiche, Teppiche... Kleider, Hüte, Accessoires.

Wunderschöne und Winter... Kleider, Hüte, Accessoires.

Billige Holenwache, Hochlegante... Kleider, Hüte, Accessoires.

Extrahüte! Nur Springers... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Teppiche, Teppiche, Teppiche... Kleider, Hüte, Accessoires.

Wunderschöne und Winter... Kleider, Hüte, Accessoires.

Billige Holenwache, Hochlegante... Kleider, Hüte, Accessoires.

Extrahüte! Nur Springers... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Teppiche, Teppiche, Teppiche... Kleider, Hüte, Accessoires.

Wunderschöne und Winter... Kleider, Hüte, Accessoires.

Billige Holenwache, Hochlegante... Kleider, Hüte, Accessoires.

Extrahüte! Nur Springers... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Teppiche, Teppiche, Teppiche... Kleider, Hüte, Accessoires.

Wunderschöne und Winter... Kleider, Hüte, Accessoires.

Billige Holenwache, Hochlegante... Kleider, Hüte, Accessoires.

Extrahüte! Nur Springers... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

Braune Damenkleider, Bekanntheit... Kleider, Hüte, Accessoires.

